

Beschluss (vorläufig)

0 - Präambel: Alles für den Aufbruch

Gremium: LDK Siegen
Beschlussdatum: 10.12.2021
Tagesordnungspunkt: 3. Programm zur Landtagswahl 2022

Text

- 1 Am 15. Mai 2022 wählen Sie einen neuen Landtag für Nordrhein-Westfalen. Mit
2 Ihrer Stimme - ob an der Urne oder per Briefwahl zu Hause - bestimmen Sie
3 darüber, in welche Richtung unser Land steuert.
- 4 Die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht: Noch nie hatte die Landespolitik einen
5 so großen Einfluss auf unser aller Alltag. Und es wurde offensichtlich, dass wir
6 eine andere Politik als die der schwarz-gelben Landesregierung brauchen: Eine
7 Politik, die sich am Gemeinwohl orientiert, die vorausschaut und nicht nur auf
8 Sicht fährt und von Krise zu Krise stolpert. Eine Regierung, die wirklich bereit
9 ist, konsequent Verantwortung zu übernehmen.
- 10 Mit diesem Programm möchten wir Sie einladen, für diese Politik mit beiden
11 Stimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu wählen. Denn es macht einen Unterschied, wer
12 unser Land regiert, welche Ziele eine Regierung verfolgt und wohin sie das Land
13 steuern will. Wir möchten mit Ihnen einen echten Aufbruch wagen in ein
14 Nordrhein-Westfalen, das für alle Generationen lebenswert ist. Mit diesem
15 Programm wollen wir mit Ihnen den Blick in eine Zukunft des klimagerechten
16 Wohlstands werfen, in der beste Bildung und Solidarität Halt im Wandel geben und
17 wir ein neues demokratisches Miteinander in unserer vielfältigen Gesellschaft
18 finden.
- 19 Nordrhein-Westfalen hat schon viele Auf- und Umbrüche erlebt. Unsere Industrie
20 ist innovativ, unsere Gesellschaft ist vielfältig, Zusammenhalt hat bei uns
21 Tradition. Unser Land hat den Schlüssel für so vieles schon in der Hand. Wir
22 Grüne trauen Ihnen, trauen Nordrhein-Westfalen und uns selbst den Aufbruch zu.
- 23 Machen wir die 2020er zum Jahrzehnt des entschlossenen Handelns und der
24 weitsichtigen Politik. Nur so können wir die schlimmsten Folgen der Klimakrise
25 noch abwenden und unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhalten. Das ist die
26 Voraussetzung, damit die, die nach uns kommen, ein Leben in Freiheit, Sicherheit
27 und Wohlstand genießen können.
- 28 Sichern wir gleichzeitig die Zukunft Nordrhein-Westfalens als führendes
29 Industrieland in Europa - nicht obwohl, sondern gerade, weil wir klimaneutral
30 wirtschaften. Die Technologien und das Wissen dafür sind in Industrie, Handwerk,
31 Startups und Hochschulen längst vorhanden. Mehr noch: Viele Unternehmen sind
32 seit langem schon viel weiter als die Politik der Landesregierung. Jetzt braucht
33 es die politische Entschlossenheit, den Rahmen zu setzen, damit in Nordrhein-
34 Westfalen die Arbeitsplätze der Zukunft entstehen.
- 35 Exzellente, lebenslange Bildung ist der Schlüssel für ein gutes Leben in einer
36 Gesellschaft, die vielfältig ist, und in einer Arbeitswelt, die sich ständig

37 wandelt. Unsere Kinder sind unsere Zukunft - behandeln wir sie also auch so!
38 Bringen wir unsere Kitas, Schulen, Ausbildungsstätten und Hochschulen endlich
39 auf die Höhe der Zeit und machen wir sie zu den schönsten Orten des Landes!

40 Erneuern wir das Versprechen, dass es in Nordrhein-Westfalen gerecht zugeht!
41 Denn in all diesem Wandel muss eines sicher sein: Jeder, der hier lebt, hat das
42 Recht auf ein Leben in Würde und Sicherheit. Auf eine bezahlbare Wohnung, faire
43 Bezahlung und gleiche Behandlung, egal woher man kommt oder wohin man möchte.
44 Ein echter Aufbruch kann nur gelingen, wenn alle Menschen ihn mitgehen und als
45 fair empfinden.

46

47 NRW liegt im Herzen Europas, ist wirtschaftlich und gesellschaftlich eng
48 verbunden mit den Nachbarländern und der ganzen Welt. Wir kämpfen für
49 europäische und globale Zusammenarbeit und Solidarität und treten für ein
50 geeintes Europa ein - gerade in Zeiten erstarkender nationalistischer Kräfte.

51 Dieses Programm ist unter der Mitwirkung vieler Bürger*innen, im Dialog mit
52 Initiativen, Unternehmer*innen und Engagierten entstanden. Und genauso verstehen
53 wir auch im Land politische Verantwortung: Leben wir eine neue Kultur der
54 Beteiligung! Wir sind überzeugt, dass der Aufbruch hin zu einer klimaneutralen
55 Gesellschaft besser gelingt, wenn alle daran teilhaben und ihn mitgestalten
56 können. Unsere Demokratie ist dann stark, wenn wir uns auf Augenhöhe begegnen –
57 so verschieden wir auch sein mögen. Auseinandersetzungen über unsere gemeinsame
58 Zukunft sind anstrengend, aber ohne sie geht es in einer Demokratie nicht voran.
59 Investieren wir deshalb in Orte, an denen wir uns begegnen, uns
60 auseinandersetzen und Gemeinschaft leben können: in Schulen, Schwimmbädern,
61 Jugendzentren und auf öffentlichen Plätzen.

62 Einen Aufbruch, wie wir ihn meinen, gestaltet keine Partei und keine Regierung
63 allein. Wir Grüne verstehen uns als politische Kraft, die all das ins Parlament
64 und in die Regierung trägt, was sich überall im Land schon regt: die Hoffnung
65 auf Wandel und ein besseres Morgen. Das ist überall im Land zu spüren: In den
66 Unternehmen, die heute schon wie morgen wirtschaften; in den Hochschulen des
67 Landes, in denen Technologien erforscht werden, die unser Leben besser machen;
68 in den Schulen, in denen die Vielfalt der Schüler*innen zum Erfolg beiträgt.

69 Wir sehen es als unsere Aufgabe an, daraus eine verlässliche Politik zu machen,
70 die über die nächste Wahl hinaus denkt. Wir wissen, dass aufschieben und nichts
71 tun uns alle am Ende mehr kostet. Raus aus dem Reparaturmodus – machen wir
72 Vorsorge zum Leitprinzip unseres Handelns! Schaffen wir Sicherheit im Wandel.
73 Mit einer klaren Vision: dem klimagerechten Wohlstand für alle in Nordrhein-
74 Westfalen.

75 Dieses Programm legt dafür den Grundstein. Es beschreibt in konkreten Projekten,
76 wie der Wandel in Nordrhein-Westfalen gelingen kann. Wir haben uns viel
77 vorgenommen und wissen, dass der Weg nicht einfach wird. Mancher Widerstand
78 wartet darauf, mit Argumenten und neuen Mehrheiten überwunden zu werden. Wir
79 setzen auf die Kraft der Überzeugung und unsere Erfahrung, gemeinsam Lösungen zu
80 finden, wenn es schwierig wird. Wir haben keine Angst vor Fehlern, sondern
81 ziehen unsere Kraft daraus, offen und lernfähig zu sein. Inzwischen sind wir
82 Grüne in Nordrhein-Westfalen gesellschaftlich tief verwurzelt und erhalten immer
83 mehr Zuspruch. Wir sind in den letzten Jahren inhaltlich und personell gewachsen
84 und üben Führungsverantwortung in zahlreichen Großstädten und ländlichen
85 Gemeinden überall im Land aus.

- ⁸⁶ Unser Land befindet sich im vielleicht wichtigsten Jahrzehnt seiner Geschichte.
⁸⁷ Lassen Sie uns den Weg der Veränderung gemeinsam gehen. Dazu laden wir Sie ein.

Beschluss (vorläufig)

2 - Innovativ wirtschaften

Gremium: LDK Siegen
Beschlussdatum: 10.12.2021
Tagesordnungspunkt: 3. Programm zur Landtagswahl 2022

Text

1 Nordrhein-Westfalen ist ein wirtschaftlich starkes Land. Die Unternehmen und
2 Beschäftigten haben hierzulande schon viele Veränderungen gemeistert und daraus
3 neue Stärke gezogen. Auch jetzt sind viele Unternehmen und ihre Beschäftigten
4 längst bereit zum Aufbruch: Sie wollen NRW zum ersten klimaneutralen
5 Industriestandort machen. Denn sie wissen: Die Märkte der Zukunft sind
6 klimaneutral und digital.

7 Die Veränderungen sind groß und bedrohen manches Geschäftsfeld und manchen
8 Arbeitsplatz. Eine Politik, die nur darauf bedacht ist, zu erhalten, was keine
9 Zukunft hat, wird aber auf Dauer mehr gefährden, als sie bewahrt. Wer jetzt
10 konsequent in die Technologien von morgen investiert, wer im besten Sinne
11 vorausschauend vorangeht, wird die Veränderungen zum Positiven gestalten können.
12 Das ist unsere Überzeugung und unser Angebot.

13 Dafür geben wir der Wirtschaft in NRW einen klaren Rahmen und Unterstützung im
14 Wandel. Mit verlässlichen Regeln, in denen es sich für viele kreative Menschen,
15 Initiativen und Unternehmer*innen in allen Wirtschaftsbereichen finanziell
16 lohnt, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren. Mit gezielter Förderung,
17 funktionierender, zeitgemäßer Infrastruktur und einer durchweg digitalen und
18 deutlich effizienteren Verwaltung. Wir werden alle landespolitischen
19 Möglichkeiten nutzen um die Planungsverfahren für die Transformation zur
20 Klimaneutralität zu beschleunigen.

21 Die Wirtschaft in NRW hat das Zeug dafür, möglichst vor 2040 klimaneutral zu
22 werden, indem sie in Kreisläufen denkt, Ressourcen schont und unsere
23 Lebensgrundlagen schützt. Wir wollen zeigen, wie es geht. Klimaneutraler Stahl,
24 grüner Wasserstoff, saubere Chemie und das Bauen der Zukunft sind die Fundamente
25 für den klimaneutralen Wohlstand. Mittelständische Unternehmen, das Handwerk und
26 die vielen Start-Ups sind der Innovationsmotor in NRW. Damit er nicht stottert,
27 starten wir den Klima-Turbo mit besseren Arbeitsbedingungen, unbürokratischer
28 Förderung und einer Fachkräfteoffensive. Wir streiten an der Seite der
29 Gewerkschaften für gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne und Mitbestimmung im
30 Wandel. Soziale und solidarische Unternehmen zeigen, wie Wirtschaft für das
31 Gemeinwohl funktioniert mit uns haben sie eine verlässliche Partnerin.

32 Wir definieren europäische und globale Verantwortung neu. NRW übernimmt
33 Verantwortung in Europa und der Welt, ohne Wenn und Aber. Lieferketten, die nur
34 durch Umweltzerstörung und Ausbeutung funktionieren, gehören in die
35 Vergangenheit. Ganz egal wo. Wir unterstützen eine Handelspolitik, die
36 globalgerecht ist und verbindliche soziale und ökologische Standards einhält.
37 Unser NRW nutzt die EU-Mittel wie die aus dem Europäischen Green Deal für

38 innovative Ideen für die klimaneutrale Zukunft und schafft neue, sichere
39 Arbeitsplätze.

40 Nach den Erschütterungen durch die Pandemie bauen wir mit den Unternehmen eine
41 Brücke in eine bessere Zukunft. Tragende Säule ist die Digitalisierung. Mit uns
42 wird der Ausbau der digitalen Infrastruktur zur Chef*innensache. Wir werden
43 dafür sorgen, dass Home-Office nicht mehr an der Internetverbindung hängt und
44 digitale Innovationen der Industrie nicht am Ladebalken scheitern. Wir stärken
45 die Verbraucherzentralen, damit Verbraucherschutz nicht denen vorbehalten
46 bleibt, die ihn sich leisten können.

47 **Wir machen NRW zum klimaneutralen Industrieland**

48 **Klimaschutz schafft Wohlstand**

49 Die Märkte der Zukunft sind klimaneutral. Wer früh und konsequent diesen Weg
50 geht und die Lösungen für eine klimaneutrale Gesellschaft entwickelt, wird im
51 globalen Wettbewerb langfristig die Nase vorn haben. Dabei arbeitet die
52 Wirtschaft von morgen innerhalb der Grenzen, die unser Planet uns setzt. Zögern,
53 zaudern und warten auf den Rest Deutschlands oder gar die ganze EU ist nicht nur
54 ein Risiko für den Klimaschutz, sondern insbesondere für den Industriestandort
55 NRW. Denn die nächsten Jahre sind nicht nur für den Klimaschutz, sondern genauso
56 für unseren Wirtschaftsstandort entscheidend. Wir werden NRW mutig auf den Weg
57 zur Klimaneutralität führen und so die Grundlage für nachhaltigen Wohlstand
58 legen. Dies gelingt, wenn Unternehmen Anreize spüren in die Zukunft zu
59 investieren, ihnen klare Regeln aufgezeigt werden und ihnen Unsicherheiten
60 genommen werden. Langfristige Planungs- und Investitionssicherheit sind der Kern
61 Grüner Industriepolitik. Die Instrumente dafür, allen voran Klimaverträge,
62 müssen vor allem auf Bundesebene geschaffen werden. Wir unterstützen die
63 Einführung eines wirksamen Mechanismus gegen Klimadumping auf EU-Ebene. Wir
64 werden aber mit einem Investitionspaket für die Industrie zusätzliche Impulse
65 auf Landesebene geben. Zudem werden wir den Zugang zu Fördergeldern für
66 Energieeffizienzmaßnahmen in Unternehmen transparenter, unbürokratischer und
67 damit einfacher gestalten. Mit transparenten und langfristigen Klima- und
68 Nachhaltigkeitsstandards und steigenden Quoten für klimaneutrale Produkte machen
69 wir öffentliche Aufträge zum Treiber der sozial- ökologischen Transformation.
70 Mit einer Ausbauoffensive für Erneuerbare Energien gießen wir das Fundament für
71 eine klimaneutrale, bezahlbare und verlässliche Energieversorgung der Wirtschaft
72 in NRW.

73 **Mit grünem Stahl den Stahlstandort NRW sichern**

74 Nordrhein-Westfalen ist der wichtigste Standort der Stahlindustrie in
75 Deutschland und Europa. Wir Grünen in NRW setzen uns für den Erhalt einer
76 nachhaltigen, innovativen und wettbewerbsfähigen Stahlindustrie in Nordrhein-
77 Westfalen ein. Wir werden uns im Bund für einen EU-weit wirksamen Dumping-Schutz
78 einsetzen, der in Zukunft auch Klima-Dumping verhindert. Gleichzeitig müssen
79 Bund und Land den Unternehmen ermöglichen, in neue, klimaneutrale Prozesse zu
80 investieren. Neben degressiven Abschreibungen müssen kurzfristig Klimaverträge
81 ("Carbon Contracts for Difference") durch den Bund aufgesetzt werden. Diese
82 federn das Investitionsrisiko für die Unternehmen ab und regen sie an Milliarden
83 in Klimaneutralität zu investieren. Die Stahlindustrie in NRW ist schon auf dem
84 Weg zu klimaneutralem Stahl mit grünem Wasserstoff. Für uns hat die
85 Versorgungssicherheit der Industrie mit grünem Wasserstoff absolute Priorität.
86 Mit einer Ausbauoffensive für Erneuerbare Energien und gezielter Förderung bauen
87 wir die heimische Produktion von grünem Wasserstoff auf. Gleichzeitig werden wir

88 die notwendigen Importinfrastrukturen für grünen Wasserstoff mit Hochdruck
89 entwickeln und nachhaltig gestalten.

90 **Grüner Wasserstoff – Entscheidend für Klimaneutralität in** 91 **der Industrie**

92 Die beste Alternative zur Nutzung von Kohle, Öl und Erdgas ist die Umstellung
93 auf Strom aus Wind, Sonne und Co. Doch wie in der Stahlproduktion, gibt es in
94 der Industrie viele Prozesse, bei denen eine direkte Elektrifizierung nicht
95 möglich ist. Für diese Fälle ist grüner Wasserstoff die Lösung, um dennoch
96 Klimaneutralität zu erreichen. Zusätzlich kann er gespeichert einen wichtigen
97 Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten. Aber nur grüner Wasserstoff aus
98 erneuerbarer Energie bringt einen Vorteil für das Klima. Deswegen sind
99 Wasserstoff und der Ausbau von Wind- und Solarenergie untrennbar miteinander
100 verbunden. Aktuell gibt es allerdings nicht ausreichend viele Anlagen zur
101 Herstellung von grünem Wasserstoff aus Ökostrom, genauso wenig wie ausreichend
102 viel erneuerbaren Strom. Auch in Zukunft wird grüner Wasserstoff weltweit ein
103 knappes Gut sein. Daher setzen wir uns dafür ein, dass er dort zum Einsatz
104 kommt, wo es keine Alternativen gibt. Das ist neben der Industrie, insbesondere
105 der Chemie-, der Stahl- und der Zementindustrie, vor allem der Flug- und der
106 Schiffsverkehr.

107 Auch bei einem starken Ausbau der Erneuerbaren wird NRW absehbar den
108 Wasserstoffbedarf nicht vollständig selbst decken können. Der Aufbau von
109 Importinfrastrukturen aus Norddeutschland und mit Pipelines aus dem Ausland muss
110 daher neben einer Erneuerbaren-Offensive Priorität haben. Deutschland will bis
111 2030 Leitmarkt für Wasserstoff werden. Wir werden dafür sorgen, dass NRW die
112 Chancen nutzt, die sich daraus ergeben. Wir machen NRW zu einem führenden
113 Technologiestandort für grünen Wasserstoff. Hierzu geben wir der Wasserstoff
114 Roadmap NRW ein grünes Update, beseitigen regulatorische Hürden und unterstützen
115 die erforderlichen Investitionen. NRW hat bereits das größte Wasserstoffnetz
116 Deutschlands. Dieses Netz muss mit Hochdruck bedarfsgerecht ausgebaut werden.
117 Die Umnutzung bestehender Erdgasinfrastrukturen muss dabei geprüft werden. Eine
118 Beimischung in die bestehenden öffentlichen Erdgasnetze macht klimapolitisch
119 keinen Sinn und würde nur den Wasserstoff für die Industrie weiter verknappen.
120 Die Forschung und Entwicklung weiterer alternativer Technologien zur
121 treibhausgas-neutralen Produktion und Speicherung werden wir fördern und
122 berücksichtigen.

123 **Damit die Chemie stimmt – Chemieindustrie fit für die** 124 **Zukunft**

125 Die Chemieindustrie gehört zu NRW und schafft sichere Arbeit für fast 100.000
126 Menschen. Um die Chemieindustrie auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen, gehen wir die
127 zentralen Herausforderungen beherzt an. So schützen wir das Klima und sichern
128 mit einer nachhaltigen Chemieindustrie langfristig den Wohlstand in unserem
129 Land. Allem voran steht die sichere Versorgung mit Erneuerbarer Energie. Damit
130 die Chemieunternehmen von Kohle und Erdgas auf Strom aus Wind und Sonne
131 umstellen können, werden wir eine Ausbauoffensive für Erneuerbare Energien
132 umsetzen, mit dem Ziel, 2035 eine zu 100 Prozent erneuerbare Stromversorgung zu
133 haben. Dazu gehört neben neuen Anlagen in NRW auch der Ausbau der Stromnetze
134 damit der Windstrom aus Norddeutschland zu uns nach NRW kommt.

135 Die zweite große Herausforderung ist die Steigerung des Recyclings. Insbesondere
136 beim chemischen Recycling ist noch Forschungs- und Entwicklungsarbeit notwendig.

137 Mit dem Aufbau eines Instituts für Kunststoffrecycling bauen wir ein
138 Innovations-Hub für ganz NRW.

139 Schließlich überwinden wir die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen. Wir stärken
140 die Bioökonomie in NRW, die mit nachwachsenden Rohstoffen aus einem
141 naturverträglichen Anbau eine zukunftsfähige Alternative zu fossilen
142 Grundstoffen für die Chemieindustrie bildet. Wir werden ein Förderprogramm des
143 Landes aufsetzen, das unternehmerische Projekte in der Bioökonomie gezielt
144 unterstützt und so Arbeitsplätze der Zukunft schafft.

145 **Wir machen die Kohleregionen zum Leuchtturm für klima- und** 146 **sozialgerechten Strukturwandel**

147 Durch den beschlossenen Ausstiegspfad und das Ende der Kohleverstromung ist der
148 Strukturwandel im Rheinischen Revier und den Standortkommunen der
149 Steinkohlekraftwerke in vollem Gang. Wir machen die Kohleregionen zu
150 Leuchttürmen für einen klima- und sozialgerechten Strukturwandel, der neuen
151 Wohlstand, Sicherheit und Lebensqualität schafft für alle Menschen in der
152 Region: Vom Kohle-Kumpel im Tagebau und den Kraftwerken bis hin zu den Menschen
153 in den bis heute vom Tagebau bedrohten Dörfern. Denn wir begreifen die
154 Gestaltung des Wandels als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Auch die geschundene
155 Natur der Region wird mit uns einen höheren Stellenwert bekommen. Lange genug
156 wurde sie rücksichtslos ausgebeutet und zerstört. Ein erfolgreicher, klima- und
157 sozialgerechter Strukturwandel im Revier zeigt den Weg für andere Regionen in
158 NRW und darüber hinaus. Wir werden das Leitbild für den Strukturwandel im
159 Rheinischen Revier weiterentwickeln. Generationengerechtigkeit, Klimaschutz und
160 Nachhaltigkeit sind dabei für uns zentrale Aspekte. Der vorgezogene
161 Kohleausstieg erfordert besonders dringlich einen breit getragenen und von den
162 Menschen vor Ort gemeinsam gestalteten Strukturwandelprozess. Wir werden mehr
163 Mitspracherechte für die Zivilgesellschaft, zum Beispiel durch Bürger*innenräte,
164 und Räume für den gesellschaftlichen Austausch und zwischenmenschliche
165 Begegnungen, schaffen. Wir etablieren eine transparente Beteiligungsarchitektur
166 und klare, verbindliche Kriterien für die Vergabe von Fördermitteln. Jedes von
167 uns geförderte Projekt wird einen Beitrag zum Klimaschutz, zu einer klima- und
168 sozialgerechten Gesellschaft leisten und im Einklang mit Nachhaltigkeitszielen
169 stehen. Die Menschen werden wir mit einer Qualifizierungsoffensive durch den
170 Strukturwandel begleiten und so auch dem drohenden Fachkräftemangel in vielen
171 klimarelevanten Bereichen begegnen.

172 Neben dem rheinischen Braunkohlerevier steckt auch das Ruhrgebiet weiterhin
173 mitten im Strukturwandel. Gleichzeitig bietet es als (ehemalige) Hochburg der
174 fossilen Energieträger einzigartige Infrastruktur, die für die Transformation
175 der Industrie von zentraler Bedeutung ist. Das Ruhrgebiet ist eine der führenden
176 Wasserstoff-Region Deutschlands und soll diesen Standortvorteil in Sinne NRWs
177 weiter ausbauen und damit zur klimaneutralen Transformation NRWs und
178 Deutschlands entscheidend beitragen.

179 **Zukunftsfeste Arbeitsplätze in den Automobil-Regionen**

180 200.000 Menschen in NRW arbeiten in der Automobilindustrie, viele von ihnen in
181 mittelständischen Zulieferbetrieben. Die Branche steht vor einem tiefgreifenden
182 Wandel, denn das Auto der Zukunft fährt elektrisch, autonom, vernetzt und wird
183 von mehreren Nutzer*innen geteilt. Wir unterstützen die Beschäftigten, diesen
184 Wandel zu meistern und werden gegebenenfalls wegfallende Arbeitsplätze durch
185 attraktive Umschulungen und wirtschaftliche Perspektiven sichern. Die
186 Automobilindustrie ist Impulsgeberin für die gesamte NRW-Wirtschaft und soll es

187 auch bleiben – in Zukunft steht sie für die klimaneutrale Industrie 4.0. Dafür
188 siedeln wir in jeder Autoregion in NRW ein Transformationsnetzwerk an,
189 finanziert aus dem Zukunftsfonds des Bundes. Diese Netzwerke entwickeln
190 gemeinsam mit den Beschäftigten, den Unternehmen und der Politik vor Ort
191 Strategien, wie die Automobilindustrie und die gesamte Region die Chancen des
192 Strukturwandels nutzen können. Sie beraten, vernetzen und bündeln Erkenntnisse
193 aus Forschung und Entwicklung und unterstützen innovative Start-Ups beim
194 Markteinstieg. In Bildungsinstituten, die an die Netzwerke angeschlossen sind,
195 können Beschäftigte sich in Kooperation mit überbetrieblichen
196 Berufsbildungsstätten und den Hochschulen der Region in Sachen
197 Zukunftstechnologien und Digitalisierung qualifizieren. Sie sollen regionale
198 Orte für das Produkt- und Prozessdesign der Zukunft werden, in denen auch
199 Entscheider aus kleinen und mittleren Unternehmen Impulse und Lösungsansätze auf
200 ihrem Weg in die Industrie 4.0 erhalten.

201 **Wir fördern die Kreislaufwirtschaft**

202 **Kreislaufwirtschaft – Das Ende der Verschwendung**

203 In einer echten Kreislaufwirtschaft sind Produkte von der Flasche, über das
204 Handy bis zum Gebäude langlebig, reparierbar, schadstofffrei, wiederverwendbar
205 und leicht recycelbar. Unser Ziel für NRW heißt „Zero Waste“, bis spätestens
206 2050. Wir unterstützen Unternehmen auf dem Weg in die Kreislaufwirtschaft mit
207 gezielten Förderprogrammen und klaren Rahmenbedingungen. Landesverwaltungen und
208 landeseigene Betriebe machen wir zu Leuchttürmen der Kreislaufwirtschaft. Denn
209 eine Kreislaufwirtschaft, die wo immer möglich regional verankert ist, schont
210 die natürlichen Ressourcen, schützt das Klima und reduziert die Belastung von
211 Böden, Luft und Wasser durch Altlasten und Schadstoffe.

212 Noch immer landet viel zu viel Bioabfall in der Restmülltonne und wird dann
213 verbrannt. Wir beenden diese Ressourcenverschwendung und setzen die Pflicht zur
214 getrennten Erfassung von Bioabfällen konsequent um. Die kostenlose Biotonne wird
215 überall in NRW zum Standard.

216 Das beste Recycling kann nicht den steigenden Bedarf an fossilen und nicht
217 nachwachsenden Rohstoffen kompensieren. Ein Immer-Mehr an Ressourcenverbrauch
218 kann es angesichts der Grenzen, die uns unser Planet setzt, nicht geben. Wir
219 unterstützen Forschung und Projekte für eine auskömmliche Wirtschaft und
220 Gesellschaft, die in diesen Grenzen gedeiht. Mit einem Zukunftsprogramm
221 Bioökonomie und der Einrichtung eines Bioökonomierates NRW stärken und fördern
222 wir die Forschung und Entwicklung von nachwachsenden Rohstoffen als Startpunkt
223 der Produktkreisläufe der Zukunft. Dabei berücksichtigen wir gezielt die
224 Anforderungen an einen gentechnik- und schadstofffreien Anbau und der
225 ökologischen Nahrungsproduktion. So schaffen wir die Basis für zukunftsfeste
226 Arbeitsplätze in Bereichen wie Landwirtschaft, Chemie, Industrie und
227 Kreislaufwirtschaft.

228 **Von der Abfall- zur Ressourcenwirtschaft**

229 Abfälle sind für uns kein Müll, sondern die Ressourcen von morgen. Wir
230 entwickeln den ökologischen Abfallwirtschaftsplan zu einem echten
231 Kreislaufwirtschaftsplan weiter. Neben Abfallvermeidung und
232 Rohstoffrückgewinnung setzen wir dabei auf regionale Entsorgungsautarkie, damit
233 die Ressourcen direkt wieder in den regionalen Wirtschaftskreislauf Eingang
234 finden. Wo auch in Zukunft Deponien benötigt werden, steht für uns der Schutz
235 der Bevölkerung und der Umwelt im Vordergrund. Nur mit frühzeitiger,
236 vorausschauender Planung und Beteiligung der Bürger*innen auf Augenhöhe kann das

237 gelingen. Vorhandene Altlasten werden in Zukunft systematisch erfasst und wann
238 immer möglich entfernt. Das Landeskreislaufwirtschaftsgesetz wollen wir
239 novellieren, sodass es seinem neuen Namen tatsächlich gerecht wird und auf
240 Landesebene wichtige Impulse für eine echte Ressourcenschonung setzt. Wir
241 streben dabei an, dass ressourcenleichte und kreislauffähige Produkte bei der
242 Beschaffung des Landes bevorzugt werden und eine davon abweichende Beschaffung
243 mit einer Begründungspflicht einher geht. Wir wollen Güter und Materialien mit
244 digitalen Produktpässen ausstatten. Im Rahmen eines Pilotprojekts in
245 Zusammenarbeit mit der EU werden wir in NRW hier Vorreiter.

246 **Neue Industrie-Jobs in einer modernen Kreislaufwirtschaft**

247 Der Weg in eine klimaneutrale Kreislaufwirtschaft ist für die einstigen
248 Herzkammern der Industrie und des Wohlstands in NRW vom Rheinischen Revier bis
249 ins Ruhrgebiet eine einmalige Chance, mit sicheren Jobs und gutem Leben in die
250 Zukunft zu gehen. Initiativen wie der "Circular Valley Wuppertal" und die
251 "Greentech.Ruhr" sind schon heute Leuchtturmprojekte mit einer Strahlkraft weit
252 über NRW hinaus. So entsteht vielerorts auch wieder ein Gefühl der
253 Zusammengehörigkeit, das nach vorne und nicht zurück blickt. Wir unterstützen
254 diese Projekte und werden unter der Dachmarke "Zero.Waste.NRW" unser Bundesland
255 zu einer Modellregion für das Ende der Wegwerfgesellschaft machen, mit
256 innovativen Recyclingunternehmen- und Forschungsinstituten von der Batterie bis
257 zu haushaltsnahen Abfällen. Das Bedürfnis, gemeinsam die Wirtschaft der Zukunft
258 zu etablieren, ist groß bei den Unternehmen in NRW. Wir stehen für eine Politik,
259 die verlässliche Rahmenbedingungen setzt und sie gezielt unterstützt, damit an
260 Rhein und Ruhr der Umbau gelingt.

261 **Wir schaffen grünen Boden für das Handwerk**

262 **Klimaschutz braucht das Handwerk**

263 Für unsere sozial-ökologische Energiewende setzen wir Grüne auf das starke,
264 hochqualifizierte und innovative Handwerk. Kaum ein Wirtschaftszweig wird im
265 gesamten Spektrum des Klimaschutzes so sehr gebraucht wie das Handwerk. Neben
266 vielen anderen Berufsgruppen ist hier insbesondere das Bauhandwerk entscheidend.
267 Damit das Handwerk in seiner ganzen Breite vom Umbau unserer Infrastruktur
268 profitiert, setzen wir auf eine starke Tarifpartnerschaft, branchenspezifische
269 Mindestvergütungen und fairen Wettbewerb. Lohndumping, Werksverträge und
270 ausbeuterische Subunternehmermodelle bekämpfen wir und werden dafür klare
271 rechtliche Grundlagen schaffen. Weil gerade das Handwerk einer ständigen
272 Entwicklung unterliegt, werden wir die Frage, in welchen Gewerken eine
273 Meister*innenpflicht wieder notwendig ist, fortlaufend gemeinsam mit den
274 Innungen, Kammern und der Wissenschaft neu bewerten und Reformbedarf abarbeiten.
275 Wir werden den Betrieben passgenaue Unterstützung anbieten, damit die
276 ökologisch-digitale Transformation auch im Handwerk Realität wird. Hierbei ist
277 es uns wichtig, dass die Handwerkenden ihre Identität, und damit die
278 Souveränität über ihre Daten und Prozesse, erhalten können und Zugang zu e-
279 Commerce Vertriebsmöglichkeiten selbstverständlich werden. So schaffen wir
280 Perspektiven für die Fortführung der Betriebe durch die junge Generation.
281 Bürokratie, die kleine und mittelgroße Handwerksbetriebe - oft systemrelevant
282 für die Umsetzung der Energiewende und lokale Versorgungsketten - in ihrer
283 Fortführungsperspektiven hemmt, muss abgebaut werden.

284 **Nachfolge fördern**

285 Der demographische Wandel wird dazu führen, dass viele Betriebe in naher Zukunft
286 neue Eigentümer*innen brauchen. Wir wollen die potenziellen Nachfolger*innen bei

287 den Anforderungen, die Digitalisierung, Familienfreundlichkeit und
288 Nachhaltigkeit mit sich bringen, fördern: durch passgerechte Unterstützung und
289 günstige Kredite für geplante Maßnahmen in diesen Bereichen. Unsere vielen
290 kleinen und mittleren Unternehmen, die Arbeitsplätze und den gesellschaftlichen
291 Zusammenhalt sicherstellen, wollen wir erhalten und zukunftsfest aufstellen.

292 **Fachkräfteoffensive für das Handwerk**

293 Das Handwerk braucht dringend Nachwuchs, denn in den kommenden Jahren gehen -
294 zigtausende Meister*innen und Fachgesell*innen der Generation der Babyboomer in
295 den Ruhestand und/oder geben ihre Betriebe aus Mangel an Nachfolger*innen auf.
296 Um Menschen für das Handwerk zu gewinnen, werden wir gemeinsam mit den Innungen
297 und Kammern eine Fachkräfteoffensive starten, die aus vier Säulen besteht:
298 Erstens stärken wir die duale Ausbildung durch mehr und bessere überbetriebliche
299 Praxisanteile. Daneben werden wir die Lerninhalte mit Blick auf Klimaschutz,
300 Regionalisierung, Digitalisierung, und Automatisierung weiterentwickeln und eine
301 stärkere Zusammenarbeit von Hochschulen und Berufsschulen, z.B. durch Ausweitung
302 von Aus- und Weiterbildungskooperationen zwischen handwerklicher Ausbildung und
303 eines entsprechenden aufbauenden Studiums mit interdisziplinärem
304 Wissenstransfer.. Außerdem verbessern wir die Bedingungen für Azubis, indem wir
305 Lernendenwohnheime fördern, das Azubiticket vergünstigen und perspektivisch dem
306 Studierendenticket gleichstellen und mehr Möglichkeiten schaffen, Teile der
307 Ausbildung im Ausland zu absolvieren. Frauen sind in den sogenannten technischen
308 Handwerksberufen unterrepräsentiert, hier fördern wir Maßnahmen zur Erhöhung der
309 Anzahl weiblicher Fachkräfte und Auszubildende. in diesen Berufsfeldern.
310 Zweitens verstärken wir die Anstrengungen, um Menschen mit Behinderung oder
311 Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für handwerkliche Berufe zu gewinnen.
312 Drittens verbessern wir die Weiterbildungs- und Aufstiegschancen, indem wir die
313 Meister*innenausbildung als Zielperspektive analog zum Studium finanzieren, mehr
314 Stipendien vergeben und Zugänge zu universitären Ausbildungen für ausgebildete
315 Handwerker*innen verbessern. Umgekehrt eröffnen wir Wege aus einem technischen
316 oder naturwissenschaftlichen Studium ins Handwerk. Viertens werden wir auch die
317 Arbeitsmarktzugänge, Ausbildungsanerkennung und Qualifizierungsmaßnahmen für
318 Handwerker*innen aus dem Ausland verbessern.

319 **Wir gestalten den Wandel zusammen mit kleinen 320 und mittleren Unternehmen**

321 **Besseres Klima für neue Jobs im Mittelstand**

322 Was für manche lange undenkbar schien, ist längst Wirklichkeit: BÜNDNIS 90/DIE
323 GRÜNEN und unsere mittelständisch geprägte Wirtschaft sind selbstverständliche
324 Partner auf dem Weg in eine klimaneutrale Zukunft. Denn ohne einen innovativen
325 Mittelstand, vom verarbeitenden Gewerbe, über das Handwerk und die
326 unterschiedlichen Dienstleistungsbereiche bis hin zu einer lebendigen und
327 mutigen Gründer*innenkultur, können wir unser Ziel einer klimaneutralen
328 Gesellschaft nicht erreichen. Mit unserem sozial-ökologischen
329 Investitionsprogramm und unserem klaren Fokus auf eine Infrastruktur-,
330 Gesundheits- und Sozialpolitik, die unser Land zukunftsfest macht, schaffen wir
331 ein Konjunkturprogramm, von dem insbesondere der nordrhein-westfälische
332 Mittelstand – vom metallverarbeitenden Betrieb bis hin zum Pflegedienst –
333 profitieren wird. Mit unserem klaren Fokus auf die Erreichung der Klimaziele des
334 Pariser Abkommens schaffen wir einen verlässlichen und berechenbaren Rahmen für
335 Investitionen – bis 2050 und darüber hinaus. So schaffen wir in den kommenden
336 Jahren zehntausende neue und zukunftssichere Arbeitsplätze in und für NRW.

337 **Fachkräfte braucht das Land**

338 Der Fachkräftemangel ist das wohl drängendste Problem in weiten Teilen unserer
339 Wirtschaft. Waren früher vor allem naturwissenschaftliche und Ingenieurberufe
340 betroffen, suchen heute die unterschiedlichsten Branchen dringend nach gut
341 ausgebildeten Menschen. Wir bringen in NRW eine breite Qualifizierungsoffensive
342 auf den Weg, die unsere erfolgreichen Strukturen, wie die duale Ausbildung oder
343 den Meister*innenbrief, stärkt, aber auch neue Wege beschreitet. Gebühren für
344 Berufsausbildungen und Meister*innenbriefe werden wir senken und schrittweise
345 abschaffen. Dazu verbessern wir die Finanzierung außerbetrieblicher und
346 schulischer Ausbildungszentren von Industrie, Handwerk und den sozialen Berufen.
347 Wir bauen die Zusammenarbeit von Hochschulen und Berufskollegs aus und holen so
348 hochqualifizierte Fort- und Weiterbildungsangebote an unsere Berufsschulen.
349 Lernen auf dem neuesten Stand der Technik, Lernen für die digitale Zukunft: Das
350 wird möglich in landesweiten Bildungsinstituten und durch eine verbesserte
351 personelle und materielle Ausstattung der überbetrieblichen
352 Berufsbildungsstätten, die eine Schlüsselrolle beim Wissenstransfer in die
353 betriebliche Praxis übernehmen. Sie sollen regionale Orte für die Demonstration
354 von typischen Prozessen in der Produktion der Zukunft werden, in denen auch
355 Entscheider*innen aus kleinen und mittleren Unternehmen Anregungen für eigene
356 Wege zur Industrie 4.0 erhalten. Um noch mehr Menschen für Ausbildung und
357 Qualifizierung zu gewinnen, bauen wir Hürden ab, die Frauen, Älteren, Menschen
358 mit Behinderungen, Jugendlichen oder Menschen mit Migrationsgeschichte oft noch
359 im Weg stehen. Hierbei legen wir einen besonderen Fokus auf Asylbewerber*innen.
360 Auf allen Ebenen unterstützen wir dabei, sie schon in einer frühen Phase in
361 passende Ausbildungsberufe zu integrieren, und die Anerkennung von ausländischen
362 Abschlüssen zu erleichtern, um so dem Fachkräftemangel und der notwendigen
363 Integration erfolgreich zu begegnen.

364 **Nach der Krise: "Jetzt neu starten"**

365 Die Corona-Pandemie hat in den vergangenen zwei Jahren entsetzliches Leid über
366 die Welt, Deutschland und auch NRW gebracht. Fast eine Million Infizierte und
367 über 17.000 Todesfälle haben bis zum Herbst 2021 unsere Gesellschaft auch in NRW
368 tief gezeichnet. Auch für große Teile der Wirtschaft ist die Pandemie Zäsur.
369 Besonders hart hat es Restaurants, Hotels, die Tourismus- und
370 Veranstaltungsbranche, die Kulturwirtschaft, aber auch viele Einzelhändler*innen
371 getroffen. Sie hat zudem offengelegt, dass gerade Solo-Selbstständige und
372 Auszubildende zu schlecht abgesichert sind. Ein Neustart nach der Corona- Krise
373 muss daher gezielt an diesen Stellen ansetzen. Wir unterstützen den Neustart
374 kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU). Soloselbstständigen, Kulturschaffenden
375 und *KMU* bis 50 Beschäftigten werden wir bei der Rückzahlung der Sofort- und
376 Überbrückungshilfen großzügige Stundungen ermöglichen. Neben diesen finanziellen
377 Hilfestellungen werden wir auch die Restrukturierungs- und Insolvenzberatung für
378 KMU in den kommenden Jahren ausweiten sowie eine zeitnahe Erst- und
379 Folgeberatung finanziell unterstützen. So ermöglichen wir gesteuerte
380 Insolvenzverfahren, bewahren Arbeitsplätze und geben kleinen Unternehmen eine
381 Zukunft. Die Absicherung von Solo-Selbstständigen und Auszubildenden werden wir
382 verbessern, indem wir ihnen Zugänge zu sozialen Sicherungssystemen, wie dem
383 Kurzarbeitergeld, ermöglichen.

384 **Für lebendige Innenstädte und Ortszentren – den 385 Strukturwandel aktiv gestalten!**

386 Lebendige und attraktive Innenstädte und Ortszentren stiften Identität sowie
387 Gemeinschaft und steigern die Lebensqualität. Durch die Transformation des

388 Einzelhandels stehen unsere Zentren vor einem grundlegenden Wandel. Bereits vor
389 der Corona-Krise veränderten sich Konsumgewohnheiten und belasteten den
390 stationären Einzelhandel: ein breites Online-Angebot profitiert von ständiger
391 Erreichbarkeit auch außerhalb der Ladenöffnungszeiten und einer vermeintlich
392 bequemen Lieferung direkt nach Haus. Dieser tiefgreifende Strukturwandel schlägt
393 sich auch auf weitere Dienstleistungsbranchen, z.B. Reisebüros und Hotels
394 nieder.

395 Wir befähigen Kommunen, ihre Ortskerne und Stadtmitten zu einzigartigen Orten
396 mit Anziehungskraft zu gestalten: Neue Nutzungen, mehr Kunst und Kultur,
397 Kreativität und ein stetiger Wandel (durch z.B. Start-ups, Pop-ups & Aktionen)
398 locken Besucher in die Zentren. Durch Bildungseinrichtungen schaffen wir
399 gebundene Frequenz. Konsumfreie Orte laden zum Verweilen ein und bieten hohe
400 Aufenthaltsqualität. Hacker- und Maker-Spaces fördern neue Formen des
401 bürgerschaftlichen Engagements und Zusammenarbeit. So verhindern wir Leerstände,
402 Filialisierungen und Verödung. Dazu benötigen Kommunen dauerhaft ausreichende
403 Ressourcen und nicht nur kurzfristige Projektgelder.

404
405 Mit einem Fonds stellen wir finanzielle Mittel bereit, damit Kommunen
406 strategisch wichtige Immobilien wie bspw. ehemalige Großhandelskaufhäuser
407 erwerben können und so langfristig ihren Gestaltungsspielraum sichern. Mit einem
408 neuen Landeswettbewerb zeichnen wir kommunale Konzepte und Strategien aus, die
409 Innenstädte und Ortszentren lebendig machen und ihnen unverwechselbare Profile
410 verleihen.

411 Neben Innenstädten und Ortszentren gilt es auch Städte und Gemeinden generell
412 neu aufzustellen und Jahrhundertherausforderungen zu bewältigen: Wo früher nur
413 über Parkplätze und Sonntagsöffnungen debattiert wurde, muss es heute um
414 Klimaschutz, Digitalisierung und die Mobilitätswende als komplexe und
415 miteinander verschränkte Herausforderungen gehen. Die sozialökologische
416 Entwicklung der Städte und Gemeinden zeigt sich in attraktiven Plätzen, dem
417 Ausbau grüner und blauer Infrastruktur, Umnutzungen sowie Verdichtung für Wohnen
418 sowie Quartieren für alle. Dazu benötigen Kommunen eine dauerhaft ausreichende
419 finanzielle Ausstattung, um bspw. eine vorsorgende Flächenpolitik betreiben zu
420 können. So können auch partizipative Prozesse unterstützt werden, Initiativen
421 aus der Zivilgesellschaft reale Stadträume umgestalten und umnutzen sowie
422 lebendige Quartiere entstehen.

423 424 **Digitalen und stationären Einzelhandel zusammendenken**

425 Unter diesem Titel hat die rot-grüne Landesregierung bereits 2016 ein
426 erfolgreiches Förderprogramm aufgelegt, mit dem Städte und Gemeinden bei der
427 Entwicklung innovativer Konzepte für den lokalen Einzelhandel unterstützt
428 werden. Auf Grundlage dieser Erfahrungen helfen wir gerade kleinen
429 Einzelhändler*innen beim Schritt von der Fußgängerzone ins Internet: Von der
430 lokalen Onlinehandelsplattform über virtuelle Geschäfte, digitale Einkaufsführer
431 bis hin zur (im Internet längst gängigen) Nutzung anonymisierter Kund*innendaten
432 durch den stationären Handel. Wir unterstützen mit zusätzlichen Mitteln für
433 zukunftsweisende Smart-City-Ansätze einen lebendigen Einzelhandel, der die
434 Stärken von neuen und traditionellen Geschäftsmodellen verbindet. Kleinen
435 Handelsunternehmen helfen wir die Investitionskosten zur Erschließung dieser
436 neuen Absatzwege zu stemmen. Nicht zuletzt helfen wir so kleinen Läden trotz der
437 großen Marktmacht von Onlineportalen weiter zu bestehen.

438 **Wenn Dein Einkauf vor Dir zu Hause ist – Grüne**

439 **Logistikpolitik**

440 Warum nicht den Einkauf aus der Fußgängerzone klimaneutral nach Hause liefern
441 lassen? Wir Grüne denken *City-Logistik* neu und machen Logistikketten
442 effizienter, klimafreundlicher und zeitsparender. Dazu setzen wir auf
443 Innovationen und die Chancen von Elektromobilität, Digitalisierung und
444 Vernetzung. In den kommenden zehn Jahren entwickeln wir in allen Großstädten,
445 aber auch interessierten ländlichen Kreisen, sogenannte *City-Hubs*, die
446 insbesondere die steigende Zahl von Lieferungen aus dem Onlinehandel mit
447 Hilfe von Echtzeitinformationen bündeln und die sogenannte *letzte Meile*, also
448 die Anlieferung nach Hause, klimaneutral organisieren. Lastenräder und
449 Transportfahrzeuge mit alternativen Antrieben machen die Zustellung flexibler,
450 leiser und abgasfrei. Bis 2030 soll jeder Haushalt Anschluss zu Paketboxen
451 haben, um mehrfache Zuliefer-Fahrten zu verhindern. Das beruhigt den Verkehr in
452 Wohngebieten und verschafft auch den Zusteller*innen mehr Zeit. Dabei müssen
453 auch die Arbeitsbedingungen der Lieferfahrer*innen deutlich verbessert werden,
454 dem Ausbremsen von Betriebsratsgründungen oder der Ausbeutung von Arbeiter*innen
455 treten wir entschlossen entgegen.

456 **Daten für den Wandel nutzen**

457 Als Grüne wollen wir die Klimakrise bewältigen, zukunftsfähige
458 Wirtschaftsstrukturen und Wertschöpfungsketten ermöglichen und mit Wissen und
459 Wissenschaft der Komplexität unseres Zusammenlebens mit Gestaltungsmut
460 entgegentreten. Dafür sind Daten und deren Verfügbarkeit essenzielle
461 Voraussetzung. Die öffentliche Hand muss Datenzugang, Datenverfügbarkeit und
462 gemeinwohlorientierte Regeln für das Teilen von Daten in Zusammenarbeit aller
463 politischen Ebenen aktiv vorantreiben. NRW unterstützt die Pläne auf Bundesebene
464 für ein Dateninstitut und regulatorische Maßnahmen zur Nutzung von Daten durch
465 Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

466 **Bessere Arbeitsbedingungen in der Logistikbranche**

467 Die unentwegt wachsende Zahl von Lastwagen und Lieferfahrten schadet Klima und
468 Umwelt und überlastet Straßen und Parkplätze. Das schnelle Wachstum der
469 Logistikbranche ging in den vergangenen Jahren nicht zuletzt auf die Knochen der
470 Beschäftigten von Speditionen, Logistikzentren und Lieferdiensten. Darum setzen
471 wir die erreichten Verbesserungen bei Lenk- und Ruhezeiten für Fahrer*innen und
472 das Kabinenschlafverbot mit besonders geschultem Personal konsequent durch. Das
473 gilt auch für Speditionen aus dem Ausland, deren Fahrerinnen und Fahrer oft zu
474 Dumpinglöhnen schufteten. Wir pochen auf eine funktionierende Tarifpartnerschaft –
475 auch im Versandhandel – und verpflichten Logistikriesen, die Einhaltung von
476 Tarifverträgen, Mindestlohn und Arbeitszeiten auch in ihren Subunternehmen zu
477 garantieren. So sorgen wir für bessere Arbeitsbedingungen und fairen Wettbewerb.

478 **Reisen nach Corona: Wir machen den Neustart zum Aufbruch für nachhaltigen Tourismus**

479 Die Reise- und Tourismuswirtschaft – ein zentraler Wirtschaftsfaktor und
480 millionenfacher Arbeitgeber – ist durch die Corona-Krise schwer getroffen.
481 Einige Folgen, wie der Ersatz von Geschäftsreisen durch digitale Konferenzen,
482 werden dauerhaft zu einem Rückgang der Übernachtungen in diesen Bereichen
483 führen. Wir helfen der Branche im doppelten Sinne nachhaltig auf die Beine.
484 Kleine Unternehmen (*KU*), die durch Corona in Schieflage geraten sind,
485 unterstützen wir beim Neustart. Gemeinsam mit den Branchenverbänden, den
486 regionalen Tourismusagenturen und unserer landeseigenen Agentur
487

488 „NRW.Tourismus“bauen wir Beratungs- und Unterstützungsangebote aus, um kleinen
489 Betrieben bei der Entwicklung neuer Geschäftsmodelle zu helfen. Wir nutzen auch
490 im Tourismus die Chancen der Digitalisierung, um Angebote bekannt zu machen und
491 zu verknüpfen, attraktive Reisepakete zu schnüren und Besucher*innenströme zu
492 lenken. So verbinden wir den notwendigen Neustart mit einem echten Aufbruch und
493 machen NRW zur führenden Marke für nachhaltigen Tourismus in Deutschland. So hat
494 sich z.B. der erste nordrhein-westfälische Nationalpark in der Eifel in wenigen
495 Jahren zu einem Highlight für den nachhaltigen Tourismus in NRW entwickelt. An
496 diese Erfolge knüpfen wir an. Wir stellen mit dem Nationalpark Senne einen
497 weiteren einzigartigen Naturschatz unter Schutz und eröffnen so neue Potenziale
498 für einen sanften und nachhaltigen Naturtourismus in Ostwestfalen. So eröffnen
499 wir neue Möglichkeiten für alle, unsere wunderbaren Landschaften von der Weser
500 bis zum Rhein neu zu erleben – naturschonend und klimafreundlich. Gleichzeitig
501 helfen wir traditionellen Tourismusregionen wie dem Sauerland, neue und
502 nachhaltige Tourismuskonzepte zu entwickeln, die im Sommer, aber auch in
503 zukünftig weniger schneereichen Wintern, Gäste nach NRW locken.

504 **Wir fördern Innovation für eine bessere Welt von** 505 **Morgen**

506 **Gründung beginnt mit Grün: Wir machen NRW zum Start-Up-** 507 **Spitzenreiter**

508 Bei der Anzahl von Start-up Gründungen liegt NRW hinter Berlin und Bayern. Das
509 werden wir ändern und die Startup-Szene in NRW auf das nächste Level heben. Dazu
510 verbessern wir das „Gründer*innen-Stipendium“ und richten landesweit weitere
511 Gründungszentren (sog. „Hubs“) ein, die ambitionierten Gründerinnen und Gründern
512 zur Seite stehen, sei es bei der Bewältigung der Bürokratie, der Kapitalsuche
513 oder dem Produktdesign. Wir fördern im Land und in den Kommunen One-Stop-
514 Shop-Lösungen und digitalisieren den Prozess der Gewerbeanmeldung überall. Durch
515 kluge Schwerpunktsetzungen fördern wir dabei insbesondere Gründungen, die einen
516 Fokus auf nachhaltige Entwicklung, Gleichstellung und die Gemeinwohlorientierung
517 und - bilanzierung legen. Wir gehen voran und stärken die digitalen
518 Geschäftsmodelle der Social Entrepreneurs und gemeinwohlorientierten Start-Ups
519 indem wir sie bei der Beschaffung und Vergabe der öffentlichen Hand stärker
520 berücksichtigen. Eine geschlechtergerechtere Mittelvergabe erreichen wir, indem
521 wir 50% der Mittel für Frauen bereitstellen und bei der Vergabe von
522 Landesmitteln auf eine paritätische Besetzung der Gutacher*innen sowie Jurys
523 setzen. Für eine diverse Gründer*innenlandschaft sorgen wir, indem wir Angebote
524 insbesondere für Menschen mit Migrationsgeschichte, aber auch andere
525 gesellschaftlich Benachteiligte schaffen. Wir erweitern die Instrumente der
526 NRW.BANK um Start-Ups künftig länger zu begleiten, Skalierungskosten zu
527 finanzieren oder gemeinwohlorientierte Gründer*innen gezielt fördern zu können.
528 Mikrokredite möchten wir noch niedrigschwelliger gestalten. Um jungen
529 Unternehmen den Zugang zu Kapital zu erleichtern, werden wir auch das bestehende
530 Instrument der (zeitlich begrenzten) „stillen Teilhaberschaft“(sog. „Mezzanine-
531 Kapital“) ausbauen. Um jungen Eltern den Schritt in die Selbstständigkeit zu
532 erleichtern, werden wir eine Bundesratsinitiative zur Einführung eines
533 Elterngeldes für Gründer*innen starten. Außerdem vereinfachen und erleichtern
534 wir den Zugang zu öffentlichen Fördermitteln und Zuschüssen für StartUps.

535 **Innovation und Spitzentechnologie brauchen Köpfchen, Mut und** 536 **Wagniskapital**

537 Die nordrhein-westfälische Wissenschaft, unsere Traditionsunternehmen und auch
538 die Gründer*innenszene verfügen über Fachkompetenz und unternehmerischen Mut.

539 Wir sorgen dafür, dass sie für die Ideen und Technologien der Zukunft auch das
540 notwendige Wagniskapital erhält. Mit einem grünen Wagniskapitalfonds stellen wir
541 gemeinsam mit Bund und Ländern staatlich abgesichertes Kapital zur Verfügung,
542 mit dem auch große Investitionen, insbesondere in Bereichen wie Greentech,
543 Künstliche Intelligenz, nachhaltige und smarte Mobilität, Life-Sciences,
544 Quantencomputing oder der IT-Sicherheits-, Kommunikations- und Biotechnologie
545 abgesichert werden können, bei denen Hausbanken das Risiko einer Finanzierung
546 scheuen. So befördern wir nicht nur den nachhaltigen technologischen
547 Fortschritt, sondern geben Start-Ups und dem forschenden Mittelstand dauerhaft
548 eine Heimat in NRW. Dabei stellen wir sicher, dass Unternehmerinnen in
549 besonderem Maße von dem Fonds profitieren, denn sie kommen in der klassischen
550 Wagniskapitalfinanzierung bisher zu kurz.

551 **Arbeiten wo man lebt: Homeoffice und Coworking ausbauen**

552 Die Arbeit im Homeoffice prägt spätestens seit Corona das Arbeitsleben von
553 Millionen Menschen in NRW. Auch "Coworking-Spaces" werden immer beliebter –
554 Arbeitsplätze, die Selbstständige und Unternehmen gemeinsam mit anderen nutzen,
555 meist zu einem Bruchteil der Kosten, die eigene Büros, Studios, Labore oder
556 Werkstätten verursachen. In jedem Fall sind diese neuen Arbeitsorte flexibler,
557 kommunikativer und flächensparender. Zusätzlich haben sie das Potential,
558 Pendelverkehre zu reduzieren. Wir Grüne werden, Homeoffice und Co-Working darum
559 besonders fördern, indem wir Homeoffice im öffentlichen Dienst ausbauen, die
560 verstärkte Anmietung oder Bereitstellung von wohnortnahen Co-Working-
561 Arbeitsplätzen - insbesondere in zur Zeit leer stehenden Bestandsimmobilien -
562 seitens öffentlicher Arbeitgeber unterstützen und dafür die rechtlichen
563 Rahmenbedingungen schaffen. Wie streben eine Anpassung der
564 Arbeitsstättenverordnung an die flexibleren Anforderungen der mobilen Arbeit an,
565 ohne Gesundheits- oder Sicherheitsstandards zu senken. Insbesondere im
566 ländlichen Raum und in dezentralen Stadtteilen werden wir die Gründung
567 privatwirtschaftlicher und genossenschaftlicher Co-Working-Spaces finanziell
568 fördern, indem wir die Städtebau- und Strukturförderung für entsprechende
569 Vorhaben öffnen. Wir setzen uns auf Landes- und Bundesebene für starke
570 betriebliche Mitbestimmung in der neuen Arbeitswelt ein. Konkret werden wir das
571 Landespersonalvertretungsgesetz überprüfen und bei Bedarf anpassen, damit
572 Personalräte und Jugend- und Auszubildendenvertretungen in den Dienststellen
573 unseres Landes für Arbeit 4.0 ausreichend gewappnet sind.

574 **Weniger, schneller, effizienter: Mit digitalen Lösungen**

575 **Bürokratie vereinfachen**

576 Generationen von Politiker*innen haben ihn versprochen: den Bürokratieabbau.
577 Auch wir können die Bürokratie nicht abschaffen, aber wir machen sie digitaler,
578 schneller und effizienter und bauen so Belastungen für Selbstständige und
579 Unternehmen ab. Unser Ziel ist es, dass Unternehmen sämtliche Behördenkontakte,
580 Statistikpflichten und Steuerangelegenheiten über eine zentrale Plattform
581 abwickeln können. Behördliche Entscheidungs-, Genehmigungs- oder
582 Prüfungsprozesse werden wir mit Hilfe digitaler Anwendungen beschleunigen und wo
583 möglich ganz automatisieren. Auch die Arbeit von Stadt-, Kreis- und
584 Gemeinderäten wird digital. Dazu werden wir in einem Beteiligungsprozess mit
585 Öffentlichkeit und Unternehmen bis Ende 2023 Maßnahmen für eine digitale
586 Strukturreform für die Landesbehörden und kommunalen Verwaltungen erarbeiten.
587 Solo-Selbstständige und kleine Unternehmen werden wir von übermäßigen
588 Bürokratieranforderungen und Aufzeichnungspflichten entlasten, indem wir
589 Bagatellgrenzen einführen bzw. anpassen, Statistikabfragen bündeln und das

590 Prinzip der Änderungsmitteilung (Daten werden nur bei signifikanten
591 Veränderungen übermittelt) ausweiten.

592 **Besondere Lagen erfordern besondere Maßnahmen – Wir machen**
593 **Wirtschaftsförderung extra für Frauen und marginalisierte**
594 **Menschen**

595 Frauen genau wie kleinere marginalisierte Gruppen stehen aus unterschiedlichen
596 Gründen vor höheren Hürden, um in der Wirtschaft Fuß zu fassen. Das gilt für die
597 Vergabe von Führungspositionen ebenso, wie für die Möglichkeiten sich
598 selbstständig zu machen oder ein Unternehmen zu gründen. Damit sich das ändert,
599 werden wir in allen Wirtschaftsförderprogrammen des Landes NRW – von der
600 Gründungsförderung bis zur Hightech-Forschung – ein separates Budget
601 ausschließlich für die Förderung von Frauen sowie genderqueeren Menschen,
602 Menschen mit Behinderung und Menschen mit Migrationshintergrund reservieren.
603 Davon unbenommen behalten oben genannte weiterhin Zugang zu den „freien“ Mitteln
604 der Fördertöpfe. So stellen wir sicher, dass Frauen wie auch andere
605 marginalisierte Personengruppen an allen Wirtschaftsfördermaßnahmen
606 partizipieren und ermutigen jene Menschen, die als Ganzes die Mehrheit der
607 deutschen Bevölkerung widerspiegeln, bestehende Widerstände zu überwinden und
608 sie als Gemeinschaft abzubauen. Besondere Beachtung sollen darüber hinaus
609 mehrfach marginalisierte Menschen bekommen, da diese oft vor zahlreicheren
610 Hürden stehen, was sich stets in ihrer wirtschaftlichen Realität widerspiegelt.

611 **Schluss mit blindem „Höher, Schneller, Weiter“ – Mehr**
612 **Wachstum für Kooperation und Gemeinwohl**

613 Unsere bestehende Wirtschaftsweise sprengt neben den planetaren Grenzen ebenso
614 gesellschaftliche Grenzen. Deswegen ist es für uns von herausragender Bedeutung,
615 sich das grundgesetzliche Ziel allen Wirtschaftens wieder klarer vor Augen zu
616 führen: das Gemeinwohl.

617
618 Gemeinnützige Arbeitgeber*innen in Kultur, Sport oder sozialen Bereichen leisten
619 täglichen ihren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Beitrag, um unser Land
620 voranzubringen. Wir möchten zusätzlich Purpose-Unternehmer*innentum,
621 Sozialunternehmen, Genossenschaften, Sharing-Projekte, solidarische
622 Gemeinschaften („Commons“) stärken sowie die nachhaltige und solidarische
623 Plattform-Ökonomie in unserem Land mit geeigneten Beratungs- und
624 Unterstützungsstrukturen (z.B. Wirtschaftsförderung 4.0) unterstützen.

625
626 Zugleich gehen wir mit den landeseigenen Betrieben bzw. Beteiligungen als gutem
627 Beispiel voran und setzen uns für ein Pilotprojekt für die Gemeinwohl-
628 Bilanzierung von landeseigenen Betrieben in der kommenden Legislaturperiode ein
629 und laden privatwirtschaftliche Unternehmen mit einer Beratungsunterstützung
630 ein, an diesem Pilotprojekt teilzunehmen

631 **Wir machen den Verbraucherschutz fit für die Aufgaben von**
632 **morgen**

633 Die Coronavirus-Pandemie hat zwangsläufig viele Dienstleistungen in den
634 virtuellen Raum verlagert. Auch die „Verbraucherzentrale NRW“ hat damals schnell
635 reagiert und ihre Beratungsformate an die Pandemiebedingungen angepasst. Auf
636 diese Weise konnte den Ratsuchenden kompetente und verlässliche Hilfestellung
637 angeboten werden. Eine Entwicklung, die auch nach dem Ende der Pandemie bleiben
638 wird, denn sie macht Vieles einfacher, insbesondere für Menschen, die weniger
639 mobil sind. Deshalb werden wir die Verbraucherzentralen beim Ausbau ihrer

640 digitalen Angebote unterstützen, damit noch mehr Menschen von den wichtigen
641 Angeboten profitieren können.

642 Damit die Energie- und Wärmewende gelingt, sind große Investitionen der
643 Privathaushalte notwendig. Viele Menschen vertrauen auf die unabhängige Beratung
644 der Verbraucherzentralen bevor sie eine Solaranlage anschaffen oder ein
645 Sanierungsprojekt beginnen. Wir werden daher die Beratungsstrukturen der
646 Verbraucherzentralen in NRW im Bereich Energiewende und Klimaschutz deutlich
647 aufstocken und viele Angebote kostenfrei zur Verfügung stellen.

648 Für uns gehört eine unabhängige Verbraucherberatung zur Daseinsvorsorge.
649 Gemeinsam mit der „Verbraucherzentrale NRW“ wollen wir das Netz der
650 Beratungsstellen ertüchtigen, wo nötig erweitern und deren Finanzierung
651 langfristig sichern.

652 **Wir schalten Digitalisierung auf Fast Forward** 653 **Digitale Infrastruktur ausbauen**

654 Arbeiten im Homeoffice, Filme streamen in der Freizeit, Meetings mit
655 Geschäftskund*innen oder das digitale Bürgerbüro – in vielen Situationen
656 benötigen Menschen und Unternehmen eine funktionierende und schnelle
657 Internetverbindung. Davon ist NRW zu oft noch weit entfernt. Mit einem
658 Genehmigungs-Turbo und gezielter Förderung bringen wir schnelles Internet mit
659 Glasfaser und 5G spätestens 2030 an jede Haustür. Wir unterstützen Kommunen und
660 ihre Verwaltungen beim Netzausbau und dem Stopfen von Funklöchern mit
661 Mobilfunkkoordinator*innen vor Ort. Wir machen endlich Tempo bei der Ausstattung
662 öffentlicher Einrichtungen mit freiem WLAN. So kommt die digitale Zukunft zu
663 allen Menschen in NRW!

664 **Digitalisierung vor Ort fördern**

665 Digitalisierung passiert direkt vor der Haustür, ob nun in der Straße eine
666 Glasfaserleitung verlegt wird oder die Kommune einen neuen digitalen Service
667 anbietet. Wir beraten und fördern die Kommunen, damit sie die Digitalisierung
668 vor Ort besonders durch die konsequente Internalisierung von
669 Digitalisierungskompetenzen eigenständig und nachhaltig gestalten können. Dazu
670 gehören die Förderung für eine digitale Infrastruktur, eine digitale Verwaltung
671 sowie eine „Green-IT“-Strategie. Dafür schaffen wir die rechtlichen
672 Rahmenbedingungen und Ansprechpartner*innen auf Landesebene. Gemeinsam mit dem
673 Städte- und Gemeindebund professionalisieren wir den Wissenstransfer zwischen
674 den Kommunen, indem wir Erfahrungen und Best Practices zentral sammeln und
675 durchsuchbar machen. Damit alle Generationen auf die verbesserte Infrastruktur
676 zurückgreifen können, werden wir speziell für ältere Menschen digitale Angebote
677 verstärken und Bildungsangebote für digitale Medien ausbauen

678 Damit Kommunen intelligent, ressourcenschonend und klimaneutral werden, bringen
679 wir die Konzepte von „Smart City“ und „Zero Emission City“ zusammen und fördern
680 eine schnelle und breite Umsetzung. Um Klima und Menschen zu entlasten, fördern
681 wir mobiles Arbeiten. Wir helfen Kommunen „Coworking-Spaces“ und Standorte für
682 mobiles Arbeiten aufzubauen und damit unter anderem jungen Gründer*innen
683 flexible Arbeitsumgebungen anbieten zu können. Wir sorgen dafür, dass Homeoffice
684 im öffentlichen Dienst möglich wird, wo immer es geht und die Beschäftigten es
685 wünschen. Dazu gehören passende Ausstattungen und IT-Strukturen, der rechtliche
686 Rahmen und andere Anpassungen der Verwaltung an die veränderte Arbeitswelt. Wir
687 schaffen neue Räume für Gründer*innen, die sich durch den Strukturwandel in den
688 Kommunen ergeben. Um Gründungen im Bereich der digitalen Wirtschaft besser zu

689 fördern, schaffen wir die richtigen Beratungsstrukturen, bauen die
690 Gründungsförderung an Hochschulen aus und stärken die Startup-Kultur
691 insbesondere im ländlichen Raum.

692 **Wir machen die Digitalisierung für alle zugänglich**

693 Schulanmeldung, Bauantrag, Personalausweis: Wir wollen, dass alle Behördengänge
694 in Zukunft auch digital möglich sind. Die digitalen Dienste und Informationen
695 der öffentlichen Hand machen wir einfach nutzbar und gestalten sie barrierefrei.
696 Je wichtiger das Internet im Alltag wird und auch Teile des gesellschaftlichen
697 Lebens im digitalen Raum stattfinden, desto wichtiger ist es, von dessen Nutzung
698 niemand auszuschließen ist. Es ist wichtig, dass alle einen Zugang zu einer
699 schnellen Internetleitung haben und auch in der Lage sind mit dieser Technik
700 selbstbestimmt umzugehen. Für Menschen ohne eigenes Endgerät setzen wir uns für
701 frei verfügbare PC Arbeitsplätze in öffentlichen Einrichtungen ein. Alle
702 Bevölkerungsgruppen sollen digitale Dienste nutzen und davon profitieren können,
703 barrierefrei, leicht verständlich und in verschiedenen Sprachen. Wir sorgen
704 dafür, dass von der Kindertagesstätte bis zur Berufsschule Grundkenntnisse der
705 Informatik sowie Digital-, Medien- und Quellenkompetenz besser vermittelt werden
706 und dazu die Aus- und Weiterbildung auch des Lehrpersonals weiterentwickelt
707 wird. Mit einem Projekt „Digital mobil im Alter“ fördern wir die Nutzung
708 digitaler Kommunikations- und Informationstechnologien für ältere Menschen und
709 den Aufbau von Initiativen zur Stärkung der digitalen Teilhabe im Alter. Wichtig
710 ist aber auch vor allem für Senior*innen: Der persönliche Kontakt in Ämtern muss
711 weiterhin möglich bleiben.

712 **Wir bauen zukunftsfähig**

713 **Besser bauen**

714 Gebäude werden in aller Regel errichtet, um sie über Jahrzehnte hinweg zu
715 nutzen. Die Art und Weise, wie wir heute bauen, hat einen entsprechend
716 langfristigen Einfluss auf die Gesundheit von Menschen, Klima und Umwelt. Mit
717 einer neuen ökologischen Landesbauordnung werden wir NRW zum Vorreiter einer
718 nachhaltigen ressourcenschonenden Baukultur machen und den Bausektor in den
719 kommenden zehn Jahren vollständig auf klimaneutrale Bauweisen und
720 kreislauffähige Baumaterialien umstellen. Um Ressourcen zu schonen und den sog.
721 „grauen Energieverbrauch“, (der bei der Herstellung von Baumaterialien wie z.B.
722 Zement entsteht) zu senken, fördern wir den modernen Holzbau mit Holz aus
723 regionaler Erzeugung - auch für öffentliche Gebäude - und machen Solarenergie
724 zum Standard auf jedem neuen oder renovierten Dach. Dort, wo Solarenergie nicht
725 zum Einsatz kommen, sollte die Begrünung von Dächern als Alternative genutzt
726 werden. Öffentliche Bauprojekte müssen auf diesem Weg ihrem Vorbildcharakter
727 gerecht werden. Darum sorgen wir dafür, dass in NRW schon bis 2025 öffentliche
728 Gebäude nur noch klimafreundlich und nachhaltig errichtet werden.

729 **Wir machen Gebäude und Straßen von heute zum Rohstofflager 730 für morgen**

731 Bauabfälle machen rund die Hälfte unseres Müllaufkommens aus. Diese Bilanz ist
732 umso gravierender, da die Produktion der so entsorgten Baustoffe das Klima enorm
733 belastet. So macht allein die Betonproduktion etwa acht Prozent des weltweiten
734 CO₂-Ausstoßes aus. Nachhaltig bauen heißt also auch wiederverwertbar zu bauen,
735 am besten mit bereits recycelten Baumaterialien. Um NRW zum Vorreiter einer
736 nachhaltigen Baukultur zu machen, investieren wir – beispielsweise im
737 Rheinischen Revier – in die Materialforschung sowie die Entwicklung und den
738 Aufbau funktionierender Baustoffkreisläufe. Im Rahmen unserer neuen

739 Landesbauordnung werden wir erstmals feste Quoten für die Verwendung recycelter
740 Baustoffe, wie z.B. Kies, Sand oder Festgesteine festzuschreiben. Bei Bauaufträgen
741 des Landes werden wir Wiederverwertbarkeit und den Einsatz von
742 Recyclingbaustoffen wie Beton, Glas oder Sekundäraluminium zum ständigen
743 Ausschreibungskriterium machen.

744 **Rohstoff- und Baustoffpolitik für eine lebenswerte Zukunft**

745 Die Spuren der Gewinnung von Kies und anderen Gesteinen haben einige Regionen
746 NRWs, vor allem entlang des Niederrheins, in der Kulturlandschaft Haltern –
747 Lippe – Haard oder Teilen des Bergischen Landes tiefgreifend verändert. Längst
748 sind hier tiefgreifende gesellschaftliche Konflikte um die Zerstörung der
749 Landschaft oder die Verschlechterung des Grundwassers entbrannt, die durch die
750 ideologische Bagger-Politik von Schwarz-Gelb weiter verschärft wurden. Wir
751 werden den Rohstoffabbau in NRW grundlegend reformieren. Den Bedarf an
752 zusätzlichen Rohstoffen werden wir durch mehr Ressourceneffizienz und den
753 Umstieg in in die Kreislaufwirtschaft schrittweise zurückführen. schrittweise
754 zurückführen. So bringen wir Versorgungssicherheit und Umweltschutz zusammen und
755 befrieden gesellschaftliche Konflikte. Die Ereignisse von Blessem haben gezeigt:
756 Der Abbau von Bodenschätzen in unmittelbarer Nähe von Wohngebieten, noch dazu in
757 Überschwemmungsgebieten, kann Leben und Eigentum von Menschen gefährden. Wir
758 werden bestehende Genehmigungen für Kiesgruben und Co. überprüfen, genauso wie
759 die Regeln, nach denen in NRW neue genehmigt werden.

760 **Abbauplanung reformieren, Rohstoffe für kommende 761 Generationen bewahren**

762 Die bisherige Praxis beim Abbau von Locker- und Festgesteinen wie Sand, Kies,
763 Kalk oder Schiefer führt letztlich dazu, dass die Rohstoffunternehmen einen
764 Freifahrtschein für die Erschließung neuer Abbauflächen haben. Wir unterstützen
765 die Forderungen des Niederrheinappells von 2019. Zur Entlastung bei der
766 Ausweisung neuer Flächen und zur Vermeidung weiteren Fakten-Schaffens sind
767 kurzfristig im Landesentwicklungsplan die Versorgungszeiträume von 25 Jahren
768 wieder auf maximal 15 Jahre zu reduzieren, wobei der regionale Bedarf unserer
769 heimischen Bauindustrie und nicht zurückliegende Abbaumengen Grundlage der
770 Berechnung sein muss. Fehlanreize bauen wir durch diese neue Bedarfsermittlung
771 ab, die schrittweise steigende Wiederverwendungsquoten bereits im Kreislauf
772 befindlicher Rohstoffe einbezieht und so Anreize für mehr Baustoffrecycling
773 setzt. Wir werden die Planungen zukünftig auf Landesebene steuern. Ausgewiesene
774 Flächen können bis zum Abbau für erneuerbare Energien genutzt werden.

775 Anders als z.B. beim Abbau von Braunkohle ist die Beseitigung der
776 landschaftlichen Spuren und der Umweltfolgen des Rohstoffabbaus von Locker- und
777 Festgesteinen weitgehend ungeregelt. Zukünftig sind zur Betriebsgenehmigung
778 Renaturierungspläne vorzulegen, die die dauerhaften Folgen wie abgesenkte
779 Grundwasserspiegel, gerodete Wälder oder bleibende Baggerseen sowie die
780 Kostenträgerschaft verbindlich regeln. Mit der Einführung einer Rohstoffabgabe
781 auf jede Tonne abgebauten Gesteins schlagen wir zwei Fliegen mit einer Klappe.
782 Wir beteiligen die Unternehmen und Endkunden an den Folgekosten des
783 Rohstoffabbaus und setzen gleichzeitig Anreize für den Einsatz alternativer
784 Baustoffe. Einnahmen aus der Rohstoffabgabe sollen z.B. für Altlastensanierung
785 und Flächenentsiegelung verwendet werden.

786 **Wir geben dem Finanzstandort in NRW ein 787 Zukunfts-Profil**

788 **Sparkassen als Partnerinnen von Kommunen und Mittelstand**

789 stärken

790 Die Sparkassen sind ein unterschätzter Wirtschaftsfaktor in NRW: mit 86
791 Instituten, Einlagen von 251 Mrd. EUR, einem Kreditvolumen von 230 Mrd. EUR und
792 einem Marktanteil bei von bis zu 50 Prozent spielen sie eine entscheidende Rolle
793 für den Finanzstandort NRW. Die Institute sind vor Ort meist eng verwurzelt,
794 unterstützen lokale Kindergärten, Sportvereine und Kunstprojekte. An der
795 ökologischen und digital-nachhaltigen Transformation in Kommunen und
796 Mittelstand, aber auch an der Finanzierung von Start-Ups beteiligen sich die
797 Sparkassen allerdings zu selten. Auch die Eigenlagen von Sparkassen und die
798 Anlageberatung für Privat- und Geschäftskunden sollen nach ESG-Kriterien
799 erfolgen und zum Standard werden. Ein Grund hierfür ist der enge Rechtsrahmen
800 des Sparkassengesetzes. Damit unsere Sparkassen ihr finanzielles Potential und
801 die wirtschaftliche Kompetenz künftig freier entfalten können, werden wir dieses
802 anpassen.

803 NRW.BANK zur grünsten Landesförderbank machen

804 Wir wollen die NRW.BANK stärken und ihre Rolle als Unterstützerin für die
805 sozial-ökologische und digital-nachhaltige Transformation von Wirtschaft und
806 Gesellschaft ausbauen. Die Verwirklichung dieser Transformation erfordert die
807 Aktivierung und Mitwirkung vieler Stakeholder. Einen Baustein bildet die
808 staatliche, landeseigene Förderbank NRW.BANK. Als haushaltsunabhängige und
809 wettbewerbsneutrale Landesförderbank erbringt sie bei der Unterstützung der
810 mittelständigen Wirtschaft, unserer Kommunen und bei der Wohnraumförderung eine
811 Reihe von Leistungen, die den Menschen in Nordrhein-Westfalen zugutekommen. Um
812 die Rolle der NRW.BANK für die sozial-ökologische und digital-nachhaltige
813 Transformation zu stärken, ergänzen wir ihren staatlichen Auftrag um das
814 Förderziel „Transformation“ und richten das Geschäftsmodell der NRW.BANK und
815 ihre Förderstrategie an den Zielen „Transformation“, „Nachhaltigkeit“ und den
816 Empfehlungen des „Sustainable Finance“ Beirats der Bundesregierung aus. Unser
817 Ziel ist, die NRW.BANK zur grünsten Landesförderbank Deutschlands zu machen.

Beschluss (vorläufig)

3 - Zukunft durch Bildung

Gremium: LDK Siegen
Beschlussdatum: 10.12.2021
Tagesordnungspunkt: 3. Programm zur Landtagswahl 2022

Text

1 Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt: Das ist unser Versprechen! Die
2 Corona-Pandemie hat vor allem die Jüngsten besonders hart getroffen. Menschlich,
3 sozial und beim Lernen ist viel auf der Strecke geblieben. Dabei ist Bildung ein
4 Schlüssel dazu, dass alle Menschen ein erfülltes Leben in einer friedlichen,
5 gerechten und nachhaltigen Welt leben können.

6 Unsere Kinder sind unsere Zukunft – sie verdienen Bildung auf der Höhe der Zeit.
7 Die Welt wandelt sich. Sie wird digital und global, erfordert Teamwork und die
8 Fähigkeit, neue Probleme zu lösen. Wie sollen Bildungseinrichtungen Schritt
9 halten, wenn nicht einmal das WLAN funktioniert und die Deutschlehrerin wieder
10 nur einen Halbjahresvertrag bekommt? Wir investieren deshalb in Gebäude, in
11 digitale Ausstattung und vor allem in gut ausgebildete Menschen, die im
12 Bildungssystem arbeiten und mit vollem Einsatz einfühlsam Gestaltungskompetenzen
13 vermitteln. Wir investieren gemeinsam mit Unternehmen in Orte der modernsten
14 beruflichen Bildung. Junge Menschen wollen die Welt erkunden und lernen – sorgen
15 wir dafür, dass sie ihre Potenziale zur Entfaltung bringen können!

16 Bildungsgerechtigkeit erreichen wir nur durch gute Bildung von Anfang an. Gerade
17 in den frühen Jahren wird der Grundstein für das spätere Leben gelegt. Unser
18 Bildungssystem muss dabei allen dieselben Chancen geben und akzeptieren, dass
19 unsere Gesellschaft immer unterschiedlicher und herausfordernder wird. Kitas und
20 Schulen mit besonderen Herausforderungen verdienen dabei unsere besondere
21 Unterstützung. Das ist auch wichtig, damit Bildungserfolg und sozialer Aufstieg
22 nicht mehr abhängig sind von Elternhaus, Herkunft und Postleitzahl.

23 Alle sollen selbst entscheiden, welchen Bildungsweg sie einschlagen. Ausbildung
24 oder Studium dürfen nicht zum finanziellen Risiko werden, sondern verdienen
25 gesellschaftliche Unterstützung – gebührenfrei, mit günstigen Bus- und
26 Bahntickets, Assistenzen für Menschen mit Behinderung und bezahlbarem Wohnraum.
27 Längst ist es normal, die Entscheidung für einen Beruf nicht mehr für das ganze
28 Leben zu treffen. Mit mehr Weiterbildung in jeder Lebensphase schaffen wir Halt
29 im Wandel.

30 Die nordrhein-westfälische Hochschullandschaft ist so dicht und vielfältig wie
31 in kaum einer anderen Region, sie steht für Exzellenz und gesellschaftliche
32 Verantwortung. Forschende und Studierende gestalten den Wandel ganz entscheidend
33 mit. Wir stehen für freie Hochschulen, an denen hochwertige Lehre, gute
34 Arbeitsbedingungen und exzellente Forschung Hand in Hand gehen.

35 **Wir fördern Bildung von Anfang an**
36 **Mehr Chancen für alle Kinder – frühkindliche Bildung**

37 ausbauen

38 Kinder brauchen Kinder. Gemeinsam mit Gleichaltrigen in der Kita oder
39 Kindertagespflege zu spielen, zu singen, zu essen und sich auszuprobieren macht
40 Kindern Freude und trägt zu einer guten Entwicklung bei. Wir werden jedem Kind
41 ab dem ersten Lebensjahr ein gutes Angebot für frühkindliche Bildung, Erziehung
42 und Betreuung machen. Dafür werden wir die frühkindliche Bildung in NRW ausbauen
43 und qualitativ weiterentwickeln. Gute pädagogische Arbeit braucht qualifizierte
44 Fachkräfte und Qualität braucht Zeit. Wir beteiligen in einem intensiven
45 fachlichen Austausch Erzieher*innen und Träger zu Fragen der Verbesserungen der
46 Arbeitsbedingungen und der Qualität der Bildungsarbeit. Die Personalkapazitäten
47 müssen so berechnet werden, dass sie die alltäglichen Anforderungen und die
48 Arbeitsrealität in den Kitas auch wirklich abbilden. Erzieher*innen brauchen
49 Zeit für Fortbildungen, Urlaubstage müssen einberechnet werden und auch
50 Krankheitsfälle dürfen nicht zu alltäglicher Personalknappheit führen. Die Kita-
51 Leitung braucht Zeit, die Organisation der Einrichtung zu regeln, die
52 pädagogische Arbeit zu begleiten und in Netzwerken mit den umliegenden
53 Grundschulen/Familienbildungsstätten und dem Jugendamt zusammenzuarbeiten. Wie
54 viele Kinder pro Erzieher*in betreut und wie viel Zeit für Leitungsaufgaben
55 sowie Fortbildung gebraucht werden, werden wir anhand wissenschaftlicher
56 Standards neu regeln. Zur Entlastung der Erzieher*innen und Kita-Leitungen
57 werden wir auch Verwaltungsstellen und Hauswirtschaftskräfte in den Kitas
58 finanzieren. Der Mix aus ausgebildeten Erzieher*innen und studierten
59 Kindheitspädagog*innen macht ein gutes Betreuungsteam aus. Die Ausbildungs- und
60 Studienplätze an den Berufsschulen und Hochschulen werden wir dem Bedarf in der
61 Berufspraxis entsprechend ausbauen. Wir möchten die Kindertagespflege in NRW
62 bedarfsgerecht ausbauen und setzen uns dafür ein, dass auch die
63 Fachberatungsstellen für Kindertagespflege hinreichend ausgestattet und für ihre
64 vielfältigen Aufgaben gut qualifiziert sind.

**65 Gute Bildung von Anfang an - Qualität in der
66 Kindertagesbetreuung verbessern**

67 In den ersten Jahren der Kindheitsentwicklung geschieht unglaublich viel. Kinder
68 lernen krabbeln, machen die ersten Schritte und beginnen Wörter so lange
69 auszusprechen, bis der erste Satz sitzt. Die frühkindliche Bildung legt den
70 Grundstein für faire Bildungschancen. Wir wollen Kinder in ihrem Recht auf
71 gesunde Entwicklung und Beteiligung von Beginn an stärken. Kinder wollen ihren
72 Alltag und ihre Lebenswelt mitgestalten. Wir unterstützen Kitas und
73 Kindertagespflege bei der Umsetzung von Beteiligungskonzepten. Wir unterstützen
74 Einrichtungen dabei, alle Kinder in ihren Bedarfen zu stärken und sie in ihrer
75 Entwicklung zu begleiten. Die ersten Jahre sind die wichtigsten für die
76 sprachliche, motorische und kognitive Entwicklung. Sprachmittler*innen,
77 Logopäd*innen und Therapeut*innen sollen von den Kitas unbürokratisch ins Team
78 einbezogen werden. Daneben ist die Mehrsprachigkeit Teil der Lebensrealität von
79 vielen Kindern. Sie wollen wir in den Kitas fördern. Bewegung und gesunde
80 Ernährung sind elementar für die kindliche Entwicklung. Deshalb möchten wir die
81 Bewegungs- und Gesundheitsförderung von Kindern in Kitas, Schulen und
82 Kindertagespflege besonders stärken. Für flächendeckende Programme der
83 gesundheitlichen Bildung an Kitas und Schulen sollen lokale Netzwerke aufgebaut
84 werden, etwa zwischen dem Öffentlichen Gesundheitsdienst, Ärzt:innen,
85 Krankenkassen und Sportvereinen. Eine qualitativ hochwertige Mittagsverpflegung
86 wird in Kitas und der Kindertagespflege mit uns beitragsfrei. Kitas in einem
87 Umfeld, in dem viele Familien erschwerte Startbedingungen haben, verdienen

88 besondere Förderung. Deshalb werden wir die „plusKitas“ bedarfsgerecht ausbauen
89 und stärken, indem wir zusätzlich Kita-Sozialarbeiter*innen-Stunden fördern. Die
90 kulturelle Bildung in Kitas werden wir stärken, damit kulturelle Bildung auch im
91 Vorschulalter keine Frage des Geldbeutels der Eltern ist.

92 **Mehr Erzieher*innen in die Kitas**

93 Gute Bildung braucht gute Fachkräfte. Wir wollen Kitas, die die besten
94 Bedingungen für unsere Kleinsten und gute Arbeitsbedingungen für unsere
95 Fachkräfte bieten. Für qualitativ und quantitativ gut ausgestattete Kitas
96 brauchen wir deutlich mehr Fachkräfte. Damit die Erzieher*innen ausreichend Zeit
97 für die Kinder haben, muss auch die Tatsache einbezogen und berechnet werden,
98 dass die Kräfte auch einmal krank werden, Urlaub machen oder sich fortbilden.
99 Das wird uns durch die Umsetzung eines Bündels von Maßnahmen gelingen: der Beruf
100 eine*r Erzieher*in braucht Wertschätzung. Der Beruf ist verantwortungsvoll, und
101 das sollte sich in den Arbeitsbedingungen und der Vergütung widerspiegeln. Klar
102 ist auch, dass wir Fachkräfte ausbilden müssen. Die Ausbildungskapazitäten
103 müssen wir steigern. Die Zahl der Studienplätze an den Hochschulen im Fach
104 Erziehungswissenschaften muss dem Bedarf in der Berufspraxis gerecht werden.
105 Dabei wollen wir auch unterschiedliche Zugänge zum Beruf ermöglichen. Die
106 praxisintegrierte Ausbildung (PIA) wird gut angenommen und soll ausgebaut
107 werden. Dabei sind Teilzeitausbildungen zu ermöglichen. Außerdem wollen wir
108 Kitas, die ausbilden, mehr Mittel geben.

109 Die Kita von heute muss die Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden. Die
110 Anerkennung von ausländischen Abschlüssen sollte deshalb praktikabel sein. Zudem
111 gibt es an den Kitas noch immer zu wenig männliche Erzieher. Mit gezielter
112 Ansprache wollen wir sie für diesen Beruf gewinnen. Dazu legen wir ein Programm
113 speziell für Jungs auf, dass sie insbesondere im Rahmen der
114 Berufswahlorientierung und den Betriebspraktika an soziale Berufe heranführen
115 soll. Auch sind Menschen mit anderen Berufserfahrungen für das Team wertvoll.
116 Der Quereinstieg in den Beruf der Erzieher*in muss qualitativ hochwertig
117 ausgerichtet sein aber auch unkomplizierter werden. Wir werden die
118 praxisintegrierte Ausbildung „PIA“ zur Fachkräftegewinnung fördern. Den Alltags-
119 Helfer*innen, die zu Corona-Zeiten in den Kitas eingesetzt wurden, wollen wir
120 durch Weiterqualifizierung das Angebot machen, in den Kitas zu bleiben. Zur
121 Entlastung der pädagogischen Fachkräfte ist das Alltagshelferprogramm
122 kurzfristig ein wichtiger Beitrag und soll zunächst fortgeführt werden.

123 **Wir stellen Kinder, Jugendliche und Familien in 124 den Mittelpunkt**

125 **Kinder und Jugendliche haben was zu sagen – beteiligen wir 126 sie**

127 Wie sollte der Spielplatz vor Ort ausgestaltet sein? Wann fährt der Bus zurück
128 nach Hause? Was ist das nächste Bauprojekt der Stadt? Kinder und Jugendliche
129 sind von politischen Entscheidungen direkt betroffen. Wir wollen sie in die
130 Gestaltung ihrer Umgebung einbeziehen. Denn sie sind die Expertinnen und
131 Experten für ihre Lebenswelt. Aus diesem Grund werden wir die Beteiligungsrechte
132 von Kindern und Jugendlichen in der Gemeindeordnung stärken und verbindlich
133 regeln. Die Kommunen unterstützen wir dabei, Befragungen von Kindern und
134 Jugendlichen durchzuführen, um ihre Belange vor Ort besser wahrzunehmen. Auch
135 von der Landespolitik sind junge Menschen direkt betroffen. Daher soll der
136 Jugendcheck für Gesetzesvorhaben durch ein regelmäßiges Jugend-Monitoring zu den
137 Auswirkungen politischer Entscheidungen auf junge Menschen ergänzt werden. Zudem

138 stärken wir kommunale Jugendparlamente, sichern die Beteiligung von Jugendlichen
139 durch eine Stärkung des Landesjugendrings. Gemeinsam mit den Jugendverbänden und
140 unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen erarbeiten wir eine
141 Beteiligungsstrategie auf Landesebene. Kinder und Jugendliche haben das Recht,
142 über ihre Zukunft mitzuentcheiden. Deshalb setzen wir uns für die Absenkung des
143 Wahlalters auf 16 Jahre ein. Auf Basis einer Evaluation des Wahlalters 16 wollen
144 wir das Wahlalter ggf. weiter absenken.

145 **Für eine eigenständige und inklusive Jugendarbeit**

146 Kinder und Jugendliche lernen nicht nur auf den Schulbänken. Auch die Kinder-
147 und Jugendarbeit hat einen starken Einfluss auf ihre Persönlichkeitsentwicklung.
148 Junge Menschen brauchen Freiräume, um sich auszuprobieren und eigene Erfahrungen
149 zu machen. Demokratie, Antirassismus, Geschlechtergerechtigkeit, Frieden und
150 Menschenrechte sind zentrale Themen der Jugendverbandsarbeit und der offenen
151 Kinder- und Jugendarbeit. Hier wird unmittelbar erfahrbar, wie sich
152 Gesellschaften gestalten und gleichzeitig wird die eigene Identitätsentwicklung
153 unterstützt. Wir werden bewährte Projekte der offenen Kinder- und Jugendarbeit
154 und der Jugendverbandsarbeit strukturell verankern. Die Jugendarbeit vor Ort ist
155 kein zusätzliches, sondern ein notwendiges Angebot. Daher werden wir die
156 Kommunen dabei unterstützen, die Kinder- und Jugendarbeit und die Offene Kinder-
157 und Jugendarbeit allen Kindern und Jugendlichen diskriminierungsfrei zur
158 Verfügung zu stellen. Den Kinder- und Jugendförderplan machen wir inklusiv.
159 Unser Ziel: Die Kinder- und Jugendarbeit ist offen für alle Kinder und
160 Jugendlichen und bildet unsere vielfältige Gesellschaft ab. Wir werden die
161 erforderlichen Mittel bereitstellen, damit Angebote der Kinder- und Jugendarbeit
162 barrierefrei gestaltet werden können.

163 **Queere Jugendzentren sichern und ausbauen**

164 Wir wollen queere Jugendarbeit nachhaltig fördern. Hier wollen wir ein
165 besonderes Augenmerk auf die ländlichen Räume legen und eine Intersektionalität
166 legen. Die Arbeit von Queeren Zentren und Jugendzentren muss überregional
167 gedacht und im Landesförderplan langfristig abgesichert werden, da diese einen
168 Anzugspunkt für queere Menschen in den Regionen bilden.

169 **Mehr Familienzentren für NRW**

170 Eltern wollen nur das Beste für ihre Kinder. Dadurch entstehen auch viele Fragen
171 und Unsicherheiten, aber auch einfach das Bedürfnis nach Austausch. Kitas, die
172 zu Familienzentren weiterentwickelt wurden, sind solche Orte des Austauschs, der
173 Weiterbildung und einer niedrigschwelligen Unterstützung von Eltern. Wir wollen
174 Kitas und Träger auf dem Weg der Familienzentren unterstützen und diesen
175 möglichst bürokratiearm gestalten. Die Fragen, die Eltern haben, hören nach der
176 Kita nicht auf. Im Gegenteil: Der Übergang von der Kita zur Grundschule und die
177 Unterstützung von Familien, die Grundschulkindern haben, ist ebenso wichtig.
178 Grundschulen werden wir daher zu Orten der Bildung, Beratung, Begegnung und
179 Unterstützung von Familien weiterentwickeln. Die Vernetzung der Kita- und
180 Grundschulfamilienzentren mit anderen Einrichtungen im Stadtteil, in dem Eltern
181 leben, führt zu einer ganzheitlichen Beratung und Hilfestellung. Um dies zu
182 erreichen, wollen wir die Familienbildung, Familienpflege und die
183 Familienberatung in NRW stärken. Wir setzen uns für eine Familienbildung ein,
184 die von den Kindern, Jugendlichen und Eltern mitgestaltet wird.

185 **Mehr Zeit für die Familie**

186 Morgens das eine Kind zur Kita bringen, das andere in die Schule und dann auch
187 noch rechtzeitig am Arbeitsplatz sein. Nach dem Feierabend dann schnell die

188 Kinder vor Kita- und Schulschluss abholen: Junge Familien geraten bei der
189 Organisation ihres Alltags immer mehr unter Zeitdruck. Das ist der Grund dafür,
190 dass wir kommunale Zeitbüros fördern wollen, in denen ermittelt wird, welche
191 Betreuungszeiten Eltern und Kinder brauchen und wo Busfahrpläne so optimiert
192 werden, dass sie den Familien mit Kindern in den Stoßzeiten helfen. Entsprechend
193 können die Zeitbedürfnisse von Bürger*innen, Unternehmen, ÖPNV-Anbietern,
194 Schulen, Kitas und Dienstleistern besser abgestimmt werden. Klar ist aber auch,
195 dass Arbeit und Familie vereinbar sein müssen. Dabei sind auch die
196 Arbeitgeber*innen gefordert. Daher werden wir das Netzwerk „Familienfreundliches
197 Unternehmen@NRW“ gründen, um einen Austausch zwischen den Unternehmen,
198 Wissenschaftler*innen, Verbänden und Politik zu fördern. Auch die öffentliche
199 Verwaltung hat bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine Vorbildfunktion,
200 weshalb wir sie familienfreundlich gestalten werden.
201 Die Vernetzung der Kita- und Grundschulfamilienzentren mit anderen Einrichtungen
202 im Stadtteil, in dem Eltern leben, führt zu einer ganzheitlichen Beratung und
203 Hilfestellung. Um dies zu erreichen, wollen wir die Familienbildung,
204 Familienpflege und die Familienberatung in NRW stärken. Wir setzen uns für eine
205 Familienbildung ein, die von den Kindern, Jugendlichen und Eltern mitgestaltet
206 wird.
207 Trennung und Scheidung führen häufig zu individuellen Belastungen von Kindern
208 und Erwachsenen. Wir stärken Familienbildung und -beratung auch bei der
209 Unterstützung von Familien in und nach einer Trennung, auch bei Themen wie der
210 Aufteilung von Sorgearbeit.

211 **Bessere Bedingungen für Alleinerziehende**

212 Es gibt viele Familienformen – Kinder allein zu erziehen ist eine davon. Die
213 Anforderungen an alleinerziehende Eltern sind groß. Sie sind besonders auf eine
214 verlässliche Infrastruktur angewiesen, die es ihnen ermöglicht, Familie und
215 Erwerbsarbeit gut vereinbaren zu können. Deshalb werden wir die Kinderbetreuung
216 in Randzeiten ausbauen und Projekte fördern, bei denen Kinder in den Randzeiten
217 in ihrem Zuhause betreut werden. Wenn ein Kind einen Notfall hat oder ins
218 Krankenhaus muss, möchten Eltern bei ihrem Kind sein. Gibt es aber weitere
219 (jüngere) Kinder, dürfen diese nicht immer mitgebracht werden, brauchen aber
220 Betreuung. Auch hierfür ermöglichen wir eine Betreuung in Notsituationen.
221 Alleinerziehende, die behördliche Angelegenheiten regeln müssen, brauchen Hilfe
222 aus einer Hand. Wir werden kommunale Familienberatungsstellen und freie Träger
223 fördern, die Alleinerziehenden schnell und effizient helfen. Was
224 Alleinerziehende aber auch dringend benötigen, ist Stressabbau. Daher werden wir
225 Erholungs- und Gesundheitsprogramme fördern.

226 **Regenbogenfamilien unterstützen**

227 Familie ist für uns dort, wo Kinder sind oder Menschen dauerhaft Verantwortung
228 füreinander übernehmen. Egal ob Mutter-Vater-Kind Familie, lesbische Mütter,
229 schwule Väter, trans*, inter- und Regenbogeneltern mit Kinderwunsch – Familien
230 in NRW sind vielfältig und bunt. Und so vielfältig sind auch die Fragen, mit
231 denen Regenbogenfamilien konfrontiert sind. Dabei brauchen Regenbogenfamilien
232 eine fachkundige Beratung und Begleitung durch geschulte Menschen, denen die
233 verschiedensten Familienkonstellationen samt den rechtlichen Hürden vertraut
234 sind und die vorbehaltlos Hilfestellung geben können. Deswegen ist eine
235 „Landeskoordinationsstelle Regenbogenfamilien“ dauerhaft zu garantieren und
236 personell angemessen auszustatten. Immer noch erfahren Regenbogenfamilien
237 Ausgrenzung. Deswegen braucht es eine Koordination von Fort- und Weiterbildungen
238 von Mitarbeiter*innen in Behörden und Familienberatungsstellen.

Wir investieren in Schulen und Ausbildung

Bildungsaufbruch in unseren Schulen

Schon lange kennen wir die Herausforderungen, vor denen Schüler*innen, Eltern und alle, die in Schulen arbeiten, stehen. Unser Schulsystem ist unterfinanziert, es fehlt an gut ausgestatteten und modernen Räumlichkeiten und entsprechenden Lernmitteln. Schüler*innen sind teils massivem Leistungsdruck und hoher, psychischer Belastungen ausgesetzt. Der Lernerfolg der Schüler*innen ist abhängig von ihrer Herkunft, Bildungsnähe und der Finanzkraft ihrer Eltern. Wir sehen im gemeinsamen Lernen aller Kinder und damit in den integrierten Schulformen die größten Chancen, Kinder auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten und mehr Bildungsgerechtigkeit zu schaffen. An dem Ziel einer Schule, an der alle Kinder willkommen sind und gemeinsam lernen, halten wir fest.

Die Corona-Pandemie hat alle bekannten Probleme noch verschärft, viel Unsicherheit erzeugt und große Schäden an Körper und Seele vieler Kinder und Jugendlicher verursacht. Sie mussten am meisten verzichten und tragen schwer an den Folgen der Pandemie. Menschlich und fachlich ist seit Anfang 2020 viel verloren gegangen, was selbst über die Maße engagierte Pädagoginnen und Pädagogen allein nicht auffangen können. Jetzt geht es darum, der Schule ihren Sinn und ihre Seele zurückzugeben und die Probleme beherzt anzugehen. Wir wollen, dass unsere Kinder sich in ihrer Schule wohlfühlen und dort wieder gerne leben und lernen. Dies bedeutet für die gesamte Gesellschaft einen enormen Kraftakt – den wir im besten Sinne begleiten und gestalten wollen. Wir wollen den Schulen wieder Verlässlichkeit geben und klare Zielperspektiven für die Qualitätsentwicklung und setzen dafür die notwendigen Standards.

Wir wollen die durch die Grundgesetzänderung ermöglichte Kooperation zwischen Bund und Ländern nutzen, um künftig Investitionsprogramme, etwa für Sanierung und Neubau an besonders herausfordernden Standorten, auf den Weg zu bringen und auch personelle Unterstützung z.B. beim Ganzttag, bei der Inklusion und Sozialarbeit zu verstärken. Wir wollen die Kommunen bei der Sanierung und Modernisierung ihrer Schulen unterstützen – und zwar nicht nur mit neuen Krediten, sondern auch bei der Tilgung wie schon beim Programm „Gute Schule 2020“. Die Aufgabenverteilung bei der Steuerung von Schulentwicklungsplanungen und bei der Finanzierung von Schulen zwischen Land und Städten und Gemeinden wollen wir gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden neu verabreden. Die vom Bund zur Verfügung gestellten Investitionsmittel, die Schulbudgets für Schulen in benachteiligten Regionen und Quartieren sowie die zusätzlichen Stellen für Schulsozialarbeit werden wir nach sozialen Kriterien verteilen, damit sie vor allem dort ankommen, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Eine mögliche Initiative des Bundes zur Änderung des Grundgesetzes zur Verbesserung der Bund-Länder-Kooperation in der Bildung werden wir unterstützen.

Die Grundschulen legen wichtige Grundlagen für den weiteren Bildungsweg – ihre Arbeit wollen wir besonders fördern. Wenn Kinder zwischen dem 1.7. und 30.9. geboren sind, wollen wir den Eltern die Entscheidung über die Einschulung überlassen. Wir wollen unsere Schulen fit für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts machen und Innovation ermöglichen. Dafür werden wir unseren Schulen mehr pädagogische Freiheit geben, denn sie wissen selbst am besten, was ihre Schüler*innen brauchen. Dazu fördern wir das Lernen in Projekten und jenseits von Fachgrenzen, ermöglichen den Schulen, mit Alternativen zum klassischen Notensystem und stärken eine Feedbackkultur auch durch die Schüler*innen. Zur

289 pädagogischen Freiheit gehören auch mehr Entscheidungskompetenzen in
290 Personalfragen für die Schulen, mehr Ressourcen, mehr Unterstützung und ein
291 Förderprogramm bei der Schulentwicklung. Innovative Schulentwicklung wie in den
292 „Primusschulen“ soll schulgesetzlich verankert werden.

293 **Modern, digital, vielfältig: Eine Schule, die auf die** 294 **Zukunft vorbereitet**

295 Die Herausforderungen für und die Erwartungen an Schule und Bildung steigen
296 stetig. Die Welt ist im Wandel und ein Großteil der Schulkinder von heute wird
297 zukünftig in Berufen arbeiten, die wir jetzt noch nicht kennen. Für das
298 Verständnis von und den Umgang mit dieser grundlegende Transformation ist
299 Bildung ein Schlüssel. Dabei sind Informatik-Kompetenzen die Grundlage für
300 soziale Teilhabe und gesamtgesellschaftlichen Fortschritt in der digitalen
301 Gesellschaft. Darauf muss Schule reagieren.

302 Wir sorgen dafür, dass informatische Grundlagen für alle und das Lernen mit
303 digitalen Medien in allen Schulen in NRW funktionieren kann und zur
304 Selbstverständlichkeit im Schulalltag wird. Dabei fördern wir insbesondere die
305 Medienkompetenz der Schüler*innen. Damit dies möglich ist, stellen wir alle
306 Schüler*innen und Lehrer*innen mit mobilen Geräten aus und sichern diese
307 Ausstattung langfristig ab. Wir wissen um die enorme Aufgabe, auch die
308 Lehrkräfte hierfür fit und mit neuen Medien und Techniken vertraut zu machen und
309 dies in den laufenden Schulbetrieb zu integrieren. Deshalb wollen wir in den
310 nächsten fünf Jahren eine Fortbildungsoffensive für alle, die in unseren Schulen
311 arbeiten, durchführen.

312 Wir werden wir den Mittelabfluss des Digitalpakts beschleunigen und die
313 Erarbeitung des vom Bund geplanten Digitalpakts 2.0 eng begleiten und seine
314 schnelle Umsetzung in Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit den Kommunen
315 organisieren.

316 Auch der Umgang mit der gesellschaftlichen Realität von Mehrsprachigkeit,
317 Inklusion, unterschiedlicher Herkunft und Hintergründen der Schüler*innen
318 verlangt spezielle Fertigkeiten und Kenntnisse. Und schließlich gilt es, auch
319 unser Wertesystem, unsere Demokratie zu stärken und unsere Umwelt und unser
320 Klima zu schützen. Wir unterstützen die Initiative SoWi bleibt für Schulen und
321 Hochschulen und werden den Fokus an Schulen noch stärker auf die Bereiche
322 Politik, Sozialwissenschaften und Gesellschaft legen.

323 Wir werden außerdem Schwerpunkte im Bereich „Bildung für Nachhaltige
324 Entwicklung“, „Antidiskriminierung“ und „Politische Bildung“ legen und die
325 Weichen dafür stellen, dass außerschulische Bildungsangebote und -orte verstärkt
326 genutzt werden. Wir fördern kurz- und langfristige Austauschbegegnungen in allen
327 Schulformen. Lehrkräfte sollen bei der Etablierung und Durchführung von
328 Austauschprojekten unterstützt werden.

329 Wir fördern die Mehrsprachigkeit und das Erlernen von Sprachen in den Schulen
330 und stärken damit die europäische und internationale Sprachfähigkeit und
331 Verständigung. Die Schule der Zukunft setzt vermehrt auf Gestaltungskompetenzen
332 statt auf reines Faktenwissen. Die Mitwirkung von Schüler*innen- und
333 Elternvertretung soll auf der kommunalen Ebene verankert werden.

334 Es ist wichtig, dass Kinder und Jugendliche in der Schule eine gesunde und
335 bewusste Ernährung praktisch erleben und einüben können, ohne die Eltern
336 finanziell zu belasten. Deshalb werden wir Schulen und Schulträger mithilfe von
337 Förderprogrammen dabei unterstützen, Schulverpflegung gesünder und nachhaltiger
338 zu machen.

339 Wir wollen die niedrigschwellige Beratung von Eltern stärken, die auch die
340 pädagogischen Leistungen von Schulen einbezieht. Die Intensivierung und
341 Institutionalisierung der schulischen Wirkungsforschung und Sozialindizes im
342 Rahmen von regionaler bzw. lokaler Bildungsberichterstattung streben wir an.

343 **Wir bringen mehr Personal in die Schule**

344 Ausfallender Unterricht, Lehrkräftemangel in vielen Fächern und Schulen am
345 Kapazitätslimit – nicht erst die Corona-Pandemie zeigt, dass unser Schulsystem
346 auf Kante genäht ist. Deshalb muss endlich Schluss sein mit unbesetzten Stellen
347 und Flickschusterei statt echter Vorsorge und Problemlösung. Die Schulen
348 brauchen keine Leer-Stellen auf dem Papier des Landeshaushaltes, sie brauchen
349 reale Menschen in multiprofessionellen Teams, um die Corona-Lücken zu schließen
350 und Schüler*innen darin zu bestärken, selbstbewusst und selbstwirksam durch die
351 immer komplexer werdende Welt zu gehen.

352 Wir wollen mit einer Ausbildungsreform und zusätzlichen (Weiter-
353)Qualifikationsmöglichkeiten endlich alle Schulformen bedarfsgerecht mit
354 Lehrkräften versorgen. Wir entlasten das pädagogische Personal von
355 Verwaltungsaufgaben, damit mehr Zeit fürs Lehren bleibt. Ein modernes
356 Schulsystem braucht eine entsprechende Lehrer*innenausbildung, die Lehrkräfte
357 ausbildet, welche die Individualität der Schüler*innen im Blick hat. Deshalb
358 wollen wir eine Studienreform, die durch duale Elemente und Studiengänge
359 erweitert wird. Mit den Lehrerverbänden wollen wir die überfällige Neubewertung
360 der Lehrerarbeitszeit angehen. Deshalb werden wir mit Kulturagent*innen,
361 Inklusionspat*innen, Schulsozialarbeiter*innen, Schulpsycholog*innen,
362 Quereinsteiger*innen, Verwaltungskräften, IT-Fachkräften und Administrator*innen
363 sowie Exper*innen aus der Zivilgesellschaft und vielen anderen Menschen dafür
364 sorgen, dass unsere Schüler*innen ein breites Bildungsangebot in allen
365 Schulformen und damit echte Chancen für ihre Zukunft erhalten. Kulturelle
366 Bildung in der Schule soll gestärkt werden. Angebote in Kooperation mit
367 Kulturinstitutionen und der Freien Szene sollen ausgebaut und bedarfsorientiert
368 gefördert werden.

369
370 Wir werden die Diversität der Lehrer*innenschaft weiter steigern. Dafür wollen
371 wir insbesondere Menschen mit Fluchterfahrung für die Arbeit an Schulen gewinnen
372 und befähigen. Unnötige Hürden beim Seiten- und Quereinstieg sowie der
373 Anerkennung ausländischer Schulabschlüsse und Berufserfahrung bauen wir ab.

374 Grundschulen, aber auch Schulen in herausfordernden Lagen sowie die
375 Berufskollegs, sind besonders vom Lehrer*innenmangel betroffen. Wir wollen die
376 Lehrer*innenversorgung insbesondere auch der Schulen der Sekundarstufe I in
377 herausfordernden Lagen besser steuern und dafür die Möglichkeiten des
378 Personalrechts und der Reduzierung von Unterrichtsverpflichtungen, aber auch
379 finanzielle und laufbahntechnische Anreize nutzen. Dabei haben wir auch die
380 Fach-, Werkstatt- und Technischen Lehrkräfte und die Situation der Seiten- und
381 Quereinsteiger*innen im Blick.

382
383 Wir wollen mit einer praxisnahen Ausbildungsreform und zusätzlichen (Weiter-
384)Qualifikationsmöglichkeiten endlich alle Schulformen bedarfsgerecht mit
385 Lehrkräften versorgen und die Attraktivität im Beruf und Aufstiegschancen
386 erhöhen.

387 Neben Fortbildungsangeboten aller Art, digitalen, analogen wie hybriden, sollten
388 dabei Vernetzungs- und Kommunikationsangebote im Mittelpunkt stehen, um "peer

389 learning” sowie “co-creative Prozesse” zu ermöglichen.

390

391 Die gleiche Besoldung für alle Lehrämter (A13 als Eingangsbesoldung) – nicht nur
392 für die neu ausgebildeten Lehrer*innen – ist unser Ziel.

393 **Wir bauen die ganztägige Bildung aus**

394 Immer noch gibt es in Nordrhein-Westfalen zu wenig Ganztagsplätze in der
395 Grundschule – nur knapp die Hälfte der Grundschüler*innen hat hier Platz. Das
396 werden wir ändern. Dabei geht es nicht nur um den reinen Ausbau, sondern auch um
397 die Qualität. Guter Ganzttag beginnt nicht erst, wenn der Unterricht endet.
398 Deshalb wollen wir, dass Schulen eng in multiprofessionellen Teams
399 zusammenarbeiten. Es darf nicht länger vom Wohnort abhängen, ob Kinder die
400 Chance auf eine beitragsfreie ganztägige Bildung bekommen und ihre Eltern
401 Familie und Beruf vereinbaren können.

402 Deshalb wollen wir den vom Bund beschlossenen Rechtsanspruch auf einen
403 Ganztagsplatz in der Grundschule für eine breite Ausbauoffensive in unserem Land
404 nutzen. Wir wollen endlich verbindlich festlegen, welche Qualität der Ganzttag
405 haben muss – bisher ist dies abhängig von der Finanzkraft der Kommune, den
406 Bedingungen für die im Ganzttag Beschäftigten und den Möglichkeiten an der Schule.
407 Es muss selbstverständlich werden, dass Schule mehr ist als Unterricht und die
408 Entwicklung von Kindern und Jugendlichen Zeit und Raum braucht! Dafür verdoppeln
409 wir die Finanzierung des Ganztags auf 4.000 Euro pro Platz und werden mit einem
410 vom Land breit unterstützten Anreizprogramm 200.000 zusätzliche Plätze
411 einrichten, um für den ab 2026 geltenden Rechtsanspruch gut vorbereitet zu sein.

412 **Wir machen Bildung unabhängig vom Geldbeutel**

413 Immer noch hängt Bildungserfolg in Deutschland vom Geldbeutel und der Herkunft
414 der Eltern ab. Die Beschaffung von Lernmitteln, Gebühren in Kitas und
415 Ganztagschulen, Semesterbeiträge, der Kauf digitaler Endgeräte, Bildungsfahrten
416 und Ausflüge, gesundes Mittagessen – die Kosten sind teilweise immens, die
417 Möglichkeiten staatlicher Unterstützung unübersichtlich und überbürokratisiert.
418 Je geringer das Einkommen, umso höher ist die Belastung der Familien durch diese
419 Kosten. Die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen darf aber nicht vom Geld
420 abhängig sein – schon gar nicht in einem so reichen Land wie Deutschland.

421 Deshalb wollen wir die Lernmittelfreiheit um eine digitale Lernmittelfreiheit
422 ergänzen. Unser Ziel ist, dass Bildung für Alle beitragsfrei wird. Auf dem Weg
423 dahin werden wir landesweit einheitliche Elternbeitragstabellen für Kitas,
424 Kindertagespflege und offene Ganztagschulen einführen, die eine gerechte
425 soziale Staffelung der Gebühren und eine Gebührenbefreiung für Geringverdienende
426 vorsehen. Wir wollen den gebundenen Ganzttag an Grund- und weiterführenden Schulen
427 ausbauen.

428 Der Ganzttag muss qualitativ hochwertig sein. Dazu gehört, dass der Arbeitsplatz
429 attraktiv für multiprofessionelles Personal ist.

430 So wollen wir den Einstieg in eine beitragsfreie Bildung schaffen und für einen
431 Systemwechsel sorgen: Wir setzen auf frühe Hilfen statt später Reparaturen.

432 Uns ist wichtig, ungleich zu behandeln, was ungleich ist. Wir werden die
433 staatlichen Mittel zukünftig nach Bedarf und nicht mehr mit der Gießkanne
434 verteilen. Anhand eines soliden und transparenten schulscharfen Sozialindexes
435 werden wir zusätzliches Lehrpersonal, mehr Sozialarbeiter*innen und weitere
436 Stellen und zusätzliche Finanzen verstärkt an die Schulen an herausfordernden
437 Standorten verteilen.

438 Inklusion: Für inklusive Bildung

439 Inklusion ist ein Menschenrecht – und Menschenrechte sind nicht verhandelbar.
440 Die UN-Behindertenrechtskonvention ist Leitlinie unserer Bildungspolitik.
441 Inklusion ist Aufgabe aller Schulformen und ein Gewinn für alle Schüler*innen.
442 Zugleich ist sie in allen Bereichen der Bildung eine große Herausforderung.. Sie
443 braucht Zeit und Beharrlichkeit. Wir wollen uns dem stellen. Unser Ziel ist
444 weiterhin eine Bildung der Vielfalt: Alle Kinder sind an allen Schulen und an
445 allen Schulformen willkommen und werden zu dem für sie bestmöglichen Abschluss
446 begleitet. Abschulung und (unfreiwillige) Klassenwiederholungen soll es nicht
447 mehr geben. Gelingende Inklusion ist eine Frage der Ressourcen, gemeinsames
448 Lernen ist eine Bereicherung für alle. . Wir werden deshalb alles tun, bei den
449 besonderen Herausforderungen finanziell und personell zu unterstützen, etwa
450 durch fest installierte multiprofessionelle Teams, Sonderpädagog*innen und
451 Fortbildungen sowie über Barrierefreiheit und inklusionsfördernde
452 Raumausstattung in den Gebäuden sowie Inklusionskoordinator*innen auf
453 Schulleitungsebene. Dazu gehören auch landesweite und vom Land finanzierte
454 Baustandards. Auf diesem Weg müssen als Zwischenschritt die Vorreiterschulen
455 besonders ausgestattet werden. Sie sollen an ein kommunales/regionales
456 Unterstützungszentrum direkt mit angebunden sein, in dem Schulpsychologie,
457 Jugend- und Sozialhilfe, Beratung und Fortbildung zur Verfügung stehen. Für
458 Kinder mit Schwierigkeiten beim Lesen, Schreiben und Rechnen schaffen wir die
459 rechtliche Voraussetzungen für eine bestmögliche Unterstützung: Wir überarbeiten
460 den LRS- Erlass und erarbeiten erstmalig für NRW einen Dyskalkulie-Erlass.

461 Schulen zu Orten ohne Diskriminierung machen

462 Rassismus, Antisemitismus, Homo- und Transfeindlichkeit und andere Formen
463 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind Realität im Alltag vieler Menschen,
464 auf der Straße, im Netz und in Institutionen. Sie machen deshalb vor unseren
465 Schulen keinen Halt. Deswegen müssen Schüler*innen und Lehrkräften für Hass,
466 Hetze und sexualisierte Gewalt gerade im Netz sensibilisiert werden.
467 Und noch immer beeinflussen rassistische Zuschreibungen die Bildungschancen
468 junger Menschen. Wir verstehen Vielfalt und Mehrsprachigkeit als Chance und
469 Potenzial, das wir ausschöpfen wollen. Wir wollen deshalb Demokratiebildung,
470 Sensibilität für Formen und Auswirkungen von Diskriminierung und
471 rassistuskritische Aufklärungsarbeit in den Schulen des Landes verbindlich
472 etablieren und fördern. Wir werden dementsprechende Inhalte in die Fort- und
473 Weiterbildungsplanung aufnehmen. Das schulische Personal soll dabei durch
474 regelmäßige Fortbildungen und Handreichungen in ihrer Handlungssicherheit
475 unterstützt werden. Dazu gehört auch eine geschlechtersensible Sprache.
476 Programme wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ und “Schule der
477 Vielfalt – Schule ohne Homophobie” und andere Antidiskriminierungsprogramme und
478 Programme, die die gesellschaftliche Vielfalt fördern, werden wir ausbauen und
479 an strengere und umfangreichere Kriterien binden, welche Rassismus und
480 Diskriminierung nachhaltig entgegenwirken. In den Lehrplänen und Schulbüchern
481 werden wir rassistuskritische Inhalte und die Aufarbeitung der deutschen und
482 europäischen Kolonialgeschichte stärker verankern. Wir werden den kritischen
483 Umgang mit sozialen Medien und deren Inhalten zum Bestandteil der Lehrpläne
484 machen. Zudem werden wir die Diversität der Gesellschaft in den schulischen
485 Inhalten verankern. Politische Bildung muss insgesamt europa- und
486 friedenspolitische Kompetenz fördern und globale Konfliktlagen, die auch
487 Zuwanderungsbiografien prägen, berücksichtigen. Wir wirken der Stigmatisierung
488 und Diskriminierung geschlechtlicher und sexueller Minderheiten entgegen und

489 werden dazu auch die Lehrpläne überarbeiten. Dazu gehört auch ein
490 diskriminierungsfreier Sexualkundeunterricht.

491 **Ausbildung deutlich stärken**

492 Egal ob im Rheinland oder in Ostwestfalen-Lippe, unabhängig vom elterlichen
493 Einkommen, einer Einwanderungsgeschichte oder einer Behinderung: Jugendliche
494 brauchen Perspektiven. Eine erfolgreich abgeschlossene Ausbildung kann eine gute
495 Basis sein, um die eigene Zukunft selbst in die Hand zu nehmen. Dafür werden wir
496 eine Ausbildungsgarantie einführen, die es allen Jugendlichen ermöglicht, einen
497 vollwertigen Berufsabschluss zu erreichen. Wir werden prüfen, inwieweit
498 Unternehmen, die bislang nicht ausbilden, solidarisch an der Ausbildung der
499 Fachkräfte von morgen beteiligt werden können.

500 In der Berufsorientierung finden Jugendliche Unterstützung bei der Suche nach
501 dem richtigen Ausbildungsberuf. Sie muss an allen Schulformen stattfinden und
502 die Schülerinnen und Schüler abschluss- und geschlechterunabhängig gleichermaßen
503 ansprechen. Wir setzen uns für die Weiterentwicklung des Erfolgsmodells „Kein
504 Abschluss ohne Anschluss“ ein, fördern weiterhin die Berufseinstiegsbegleitung
505 sowie Programmansätze wie „Kurs auf Ausbildung“. Für Menschen mit Behinderungen
506 wollen wir diese weiter stärken und dabei nicht die Behinderung zum Schwerpunkt
507 der Beratung machen.

508 Damit alle Jugendlichen auch in Krisenzeiten in die Zukunft starten können,
509 wollen wir außerbetriebliche Ausbildungsmöglichkeiten erweitern und jungen
510 Menschen eine Ausbildung garantieren. Wir unterstützen theoriereduzierte
511 Ausbildungen für junge Menschen mit Behinderung und statten Berufsschulen so
512 aus, dass sie diese Auszubildenden adäquat beschulen können. Wir fördern die
513 Möglichkeiten neben beruflichen Qualifikationen auch weiter Schulabschlüsse zu
514 erwerben und stärken dadurch die Bildungsgänge in den Berufskollegs.
515 Unternehmen profitieren, wenn sie ihre Fachkräfte von morgen ausbilden. Uns ist
516 wichtig, dass nicht nur große, sondern auch kleine und mittelständische Betriebe
517 ausbilden. Wir fördern Verbundausbildungen, an denen sich mehrere Betriebe
518 beteiligen. Können sie wegen ihrer Spezialisierung nicht alle Inhalte der
519 Ausbildung selbst vermitteln, übernehmen die Partnerbetriebe diesen Teil. In die
520 überbetrieblichen Lehrinhalte werden die Themen Digitalisierung und Klimaschutz
521 aufgenommen. Des Weiteren profitieren Auszubildene und Ausbildungsbetriebe von
522 europäischem Austausch. Wir starten eine Informationskampagne über Angebote, die
523 im Kontext von ERASMUS+ zur Verfügung stehen und treten vor allem mit kleinen
524 und mittelständigen Betrieben in den Dialog, um für die Möglichkeiten von
525 ERASMUS+ zu werben.

526 Ausbildung und Studium schließen sich nicht aus: Wir erleichtern das
527 berufsbegleitende Studium und schaffen mehr duale Studiengänge. Der
528 Meisterabschluss ist in Deutschland und weit darüber hinaus ein Qualitätsmerkmal
529 handwerklicher Arbeit, den es zu erhalten und zu stärken gilt. In unserem
530 Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) ist eine Meisterin oder ein Meister einem
531 akademischen Bachelor gleichgestellt. Der DQR ist bisher nur ein
532 Orientierungsrahmen, der jedoch rechtlich verankert werden sollte, damit das
533 Ziel der Gleichstellung von beruflicher und akademischer Ausbildung auch Eingang
534 in die Realität findet.

535 **Auszubildende unterstützen**

536 Für angehende Auszubildende muss es leichter werden, für ihre Ausbildung in
537 andere Regionen zu ziehen. Wir setzen uns ein für die Errichtung von Lernenden-
538 Wohnheimen, also gemeinsamen Wohnheimen etwa für Azubis, Studierende und

539 Sprachkursteilnehmer*innen. Azubi-Tickets im ÖPNV wollen wir mit
540 Studierendentickets gleichstellen. Mit einem Ausbildungsfonds, in den alle
541 Unternehmen einzahlen, stellen wir sicher, dass die finanzielle Last verteilt
542 wird. Ausbildungen müssen flexibler werden. Teilzeitausbildungen ermöglichen
543 auch jungen Eltern oder Personen, die aufgrund von Erkrankungen weniger
544 belastbar sind, den Abschluss. Gemeinsam mit den Unternehmen und anderen
545 Akteuren wollen wir benachteiligte Jugendliche besonders unterstützen, um einen
546 Ausbildungsplatz zu bekommen und zu behalten. Ausbildungsbetriebe sollen
547 außerdem die Sicherheit haben, dass die Azubis, die einen ungesicherten
548 Aufenthaltsstatus haben, nicht von einer Abschiebung bedroht werden.

549 **Wir schaffen Sicherheit durch Weiterbildung**

550 **Mehr Anschluss mit Abschluss – für alle**

551 Denn jede*r fünfte Schulabgänger*in verbleibt in NRW dauerhaft ohne jede
552 berufliche Qualifikation. Diesem Trend wirken wir mit einem Landesprogramm
553 entgegen, das junge Menschen über ihre beruflichen Möglichkeiten aufklärt und
554 bei der Orientierung hilft. Eine solche Beratung soll auch Azubis offen stehen,
555 die nach ihrer Ausbildung nicht übernommen werden.

556 In unserer Gesellschaft haben zu viele Menschen keinen Schulabschluss, keine
557 Ausbildung, erheblichen Probleme beim Rechnen, Schreiben und Lesen - den
558 Grundfertigkeiten
559 für echte gesellschaftliche Teilhabe. Jede und jeder soll das Recht haben, einen
560 Schulabschluss zu erwerben oder eine Ausbildung abzuschließen. Um dies
561 umzusetzen, werden wir die Angebote im Zweiten Bildungsweg - etwa von
562 Volkshochschulen und Einrichtungen in freier Trägerschaft - verstärken und die
563 Berufskollegs zu regionalen Zentren der beruflichen Aus-, Fort- und
564 Weiterbildung ausbauen und bei Bedarf auch außerbetriebliche Ausbildungsangebote
565 ausweiten. Auch Ausbildungsgehälter und Gehälter nach der Ausbildung müssen
566 deutlich ansteigen. Das Land NRW geht dabei bei seinen eigenen Beschäftigten und
567 Bediensteten mit gutem Beispiel voran

568 Das gerade verabschiedete Weiterbildungsentwicklungsgesetz des Landes haben wir
569 mitgestaltet und Bildung für Nachhaltige Entwicklung und die Stärkung der
570 politischen Bildung als Aufgabe in den Weiterbildungseinrichtungen verankert.
571 Wir werden nun die dauerhafte Dynamisierung der Finanzierung für die
572 gemeinwohlorientierte Weiterbildung festschreiben. Die Angebote sollen inklusive
573 und sozialraumorientiert sein und alle Menschen unabhängig von Herkunft oder
574 Geldbeutel erreichen. Dazu wollen wir auch die Bildungsberatung im Lebenslauf
575 ausbauen. Zu einer auskömmlichen Finanzierung der öffentlich geförderten
576 Weiterbildung gehören auch Honorare für Kursleitungen und pädagogisches Personal
577 in entsprechendem Umfang. Dies dient der Qualitätssicherung von
578 Weiterbildungsangeboten. Ebenso setzen wir uns für die dauerhafte fachliche
579 Unterstützung der Weiterbildungslandschaft durch die Supportstelle Weiterbildung
580 und die Landesorganisationen für Weiterbildung ein. Dabei sind die
581 Berufskollegs, die in staatlicher Verantwortung verbleiben müssen, von zentraler
582 Bedeutung.

583 Alle Bürger*innen von jung bis alt sollten außerdem kompetent mit der digitalen
584 Verwaltung und mit sozialen Medien umgehen können. Insbesondere bei Senior*innen
585 bestehen hier Unsicherheit und ein entsprechender Nachholbedarf. Wir fördern
586 deshalb entsprechende niederschwellige Qualifizierungsangebote.

587 **Mehr Fachkräfte von morgen durch bessere** 588 **Weiterbildungsmöglichkeiten**

589 In vielen Branchen, sei es im Handwerk oder in den sogenannten "Care"-Berufen
 590 (pädagogische, Gesundheits- und Pflegeberufe), fehlen Fachkräfte. Mit einer
 591 Reform der Meisterausbildung, Meistergründungsprämien und mehr Stipendien
 592 erhalten Handwerker*innen bessere Aufstiegschancen.
 593 Wir ermöglichen Qualifizierungen für den Seiteneinstieg in Berufe wie die
 594 Kindertagespflege. In den Gesundheits- und Pflegeberufen sind die Anforderungen
 595 an die Qualifikationen des Lehrpersonals gestiegen. Wir schaffen
 596 berufsbegleitende Qualifizierungsmöglichkeiten zum Beispiel für das Lehrpersonal
 597 in der Pflege.

598 **Wir verbessern die Bedingungen für Studium,**
 599 **Forschung und Lehre – mehr Raum für große Ideen**
 600 **Den Weg zum Studium ebnen**

601 Studieren ist in der Regel ein Vollzeitjob ohne Einkommen und erfordert
 602 finanzielle Unterstützung. Viele Studierende müssen ein Studium mit Behinderung
 603 oder chronischer Erkrankung bewältigen oder mit Care-Arbeit und anderen
 604 Verpflichtungen in Einklang bringen. Dafür brauchen sie finanzielle
 605 Unterstützung und flexible Studienmodelle. Wir sehen den Staat in der
 606 Verantwortung dafür zu sorgen, dass ein Studium nicht am Geldbeutel oder an
 607 anderen sozialen Hürden scheitert. Bei der Preisentwicklung der Semesterbeiträge
 608 wollen wir sicherstellen, dass sie für Studierende gut bezahlbar werden. Um mehr
 609 Wohnungen für Studierende zu schaffen, fördern wir deren Neubau und Sanierung
 610 über erhöhte Zuschüsse an die Studierendenwerke. Um die soziale Infrastruktur an
 611 den Hochschulen zu verbessern, erhöhen wir auch die übrigen Zuschüsse an die
 612 Studierendenwerke. Mit einer Studienstarthilfe von bis zu 1.000 Euro fördern wir
 613 bedürftige Studienanfänger*innen unbürokratisch und schnell. Auch im weiteren
 614 Studienverlauf beseitigen wir bestehende Zugangshürden, z.B. indem wir für
 615 finanziell benachteiligte Studierende die Kosten für zwingend benötigte
 616 Studienmaterialien übernehmen. Dadurch und durch eine verlässliche Unterstützung
 617 des NRW-Zentrums für Talentförderung aber auch die zusätzliche Unterstützung für
 618 Hochschulen, fördern wir Chancen für alle. Wir bauen das Angebot an
 619 Teilzeitstudiengängen aus. Wir stärken die Beauftragten für Studierende mit
 620 Behinderung und chronischer Erkrankung und machen Inklusion zur
 621 Querschnittsaufgabe in Forschung, Lehre und Administration. Und wir fördern den
 622 Ausbau der psychologischen Beratung an Hochschulen und Studierendenwerken. Wir
 623 fördern in Bildung und Forschung vielfältige Perspektiven und fördern Talente
 624 durch Programme zur Förderung von Diversity Management an Hochschulen. Wir
 625 stärken die internationale und interkulturelle Kompetenz, indem wir mehr
 626 Studierenden die Teilnahme an Erasmus+ und anderen Austauschprogrammen
 627 ermöglichen. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass die Zulassungsvoraussetzungen
 628 für Bachelor- und Masterstudiengänge transparenter kommuniziert werden.

629 **Wir verbessern die Lehre an Hochschulen in NRW für alle**

630 Wir wollen die Lehre an den Hochschulen in NRW für alle verbessern und insgesamt
 631 inklusiver gestalten. Dafür wollen wir die Betreuungsrelation massiv
 632 verbessern. Wir fördern die barrierefreie Lehre unter anderem durch die
 633 Anschaffung von Induktionsschleifenanlagen und barrierefreier Einrichtung. Wir
 634 schaffen die Anwesenheitspflichten wieder ab und setzen uns für die Abschaffung
 635 von Letztversuchsregeln ein um die (psychische) Belastung von Studierenden zu
 636 senken. Wir stärken die Stellung des Senats gegenüber Hochschulrat und Rektorat
 637 und machen die viertelparitätische Besetzung im Senat, soweit rechtlich möglich,
 638 wieder zum Standard. Nachteilsausgleiche wollen wir Studierenden-freundlicher
 639 ausgestalten. Die Interdisziplinarität der Lehre und den Austausch zwischen den

640 Fächern fördern wir unter anderem über die Möglichkeit eines Studium Generale.
641 Das Praktische Jahr im Medizinstudium gestalten wir, im Rahmen unserer
642 Kompetenzen, NRW-weit und insbesondere an den Universitätskliniken fairer und
643 Studierendenfreundlicher.

644 Wir schaffen berufsbegleitende Studienplätze und Teilzeitstudiengänge zum
645 Beispiel für das Lehrpersonal in der Pflegeausbildung und in anderen
646 Gesundheitsfachberufen.

647 **Gute Arbeitsbedingungen an NRW-Hochschulen**

648 Gute Lehre für Studierende und bahnbrechende Forschung sind nur möglich, wenn
649 die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen stimmen. Mit Geldern von Land und
650 Bund, klaren und verbindlichen rechtlichen Rahmenbedingungen und Unterstützung
651 für Vereinbarungen vor Ort fördern wir gute Arbeitsbedingungen und planbare
652 Karrierewege an den Hochschulen unseres Landes. Dazu gehören vor allem
653 Dauerstellen für Daueraufgaben, planbare Qualifikationsverläufe, einschließlich
654 der Anstellungen für die volle Dauer von Promotions- und Habilitationsphasen,
655 neue Karrierewege abseits einer Professur sowie Wiedereinstiegsmöglichkeiten..
656 Studentische Hilfskräfte brauchen einen eigenen Tarifvertrag und eine gesetzlich
657 verankerte Personalvertretung mit gleichwertigen Personalvertretungsrechten an
658 den Hochschulen. Wir wollen mehr Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter*innen
659 und Juniorprofessuren, für die nach einer erfolgreichen Bewährungszeit eine
660 unbefristete Professur garantiert wird. Wissenschaftliche Karrieren von Frauen
661 unterstützen wir mit einem Mentoring- und Stipendienprogramm für Promotionen und
662 Habilitationen. Besetzungskommissionen sollen quotiert besetzt werden. Gute
663 Arbeit braucht auch eine starke Mitbestimmung. Wir stellen rechtlich sicher,
664 dass die Vertreter*innen von Beschäftigten und Studierenden in den
665 Hochschulgremien, zum Beispiel durch ein studentisches, ehrenamtliches
666 Rektoratsmitglied, angemessen mitbestimmen können. Als Beitrag für gute
667 Arbeitsbedingungen und Klimaschutz ermöglichen wir den Beschäftigten an den
668 Hochschulen Jobtickets für Bus und Bahn.

669 **Wissenschaft nachhaltig machen**

670 Ohne die Wissenschaft könnten wir die Klimakrise weder verstehen noch Lösungen
671 finden. Umso wichtiger ist es, dass Hochschulen sich selbst als Vorreiter und
672 Vorbilder für Klimaneutralität verstehen. Wir richten daher ein Programm für
673 eine klimaneutrale Wissenschaft bis 2035 ein. Dazu gehört ein
674 Modernisierungsprogramm, das den Sanierungsstau in der Wissenschaft abbaut. Wir
675 fördern die Einrichtung von Green Offices mit studentischer Beteiligung an den
676 Hochschulen, die als zentrale Anlauf- und Vernetzungsstellen zum Thema
677 Nachhaltigkeit fungieren. Hochschulen, Universitätskliniken und
678 Studierendenwerke werden damit klimagerecht mit hohen, zukunftsfähigen Standards
679 saniert und zukünftig barrierefrei und inklusiv gebaut. Bei Bauprojekten sollen
680 Hochschulen paritätisch besetzte, begleitende Baukommissionen einsetzen können.
681 Wir wollen die Lehre nachhaltig machen, indem mehr Bildung für nachhaltige
682 Entwicklung in den Studiengängen vermittelt wird. Dafür fördern wir einen
683 öffentlichen Dialog mit allen Akteur*innen an den Hochschulen. Damit wir noch
684 bessere Instrumente und Wege zur Klimaneutralität finden, richten wir einen Teil
685 der Forschungsförderung des Landes zeitweise auf diesen Schwerpunkt aus. Wir
686 setzen uns für einen besseren Transfer von Wissen zwischen Wissenschaft,
687 Gesellschaft und Wirtschaft ein.
688 Globale Herausforderungen lassen sich nur gemeinsam lösen. Deshalb fördern wir
689 in Studium, Forschung und Lehre die internationale Vernetzung und Zusammenarbeit
690 auf Augenhöhe. Dabei setzen wir Schwerpunkte auf Themen wie Klimaschutz,

691 Nachhaltigkeit, Sozialer Zusammenhalt und Pandemiebekämpfung.

692 **Forschung ‚Made in NRW‘ fördern**

693 Wie löst die Gesellschaft soziale Probleme? Wie werden Konflikte und Kriege
694 verhindert? Was kann die Wirtschaft machen, um das Klima zu schützen? Antworten
695 darauf liefert Forschung ‚Made in NRW‘. Das unterstützen wir mit einer besseren
696 Finanzierung der Institute der „Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft“. Die
697 Forschung an Hochschulen für angewandte Wissenschaften stärken wir durch eine
698 Reduzierung der Lehrverpflichtung von Professor*innen, mit zusätzlichen
699 Professuren und Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter*innen. Wir sichern
700 wissenschaftlichen Nachwuchs dieser Hochschulen durch eine verlässliche
701 Finanzierung des „Promotionskollegs NRW“. Wir fördern Gender Forschung. Die
702 Friedens- und Konfliktforschung, einschließlich der naturwissenschaftlich-
703 technischen, fördern wir dauerhaft mit angemessenen Mitteln und einem
704 landesweiten Netzwerk. Dass öffentlich geförderte Forschung transparent ist und
705 dem Frieden dient, stellen wir über die Wiedereinführung der Zivilklausel
706 rechtlich sicher. Kooperationen mit Partner*innen in autoritären Regimen müssen
707 auf unsere freiheitlichen Werte aufbauen und Forschung und Lehre darf nicht
708 durch externe Einflussnahme eingeschränkt werden. Die Forschung an alternativen
709 Methoden zu Tierversuchen unterstützen wir, um die Anzahl der Tierversuche in
710 der Wissenschaft weitgehend zu reduzieren. Wir stärken diejenige Forschung, die
711 den Weg in eine echte Kreislaufwirtschaft eröffnet, hin zu Recycling,
712 nachhaltigen Materialien und Produkten. Forschung und Lehre zur Ökologie des
713 Waldes fördern wir besser und setzen uns dafür ein, dass nachhaltige und soziale
714 Wirtschaftswissenschaften wie z.B. die Plurale Ökonomik mehr berücksichtigt
715 werden. Vor dem Hintergrund des von der Bundesregierung geplanten Zentrums für
716 Altersforschung wollen wir dieses wichtige Forschungsfeld in NRW weiter
717 profilieren.

718 Für nachhaltige Transformation und die Lösung gesellschaftlicher Probleme bilden
719 starke Forschung und Lehre in den Geistes-, Kultur und Sozialwissenschaften eine
720 wichtige Grundlage. Wir fördern diese langfristig und legen besonderen Wert auf
721 ihre Einbindung in interdisziplinäre Projekte.

722 **Digitalisierung, die dem Menschen dient – aus unseren 723 Hochschulen in die Welt**

724 Nur ein kleiner Teil der digitalen Technologien und Anwendungen kommt aus
725 Europa. Das führt zu Abhängigkeiten und Konflikten, etwa wenn andere Länder und
726 Unternehmen ein deutlich anderes Verständnis von Datenschutz haben als wir.
727 Daher wollen wir die interdisziplinäre Digitalisierungsforschung, vor allem auch
728 in Bezug auf soziale und ethische Aspekte sowie Technikfolgenabschätzung, und
729 die Entwicklung digitaler Lösungen in NRW stärker fördern. Insbesondere IT-
730 Sicherheit, Data Science, Sicherheit und neue Quantentechnologien werden dabei
731 gezielt unterstützt. Wir fördern die Forschung und Entwicklung zu Künstlicher
732 Intelligenz (KI) erheblich stärker, insbesondere in den Bereichen
733 Nachhaltigkeit, Verwaltung und Mittelstand. Dabei setzen wir auf eine solche KI,
734 die daten- und energiesparsam sowie im Ergebnis diskriminierungsfrei ist und die
735 unserem Datenschutzniveau entspricht. Wir fördern die Digitalisierung der
736 Wissenschaft in Forschung, Lehre, Verwaltung, Infrastruktur und Services. Das
737 beinhaltet den Weg zu einer Open Science, mit offenem Zugang zu
738 wissenschaftlichen Publikationen, Forschungsdaten und Bildungsmaterialien sowie
739 der Nutzung von Open-Source-Software. In Ergänzung sollen Studium in Präsenz und
740 digitales Lernen sinnvoll kombiniert und weitere digitale Formate und

- 741 Innovationen eingeführt werden. Durch problem- oder projektorientierte
742 Gestaltung wird das forschende und selbstständige Lernen gestärkt.
743 Hochschuldidaktische Initiativen werden gefördert.

Beschluss (vorläufig)

4 - Solidarität sichern

Gremium: LDK Siegen
Beschlussdatum: 10.12.2021
Tagesordnungspunkt: 3. Programm zur Landtagswahl 2022

Text

1 Mit der Pandemie und dem verheerenden Hochwasser im letzten Sommer haben wir neu
2 zu schätzen gelernt, was unsere Gesellschaft stark macht: Verantwortung
3 füreinander übernehmen und Gemeinsinn leben über Grenzen hinweg. So stark unser
4 Streben nach individueller Freiheit und dem persönlichen Glück ist – so sehr
5 brauchen wir auch unsere Mitmenschen und den sozialen Zusammenhalt, um uns zu
6 entfalten. Das gilt besonders in Phasen des Umbruchs. Diese Erfahrung ist für
7 NRW nicht neu, hier standen die Menschen schon oft zusammen. Jetzt geht es um
8 eine neue Politik, die aus dem “Wir” Wirklichkeit macht.

9 Ein solidarisches, inklusives und lebenswertes NRW – das ist ein Ort, an dem kein
10 Mensch in Armut leben muss. Ein Ort, an dem man von der eigenen Arbeit leben und
11 eine Familie versorgen kann. Ein Land, in dem jede*r eine Chance auf dem
12 Arbeitsmarkt bekommt, auch ein zweites oder drittes Mal. Ein Land ohne
13 Barrieren, in dem alle Menschen mit oder ohne Beeinträchtigung gemeinsam leben
14 und teilhaben können. In dem die Mieten bezahlbar sind und auch in ländlichen
15 Regionen der Supermarkt, die Ärztin oder die Apotheke vor Ort erreichbar sind.

16 Unser Gesundheitssystem ist im internationalen Vergleich gut aufgestellt. Doch
17 es ist nicht gut genug, solange diejenigen, die für die Gesundheit anderer
18 arbeiten, selbst dabei krank werden weil es in Teilen zu Überlastung und
19 Unterversorgung kommt. Wir streiten für ein Gesundheitssystem, das den Menschen
20 in den Mittelpunkt stellt. Ob der Notarzt rechtzeitig ankommt, man eine wichtige
21 Vorsorgeuntersuchung erhält oder man würdevoll gepflegt wird, darf nicht vom
22 Wohnort, der Herkunft oder der Lebenslage abhängen. Das Recht auf Gesundheit
23 gilt für alle gleichermaßen, unabhängig vom Versicherungsstatus.

24 Wo wir zusammentreffen, entsteht Gemeinschaft. Gerade eine vielfältige
25 Gesellschaft braucht Räume, in denen sich die Menschen begegnen, austauschen und
26 so zusammenwachsen. Das geschieht in öffentlichen Schwimmbädern, Büchereien und
27 auf öffentlichen Plätzen. Um dieses gemeinsame Eigentum aller Bürger*innen ist
28 es in NRW vielerorts nicht gut bestellt, besonders in Städten und Gemeinden mit
29 wenig Geld – also genau dort, wo viele Menschen in Armut leben und Kinder und
30 Jugendliche besondere Unterstützung brauchen. Mancherorts schließt das
31 Schwimmbad oder das Jugendzentrum, anderswo fährt außer dem Schulbus kein
32 Nahverkehr oder es fehlt das Geld zur Sanierung eines Marktplatzes. Das sind
33 Schulden, die nicht in den Büchern stehen, die aber unsere Zukunft schwer
34 belasten. Wir werden die Städte, Gemeinden und Kreise unterstützen, damit sie
35 stark für ihre Bürger*innen sein können. Und wir werden alle Kräfte bündeln,
36 damit NRW in die Zukunft investiert.

37 **Wir arbeiten entschlossen gegen Armut**

38 **Armut spürbar reduzieren**

39 Kein Geld für die Waschmaschinenreparatur, entscheiden müssen, ob man lieber
40 frisches Gemüse kauft oder sich die Busfahrt leistet – all das verursacht Stress
41 und macht krank. Auf Landesebene können wir die Gründe für Armut nicht restlos
42 beseitigen – für eine gerechte Steuerpolitik und die Ausgestaltung des
43 Bürgergelds zur Überwindung des Hartz-IV-Systems ist der Bund zuständig. Aber
44 gemeinsam mit den Akteuren aus der Wohlfahrtspflege, den Gewerkschaften und
45 Verbänden, der Wirtschaft, den Kommunen und den Betroffenen wollen wir Armut
46 spürbar reduzieren. Dabei übernehmen wir Verantwortung: Wir sorgen für gute
47 Kinderbetreuung, damit Eltern arbeiten können. Wir unterstützen ehemals
48 Langzeitarbeitslose dabei, wieder dauerhaft in der Arbeitswelt Fuß zu fassen und
49 wir ermöglichen den kostenlosen Zugang zur Schuldner- und
50 Verbraucherinsolvenzberatung für alle diejenigen, die Rat suchen. Vor allem
51 stärken wir den sozialen Wohnungsbau und schaffen bezahlbaren Wohnraum. Viele
52 Menschen sind arm, obwohl sie arbeiten. Deshalb brauchen wir faire Löhne und
53 gute Arbeitsbedingungen.

54
55 Menschen in prekären Lebensverhältnissen sind von gesellschaftlichen Krisen und
56 Veränderungen wie der Corona-Pandemie und dem Klimawandel besonders betroffen.
57 Damit Kommunen besser ganzheitliche Maßnahmen zur Armutsprävention,
58 Gesundheitsförderung und Klimafolgenanpassung entwickeln können, unterstützt das
59 Land sie bei der kommunalen Sozial- und Stadtentwicklungsplanung.

60 **Pakt gegen Kinderarmut**

61 In NRW sind besonders viele Minderjährige von Armut betroffen. Es gehört zu
62 ihrer Lebenswirklichkeit, dass sie Freund*innen nicht nach Hause zum Essen
63 einladen können oder einen Geburtstag meiden zu müssen, da sie sich kein
64 Geschenk leisten können. Sind diese alltäglichen Beschränkungen schon schwierig
65 genug, so gehen die Folgen von Armut noch weit darüber hinaus. Deshalb werden
66 wir einen „Pakt gegen Kinderarmut“ auflegen, um gemeinsam gegen Kinderarmut zu
67 kämpfen. Denn Armut hat viele Gesichter. Wir werden die kommunalen
68 Präventionsketten in NRW flächendeckend ausbauen. So werden wir gemeinsam mit
69 den Kommunen dafür sorgen, dass sich vor Ort Erzieher*innen, Lehrer*innen,
70 Ärzt*innen, Sozialpädagoge*innen, Verbände und Verwaltung vernetzen, um den
71 Kindern gut abgestimmte Hilfsangebote zu machen. Durch die Einführung der
72 Kindergrundsicherung werden finanzielle Mittel bei den von Armut betroffenen
73 Kindern endlich ankommen. Gemeinsam mit der Bundesregierung werden wir dafür
74 sorgen, dass die Mittel des Bildungs- und Teilhabepakets von Eltern auch
75 abgerufen werden. Dafür wirken wir an der Umsetzung des Kinderchancenportals
76 mit, durch das die Mittel für Kinder einfacher zugänglich sind. Wir stärken
77 außerdem die Familienberatung und -unterstützung in den Stadtteilen und schaffen
78 so niedrigschwellige Zugänge für Kinder und Familien.

79 **Hilfe für Jugendliche und junge Erwachsene, die von Armut 80 betroffen sind**

81 Jugendliche, die in Armut leben, brauchen Angebote, die sie erreichen. Nicht
82 jede*r schafft es aus eigenem Antrieb, die Vielzahl von Behörden aufzusuchen.
83 Wir werden Streetwork/Mobile-Jugendarbeit so ausstatten, dass sie die Arbeit in
84 den am meisten betroffenen Stadtteilen ausbauen können. Eine umfassende Beratung
85 und Hilfestellung ist notwendig, auch für die so genannten „Careleavers“, also
86 diejenigen Jugendlichen, die nach ihrer Volljährigkeit die stationäre
87 Jugendhilfe verlassen. Wir fördern Jugendhäuser, die von Jugendlichen und jungen

88 Erwachsenen für Freizeitangebote aufgesucht werden. Bei Bedarf vermitteln sie an
89 geeignete Beratungsangebote. Hierzu zählt vor allem die Jugendberufshilfe. Sie
90 berät ganzheitlich mit dem Schwerpunkt berufliche Entwicklung, nimmt aber auch
91 Wohnungsprobleme und psychosoziale Schwierigkeiten in den Blick. Dieses Angebot
92 wollen wir ausbauen. Wenn ein Leben zu Hause nicht mehr möglich ist, werden wir
93 Jugendliche vor einem Leben auf der Straße schützen. Hierfür werden wir die
94 Jugendwohnheime in NRW ausbauen, in denen auch junge Volljährige wohnen dürfen.

95 **Schuldner*innenberatung garantieren – Beratungsstrukturen** 96 **optimieren**

97 Wir optimieren die Schuldner*innenberatung und reagieren damit auf die Folgen
98 der Corona-Krise, in der noch mehr Menschen in eine prekäre finanzielle Lage
99 geraten sind. Nur mit kompetenter Beratung können überschuldete Privatpersonen
100 sich wirtschaftlich und sozial stabilisieren. Diese Hilfe erbringen vor allem
101 die Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen. Sie unterstützen bei der
102 Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt, fördern die Eigeninitiative der
103 Betroffenen und ermöglichen neue Zuversicht und soziale Teilhabe. Für die
104 Schuldnerberatung sind die Kommunen zuständig, für die
105 Verbraucherinsolvenzberatung hingegen das Land. Diese unterschiedlichen
106 Zuständigkeiten verhindern eine effektive Beratung. Wir wollen, dass beide
107 Beratungsinstrumente besser ineinandergreifen, auch gescheiterte
108 Gewerbetreibende unterstützen und werden die Trennung schnellstmöglich beenden,
109 so wie es in anderen Bundesländern bereits geschieht. Die Einleitung eines
110 Verbraucherinsolvenzverfahrens sollte immer das letzte Mittel sein. Stattdessen
111 ist es inzwischen zu einem gängigen Verfahren geworden. Dazu tragen auch und
112 gerade die öffentlichen Gläubiger wie Finanzamt oder Arbeitsagenturen bei.
113 Außergerichtliche Einigungsversuche unter Beteiligung dieser Gläubigergruppen
114 kommen meist nicht zustande. Dort, wo das Land Einfluss auf die Gläubiger hat,
115 ändern wir das. Gemeinsam mit Kommunen, Wohlfahrtsverbänden und
116 Verbraucherschutzorganisationen entwickeln wir außerdem Qualitätsstandards für
117 die Arbeit der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung.

118 **Wir machen Wohnungspolitik für alle** 119 **Bezahlbarer Wohnraum in ganz NRW**

120 In vielen Städten und Gemeinden in NRW fehlt es an bezahlbarem Wohnraum.
121 Insbesondere das untere und mittlere Segment des Wohnungsmarktes ist in den
122 Ballungsgebieten stark angespannt, so dass es dort zu akuter Wohnungsnot kommt.
123 Deswegen werden wir alle landesrechtlichen Möglichkeiten nutzen, um im
124 bestehenden preiswerten Wohnungsbestand Mietpreissteigerungen zu begrenzen und
125 den Mieterschutz zu stärken. Im letzten Jahrzehnt hat sich die Anzahl der
126 geförderten Wohnungen nahezu halbiert, da die Mietpreisbindungen für sie
127 ausgelaufen sind. Dieser Tendenz stellen wir uns entgegen und unterstützen
128 Kommunen dabei, die Bindungen aufzukaufen, zu verlängern und auch neue Bindungen
129 zu kaufen. Mieterschutzbestimmungen wie die Mietpreisbremse und die
130 Kappungsgrenze weiten wir aus, um Mieter*innen vor Luxussanierungen und starken
131 Mietpreissteigerungen zu schützen. So sichern wir preisgünstigen Wohnraum. In
132 Gebieten, in denen der Wohnungsmarkt angespannt ist, beschränken wir die
133 Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen, damit der Wohnraum bezahlbar
134 bleibt und diejenigen, die in Mietwohnungen wohnen, nicht durch die Umwandlung
135 in Eigentumswohnungen verdrängt werden.

136 Außerdem wollen wir die Fördermittel für den Bau von neuen sozialen und
137 preiswerten Wohnungen erhöhen. Wir sorgen mit attraktiven Zinsbedingungen und

138 Tilgungsnachlässen für eine Option deutlich längerer Mietpreisbindungen. Unser
139 Ziel ist die Schaffung von deutlich mehr günstigen Wohnungen pro Jahr durch
140 Neubau und Umnutzung. Dazu gehört auch die Förderung von Werkwohnungen zum
141 Beispiel für die Unterbringung von Pflegekräften.

142 Hierfür fehlt es den Kommunen an eigenem Grund und Boden. Wir werden sie
143 rechtlich und finanziell in die Lage versetzen, eine vorsorge Grundstückspolitik
144 betreiben zu können. Wir sorgen dafür, dass öffentliche Flächen nicht mehr nach
145 dem Höchstgebot, sondern nach sozialen, inklusiven, städtebaulichen,
146 ökonomischen und ökologischen Kriterien vergeben werden. Wir bevorzugen
147 kommunale Wohnungsbaugesellschaften, gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen
148 und Genossenschaften bei der Vergabe von baureifen Flächen und fördern die
149 Neugründung von Genossenschaften und Baugruppen. So bleibt die Bodennutzung
150 langfristig sozial. Die sozialgerechte Bodennutzung soll als Staatsziel in die
151 Landesverfassung aufgenommen werden. Neue Wohnungen sollen direkt klimaneutral
152 gebaut und vorhandene modernisiert werden, um Klimaschutz auch im Gebäudebereich
153 wirksam umzusetzen. Dies soll konsequent gefördert werden und damit sozial
154 gerecht geschehen. Neben der Förderung von energetischer Modernisierung durch
155 den Bund werden wir daher die Förderprogramme des Landes ausweiten. Auch stärken
156 wir die Teilhabe und Selbstständigkeit von Menschen mit Behinderungen, indem wir
157 wieder klare Standards für barrierefreien Wohnraum sowie barrierefreie
158 Quartiere/Stadtteile in die Landesbauordnung aufnehmen und bei Neubauten
159 standardmäßig für unter anderem rollstuhlgerechte Wohnungen sorgen. Die
160 Einhaltung der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet uns dazu,
161 selbständiges Wohnen mit begleitender Unterstützung und Pflege auch dann zu
162 ermöglichen, wenn eine Heimunterbringung günstiger wäre.

163
164 Wir stehen an der Seite von Mieter*innen, die Angst haben müssen, aus ihren
165 Quartieren verdrängt zu werden. Deshalb werden wir dafür eintreten, dass die
166 Kommunen das Instrument der sozialen Erhaltungssatzung schneller, effektiver und
167 rechtssicher einsetzen können.

168 **Quartiere und Nachbarschaften für alle Generationen**

169 Wir unterstützen Kommunen dabei, ihre Stadtteile so umzugestalten, dass sich
170 alle Generationen darin wohl fühlen und hier selbstbestimmt leben können. Grüne
171 Oasen mit fußläufiger Erreichbarkeit für alle, gute Versorgungsstrukturen und
172 die Möglichkeit, andere Menschen zu treffen, schaffen Lebensqualität und fördern
173 die Gesundheit. Ältere Menschen und Menschen mit Beeinträchtigungen finden
174 Versorgungssicherheit sowie jeweils die Unterstützung und Beratung, die zu ihrer
175 jeweiligen Situation passt. Kinder können sicher spielen, Jugendliche erhalten
176 Gestaltungsräume. Plätze und Grünflächen bieten Raum für Begegnung und Erholung.
177 Barrierefreie Wohnungen, inklusive Wohnprojekte, Mehrgenerationenwohnen und
178 ambulante Pflegekonzepte – auch für ehemals wohnungslose Personen – werden
179 ausgebaut. Die Nachbarschaft für alle Generationen ist fußgängerfreundlich,
180 barrierefrei und trägt damit zur öffentlichen Gesundheit ("Public Health") bei.

181 Damit die Kommunen diese und weitere Ideen umsetzen können, schaffen wir ein
182 einheitliches Förderprogramm "Quartier inklusiv", das die verschiedenen Bereiche
183 umfasst. Kommunen, die dem WHO-Netzwerk „Age-friendly cities and communities“
184 (altersgerechte Stadt und altersgerechte Gemeinde) beitreten wollen, werden
185 dabei unterstützt. Dadurch werden Senior*innen im Quartier integriert, was
186 Einsamkeit lindert und auch gesundheitlichen Problemen vorbeugt. Dieses Konzept
187 muss sowohl in Großstädten, als auch im ländlichen Raum Anwendung finden. Wir

188 fördern den Einsatz von technischen und digitalen Hilfsmitteln zum Ausgleich von
189 Beeinträchtigungen und setzen Lots*innen ein, die ältere Menschen befähigen,
190 digitale Kommunikations- und Informationstechnologien zu nutzen.
191 Vereinsamung und Armut bestimmen die Lebenssituation vieler älteren Menschen.
192 Soziale Netze und Treffpunkte, soziale und kulturelle Angebote im Quartier sowie
193 digitale Vernetzungsstrukturen und Mobilität tragen zur Teilhabe am Leben bei.
194 Diese werden wir ebenso unterstützen und fördern wie die Arbeit der Selbsthilfe
195 und Vereine.

196 **Landesinitiative “Mehr Platz zum gemeinsamen Spielen”**

197 Kinder brauchen Bewegung und frische Luft. Damit alle Kinder sich auch außerhalb
198 der Wohnung mit Freund*innen treffen und ohne Gefahr Roller fahren und Ball
199 spielen können, brauchen sie Platz und eine anregende und sichere Umgebung. Mit
200 unserem Förderprogramm “Mehr Platz zum Spielen inklusiv” können Kommunen bereits
201 beispielbare Flächen (Spielplätze, Parks, Bolz- oder Skateplätze) im öffentlichen
202 Raum erhalten und barrierefrei für das gemeinsame Spielen von Kindern mit und
203 ohne Beeinträchtigung ausbauen. Zusätzlich ermöglichen wir, dass Kommunen ihre
204 Bauprojekte so planen, dass sie Freiräume zum Spielen erhalten und verbessern.
205 Grundbedingung dabei ist, dass die Kinder und Jugendlichen wesentlichen Einfluss
206 auf die Planungen haben und sich mindestens genauso beteiligen können wie
207 Vereine oder (Nachbarschafts-)Initiativen.

208 **Neue Wege gegen Wohnungslosigkeit**

209 Wohnen ist ein Menschenrecht! Dem werden wir in der kommenden Legislaturperiode
210 Geltung verschaffen, indem Menschen in ihren Wohnungen bleiben können oder
211 wieder ein Zuhause bekommen. Wir versetzen die Kommunen in die Lage frühzeitig
212 und effektiv Maßnahmen gegen drohende Wohnungslosigkeit zu ergreifen. Wir stärken
213 den öffentlich geförderten Wohnungsbau und unterstützen die Kommunen beim Kauf
214 von Belegungsrechten unter anderem für diejenigen, denen die Zugänge zum freien
215 Wohnungsmarkt erschwert werden. So erreichen wir, dass auch Personen mit geringem
216 Einkommen und in schwierigen Lebenslagen eine angemessene Wohnung finden.

217
218 Mit einem landesweiten Aktionsplan, der bestehende Förderprogramme zusammenführt
219 und bedarfsgerecht ergänzt tragen wir als Land NRW zum EU-Ziel bei, bis 2030
220 Obdachlosigkeit zu überwinden. Menschen, die bereits wohnungslos sind, wollen
221 wir wieder eine dauerhafte, menschenwürdige Unterbringung verschaffen. Gemeinsam
222 mit ihnen müssen, ausgehend von ihrer jeweiligen aktuellen Lebenslage, Maßnahmen
223 entwickelt werden, die ihnen den Weg in ein eigenständiges und selbstbestimmtes
224 Leben ebnet. Dort, wo es noch keine ausreichenden Unterstützungsangebote für
225 Wohnungslose gibt, bauen wir sie bedarfsgerecht aus. Dazu gehören unter anderem
226 spezielle Angebote für Frauen, Haustierbesitzer*innen, queere Menschen und
227 Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Darüber hinaus unterstützen wir
228 Familien, die wohnungslos geworden sind oder von Wohnungslosigkeit bedroht sind.
229 Gerade Kinder und Jugendliche brauchen in dieser familiären Notlage Schutz und
230 Unterstützung. Der Ansatz “Housing first” bedeutet, Wohnungslose, ohne in
231 Deutschland übliche Vorbedingungen wie “Trainingswohnen”, in eine normale
232 Wohnung zu vermitteln. Zusätzlich werden persönliche Hilfen angeboten. Dadurch
233 können sich die Betroffenen stabilisieren und wieder ein selbstbestimmtes Leben
234 führen. Gerade Frauen bietet dieser Ansatz Schutz vor Gewalt und Ausbeutung, die
235 sie häufig im Tausch für Übernachtungsmöglichkeiten erfahren. Wir werden
236 “Housing first” in ganz NRW bedarfsgerecht ausweiten und soziale Träger und
237 Kommunen dabei unterstützen, geeignete Wohnungen aufzukaufen und z.B. auch für
238 begleitete selbstverwaltete Wohnprojekte dauerhaft zur Verfügung zu stellen.

239 Zudem wollen wir für wohnungslose Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf
240 ein selbstbestimmtes Wohnen in der eigenen Wohnung im Quartier ermöglichen und
241 unterstützende Wohnprojekte fördern.

242 **Wir sorgen für faire Arbeit und gute Löhne** 243 **Sozialen und inklusiven Arbeitsmarkt stärken**

244 Alle Menschen sollen Chancen und Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt bekommen. Wir
245 unterstützen Menschen, die aus unterschiedlichsten Gründen keine oder nur
246 geringe Einstiegschancen in den ersten Arbeitsmarkt haben über den sogenannten
247 „Sozialen Arbeitsmarkt“, so dass sie in Unternehmen wieder Fuß fassen können. Um
248 die Betroffenen in ihren Lebenssituationen zu stabilisieren und ihnen die nötige
249 Unterstützung zu geben, setzen wir auf eine staatlich unabhängige
250 Beratungsstruktur auf Augenhöhe. Die Arbeit der Arbeitslosenzentren und
251 Erwerbslosenberatungsstellen werden wir bedarfsgerecht weiter finanzieren.

252 Menschen mit Behinderungen haben deutlich geringere Chancen einen geeigneten
253 Arbeitsplatz zu finden und tragen daher ein überproportional größeres Risiko,
254 auch langfristig arbeitslos zu sein als Menschen mit der gleichen Qualifikation
255 ohne Behinderungen. Wir streben einen inklusiven Arbeitsmarkt an, in dem
256 selbstverständlich Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam arbeiten wenn sie
257 dies wünschen. Wir streben eine faire Entlohnung für die Arbeit in den
258 Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) an. Für die konkrete Umsetzung
259 erwarten wir Impulse aus dem noch laufenden, bundesweiten Beteiligungsvorhaben
260 zur Entwicklung eines transparenten, nachhaltigen und zukunftsfähigen
261 Entgeltsystem in den WfbM. Die Angebote von Werkstätten für behinderte Menschen
262 (WfbM) werden wir stärker auf die Integration sowie die Begleitung von
263 Beschäftigungsverhältnissen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt ausrichten. Darüber
264 hinaus entwickeln wir die Teilhabeangebote auch für diejenigen weiter, deren
265 Ziel nicht oder nicht nur die Teilhabe am Arbeitsleben ist.

266 Wir machen die Erfüllung der gesetzlichen Pflicht zur Beschäftigung
267 Schwerbehinderter zum notwendigen Kriterium bei der Vergabe öffentlicher
268 Aufträge. Für die Landesverwaltung streben wir an, deutlich mehr
269 schwerbehinderte Menschen als bisher zu beschäftigen. Gleichzeitig senken wir
270 die Hürden für Unternehmen, Menschen mit Behinderung einzustellen. Betriebe
271 erhalten Beratung, wie sie Stellen individuell für Bewerber*innen mit
272 Behinderung ‚zuschneiden‘ können. Wir erleichtern die Rahmenbedingungen für
273 „Inklusionsbetriebe“, fördern aktiv deren Gründung. Inklusionsbetriebe sind
274 Unternehmen des allgemeinen Arbeitsmarktes, die zwischen 30 und 50 Prozent
275 Menschen mit Behinderungen beschäftigen.

276 Für Personen, die ihre berufliche Qualifikation im Ausland erworben haben, soll
277 die Anerkennung ihrer Qualifikation unbürokratischer werden, etwa durch die
278 Anerkennung mehrsprachiger Zeugnisse.

279 **Faire Arbeitsbedingungen stärken**

280 Der Krankenpfleger und die Busfahrerin, der Supermarktverkäufer und die
281 Betonbauer*in – sie alle verdienen faire Arbeitsbedingungen und
282 Gesundheitsschutz. Wir reformieren die Vergabekriterien bei öffentlichen
283 Aufträgen so, dass nicht nur die Einhaltung des Mindestlohns, sondern auch
284 weitere soziale und ökologische Standards wie die Tarifbindung verpflichtend
285 werden. Damit konkurrieren die Unternehmen über die gute Qualität ihrer Produkte
286 und Dienstleistungen untereinander, nicht aber über niedrige Löhne. Das stärkt
287 NRW als nachhaltigen Wirtschaftsstandort. Dienstleistungsjobs in der
288 Landesverwaltung wie Reinigungskräfte und Pförtner*innen werden wir nicht weiter

289 outsourcen und so faire Arbeitsbedingungen garantieren. Arbeitsschutz-
290 Mindeststandards müssen auch für die EU-Arbeitnehmer*innen gelten, die auf den
291 Feldern, in den Fleischbetrieben oder der Logistik usw. in NRW arbeiten.
292 Gleichzeitig unterstützen wir die Arbeit der Einrichtungen der fairen Mobilität
293 in NRW. Wir verbessern den Arbeitsschutz durch mehr finanzielle und personelle
294 Ressourcen, um ausbeuterische Arbeitsverhältnisse zu bekämpfen. Arbeitsfreie
295 Sonntage sollen die Regel sein. Deshalb werden wir das Ladenöffnungsgesetz (LÖG
296 NRW) anpassen.

297 **Die Arbeit der Zukunft passt zur Lebenssituation**

298 Beruf und Lebenssituation müssen zusammenpassen. Wir helfen Unternehmen,
299 familien- und pflegefreundlich zu werden. Das Recht auf Homeoffice wird
300 unterstützt und in dezentralen „Co-Working Spaces“ können die Mitarbeiter*innen
301 einen wohnortnahen Arbeitsplatz außerhalb ihrer eigenen Wohnung einrichten und
302 lange Anfahrtszeiten zum Unternehmen einsparen. Wir unterstützen die Einführung
303 von Lebensarbeitszeitkonten und gehen selbst voran, indem wir sie für
304 Landesbeamt*innen umsetzen. Damit kann die Arbeitszeit in allen Lebensphasen
305 angepasst werden, so dass Mitarbeiter*innen zum Beispiel mehr Zeit haben, um
306 ihre Angehörigen zu pflegen. Ausbildung und Studium in Teilzeit erleichtern wir.
307 Viele fitte Senior*innen wollen weiterhin arbeiten, um sich sinnvoll zu
308 betätigen. Dies wollen wir ermöglichen und fördern.

309 **Wir investieren in Gesundheit und Pflege**

310 **Gesundheitsprävention stärken**

311 Prävention hält gesund und entlastet das Gesundheitssystem, wenn sie umfassend
312 in allen Politik- und Lebensbereichen umgesetzt wird. Wir geben deshalb dem
313 Sport, guter Ernährung und dem Gesundheitswissen einen größeren Stellenwert und
314 stärken den Öffentlichen Gesundheitsdienst. Wir legen Wert auf einen breiten
315 Impfschutz und unterstützen zielgruppengerechte Aufklärungskampagnen, z.B. zu
316 sexuell übertragbaren Krankheiten. Einsamkeit und Stress prägen den Alltag
317 vieler Menschen und gefährden ihre Gesundheit. Die frühe Vermittlung von
318 Kompetenzen zur psychischen Gesundheit wollen wir daher durch eine Kampagne
319 unterstützen. Zur Gesundheitsprävention gehört aber auch der Schutz des Klimas,
320 gesunde Atemluft sowie gesunde Ernährung und ausreichende Bewegung.

321 **Gut versorgt in Stadt und Land: Vorfahrt für**

322 **Gesundheitsregionen**

323 Unsere Ziele sind eine hohe Qualität, Verlässlichkeit und eine gute
324 Erreichbarkeit der Gesundheitseinrichtungen für alle Patient*innen. Gerade in
325 ländlichen, unterversorgten Regionen sichern wir die medizinische Versorgung
326 durch „Gesundheitsregionen“ mit enger Anbindung an die Kommunen. Hier werden
327 ambulante und stationäre Angebote gemeinsam geplant. Kooperation und gute
328 Versorgung wollen wir belohnen. Die Kommunen können gemeinwohlorientierte,
329 interprofessionelle Gesundheits- und Pflegezentren errichten. Diese Initiativen
330 wollen wir als Modellprojekte fördern und damit die Zusammenarbeit der
331 verschiedenen Gesundheitsberufe stärken. Deutschlandweit fehlen gerade in
332 ländlichen Bereichen Krankenhäuser, die für Notfälle gebraucht werden.
333 Andererseits gibt es Krankenhäuser, die planbare, hochspezialisierte Eingriffe
334 so selten durchführen, dass sie mit der Qualität von spezialisierten Häusern mit
335 hohen Fallzahlen nicht mitkommen. Regionen müssen so versorgt sein, dass
336 Patient*innen im Notfall oder bei Beginn einer Geburt in kürzest möglicher Zeit
337 ein Krankenhaus erreichen können. Dabei können Krankenhäuser in öffentlicher
338 Hand eine wichtige Rolle spielen, weshalb wir weitere Privatisierungen ablehnen

339 und wenn möglich Krankenhäuser zurück in die öffentliche Hand überführen. Für
340 planbare, komplexere Eingriffe ist die Fahrzeit weniger ausschlaggebend.
341 Wichtiger ist es, dass eine durchgehend gute Qualität in der Versorgung
342 angeboten wird, die sowohl das subjektive Wohlbefinden von Patient*innen als
343 auch die Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten umfasst. Wir planen die
344 Krankenhausversorgung so, dass sich die Krankenhäuser enger mit ambulanten
345 Einrichtungen wie Arztpraxen und anderen Therapie- und Pflegeangeboten oder
346 Rehabilitationseinrichtungen verbinden. Mittels patientenorientierter
347 Digitalisierung werden die Angebote besser vernetzt. Weiterhin wird beim (Um-
348)Bau von Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäusern und Pflegeheimen der Hitze-
349 und Klimaschutz berücksichtigt.

350 **Gesundheitsämter schützen uns alle: den Öffentlichen** 351 **Gesundheitsdienst stärken**

352 Es ist das vorrangige Ziel aller Aktivitäten und Maßnahmen im Bereich
353 öffentlicher Gesundheit, Bedingungen zu schaffen, in denen möglichst alle
354 Menschen gesund leben können. Psychiatrische Hilfen und Hilfen für suchtkranke
355 Menschen sind zentrale Teilbereiche eines umfassenden Verständnisses des
356 Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD). Der ÖGD führt
357 Schuleingangsuntersuchungen durch, bietet Impfungen an und ist verantwortlich
358 für den Infektionsschutz. Die Mitarbeitenden im Gesundheitsamt koordinieren und
359 leisten psychosoziale Hilfen. Sie überwachen die Qualität des Trinkwassers,
360 beraten zu Lebensmittelhygiene und vieles andere mehr. Während der Corona-
361 Pandemie ist besonders deutlich geworden, wie wichtig der ÖGD ist. Er leidet
362 aber unter langjährigem Verwaltungsabbau, chronischer Unterfinanzierung und
363 Personalmangel. Das wollen wir ändern. Wir heben die finanziellen Mittel für den
364 ÖGD an und etablieren einen eigenständigen Tarif für das medizinische Personal.
365 Wir stärken die Verantwortung des Landesentrums für Gesundheit. Wir werden die
366 Strukturen zur Bekämpfung von Pandemien deutlich verbessern und dazu den
367 Pandemierahmenplan überarbeiten, damit dieser Mechanismen wie feste Krisenstäbe,
368 wissenschaftliche Beratung, die Einrichtung von Pandemieräten, regelmäßige
369 Anpassungen sowie viele präventive Maßnahmen enthält. Ein gestärkter
370 öffentlicher Gesundheitssektor wird die Funktionsfähigkeit von Meldesystemen,
371 die Bevorratung von Schutzmaterial und viele weitere Faktoren überwachen. Wir
372 ermöglichen eine gute digitale Ausstattung, einheitliche Standards und
373 Schnittstellenkompatibilität zur elektronischen Patientenakte. Durch
374 Nachwuchsprogramme in Kooperation zum Beispiel zwischen Hochschulen und
375 Ärztekammern lernen Studierende den ÖGD als Tätigkeitsfeld kennen. Ärztin und
376 Sozialpädagogin, Stadtplanerin und Gesundheitswissenschaftler: Zusammen sind sie
377 ein Team, das mit verschiedenen Perspektiven die Gesundheitsprävention
378 insbesondere für benachteiligte Gruppen verbessert.

379 **Psychische Gesundheit verbessern**

380 Menschen mit einer psychischen Erkrankung oder in einer psychischen Krise
381 brauchen schnelle Hilfe, damit sich ihr Leid lindert. Schon seit mehreren Jahren
382 existieren Empfehlungen, wie Betroffene besser unterstützt und ihre
383 Menschenrechte gewahrt werden können. Wir setzen diese Empfehlungen des
384 „Landespsychiatrieplans“ endlich um! Dazu gehört es, die ambulante psychosoziale
385 und psychiatrische Krisenhilfe auszubauen, Wartezeiten zur ambulanten Behandlung
386 u. a. durch mehr psychotherapeutische Kassenzulassungen, die sich am
387 tatsächlichen Bedarf orientieren, zu verkürzen und Zwangseinweisungen in
388 psychiatrische Kliniken zu reduzieren. Digitale Bausteine wie Videosprechstunden
389 ergänzen die Angebote. Wir unterstützen ein gleichberechtigtes Miteinander von

390 Betroffenen, Angehörigen und Fachkräften und beziehen Menschen mit
391 Psychiatrieerfahrung und Behinderung in den Prozess mit ein und setzen uns für
392 eine Entstigmatisierung von psychischen Erkrankungen ein. Wir stärken die
393 Ausbildung von Psychotherapeut*innen und lehnen Rasterpsychotherapie ab.
394 Menschen mit psychischen Erkrankungen wollen wir die Übersicht über vorhandene
395 Therapie- und Hilfsangebote z.B. durch eine Informationsplattform in Kooperation
396 mit Kommunen und Kassenärztlichen Vereinigungen erleichtern.

397 **Für eine inklusive und diskriminierungsfreie** 398 **Gesundheitsversorgung**

399 Menschen in ärmeren Verhältnissen erkranken häufiger und sterben früher. Die
400 Gesundheitsversorgung von Menschen mit Behinderungen weist große Lücken auf.
401 Viele Geflüchtete, Obdachlose, Menschen ohne Papiere und manche EU-Zugewanderte
402 sind nicht krankenversichert. Eine angemessene Versorgung im Krankheitsfall
403 gehört jedoch zu den elementaren Menschenrechten. Deshalb wollen wir die
404 Kommunen dabei unterstützen, die Gesundheitsversorgung dieser Gruppen zu sichern
405 und den „anonymen Krankenschein“ einführen. Wir bauen die „Clearingstellen“
406 flächendeckend aus und sichern deren Finanzierung. Sie helfen, den
407 Krankenversicherungsstatus zu klären. Um Menschen mit Behinderungen besser zu
408 versorgen, entwickeln wir gemeinsam mit Fachleuten und Betroffenen einen
409 ressortübergreifenden Inklusionsplan, der Hürden im Gesundheitswesen abbaut und
410 die Inklusionsforschung stärkt. Wir machen verbindliche Vorgaben zur
411 Barrierefreiheit bei der Bedarfsplanung und sorgen für mehr Flexibilität und
412 Patient*innenorientierung bei Therapie- und Heilmittelversorgung.
413 Diskriminierende Strukturen und Praktiken im Gesundheitssystem untersuchen wir
414 systematisch, um Gegenmaßnahmen zu entwickeln. Diskriminierungssensibilität soll
415 Teil der Aus-, Fort- und Weiterbildung in den medizinischen und
416 Gesundheitsberufen werden.

417 **Geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung und** 418 **Selbstbestimmung fördern**

419 Diagnostik und Therapie sind in der Medizin noch immer auf einen männlichen
420 „Normkörper“ ausgerichtet. Das hat Nachteile für alle, die dieser Norm nicht
421 entsprechen. So zeigen Frauen bei einem Herzinfarkt andere Symptome und andere
422 Immunreaktionen bei Impfungen als Männer. Dadurch werden Krankheiten zum Teil
423 nicht erkannt und behandelt. Manche Medikamente wirken anders – das kann
424 gefährlich werden. Trotzdem wird die Bedeutung des Geschlechts in vielen Studien
425 ignoriert. Bei Landesförderungen im Gesundheitsbereich berücksichtigen wir die
426 Geschlechterperspektive: So werden Daten in Studien oder Projekten
427 geschlechtergerecht erfasst und ausgewertet. In der Geburtshilfe stellen wir die
428 Bedürfnisse von Eltern und Kindern in den Mittelpunkt. In der Stadt und auf dem
429 Land muss eine gute Versorgung vor, während und nach der Geburt gewährleistet
430 werden. Wir fördern Hebammenkreißsäle und selbstständige Hebammen, die in
431 unterversorgten Gebieten im ländlichen Raum arbeiten möchten. Die
432 Arbeitsbedingungen in der Geburtshilfe müssen verbessert werden. Wir wollen das
433 Recht auf Selbstbestimmung stärken und freiwillige Beratungsangebote rund um
434 Schwangerschaft und Schwangerschaftsabbruch ausbauen. Entscheidet eine Frau sich
435 für einen Abbruch, muss sie die Möglichkeit bekommen, diesen wohnortnah
436 durchführen zu lassen. Dazu gehört auch die Verankerung des Themas
437 Schwangerschaftsabbrüche in der medizinischen Aus-, Fort- und Weiterbildung.
438 Sexuelle Gesundheit ist komplex und oft mit Berührungspunkten verbunden. Deshalb
439 werden wir uns für interdisziplinäre Zentren für sexuelle Gesundheit einsetzen.
440 Diese sollen den gesamten Bereich der sexuellen Gesundheit abdecken, von der

441 Testung sexuell übertragbarer Krankheiten bis hin zu Beratungs- und
442 Bildungsangeboten, zum Beispiel über Schwangerschaft und
443 Schwangerschaftsabbrüche. Zur Bildung solcher Zentren sollen bereits bestehende
444 Strukturen genutzt werden. Die Zusammenarbeit von Kliniken, Aidhilfen, den
445 Gesundheitsämtern und anderen Initiativen, Vereinen und Verbänden, die sich
446 bereits mit sexueller Gesundheit beschäftigen, stärken wir durch eine
447 planungssichere staatliche Förderung.

448 **Gute und bezahlbare Pflege mit besseren Arbeitsbedingungen**

449 Selbstbestimmt leben und dennoch gut versorgt sein - das wünschen sich viele
450 Menschen im Alter. Pflege muss die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention
451 erfüllen, kultur- und LSBTIQ*-sensibel (LSBTIQ* steht für Lesben, Schwule,
452 Bisexuelle, Trans*, Inter*- und queere Menschen) ausgerichtet sein. Das Angebot
453 ist aber vielfach noch geprägt durch Großheime. Anstatt sie weiter auszubauen,
454 setzen wir auf Alternativen wie Wohn- und Hausgemeinschaften mit einem
455 umfassenden Pflegeangebot und neuen Versorgungsformen im Quartier. Über den
456 Ausbau ambulanter Pflege sowie der Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege und
457 Angebote wie Quartierstützpunkte oder Nachbarschaftszentren, sichern wir Pflege
458 rund um die Uhr ab. So entlasten wir auch pflegende Angehörige, die noch immer
459 den Großteil der Pflege und Unterstützung erbringen.

460 Wir wollen erreichen, dass möglichst viele Städte und Kreise ihre
461 Pflegeinfrastruktur mit der „verbindlichen Pflegebedarfsplanung“ im Interesse
462 der Bevölkerung gestalten, so dass vorrangig freigemeinnützige und kommunale
463 Träger berücksichtigt werden. Bisher geschieht der Ausbau von Pflegeplätzen zu
464 oft durch große Investoren, die in renditeträchtige Anlagen investieren. Von der
465 Bundesebene erwarten wir eine „doppelte Pflegegarantie“: Der Eigenanteil der
466 Pflegekosten - ambulant wie stationär - wird gedeckelt und dadurch planbar und
467 bezahlbar. Alle darüber hinaus entstehenden Pflegekosten für eine
468 bedarfsgerechte Versorgung übernimmt die Pflegeversicherung. Wir werden uns zur
469 Erreichung dieser Ziele aktiv in die bis 2023 abzuschließende Ausgestaltung der
470 Pflegeversicherung einbringen. Gute Pflege gelingt nur mit gut qualifiziertem
471 Personal, besseren Arbeitsbedingungen, einer angemessenen Bezahlung und mit
472 verbessertem Personalschlüssel für alle Berufsgruppen in der Pflege,
473 Hauswirtschaft und im Sozialen Dienst. Deshalb müssen wissenschaftlich
474 fundierte, verbindliche Personalbemessungsinstrumente in der stationären sowie
475 in der Langzeitpflege, vollumfänglich umgesetzt werden, um mehr Zeit für eine
476 ganzheitliche Versorgung schaffen. Wir bauen die Zahl der Ausbildungsplätze für
477 Fach- und Assistenzkräfte weiter aus. In NRW verbessern wir die Pflegeausbildung
478 auch dadurch, dass mehr Lehrkräfte die Auszubildenden unterrichten und die
479 Praxisanleitungen in den Betrieben gestärkt werden. Gemeinsam mit dem Bund
480 setzen wir auf die weitere Akademisierung in der Pflege, die mit einer echten
481 Übertragung von Aufgaben einhergehen muss. Zurzeit bauen engagierte Fachkräfte
482 die Pflegekammer auf. Ein Prozess der nur mit breiter Zustimmung und
483 demokratischer Legitimation Erfolg haben kann. Dabei müssen Kosten und Nutzen
484 durch echte Mitspracherechte in Einklang gebracht werden. Wir werden den Dialog
485 zwischen Pflegekammer, Gewerkschaften, Verbänden und anderen Berufskammern
486 unterstützen, um gemeinsam für bessere Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen zu
487 sorgen.

488 **Drogen- und Suchtpolitik ohne Kriminalisierung**

489 Eine moderne Drogen- und Suchtpolitik setzt weitestmöglich auf Selbstbestimmung,
490 klärt über Risiken auf und hilft substanzabhängigen Menschen, Schäden durch

491 riskanten Drogenkonsum zu reduzieren. Kinder und Jugendliche werden besonders
492 geschützt. Gerade die Cannabis-Verbotspolitik ist aber ungeeignet: Zurzeit
493 erhalten Kinder und Jugendliche Cannabis einfach auf dem Schwarzmarkt. Und
494 Erwachsene, die gelegentlich Cannabis konsumieren, werden bevormundet und
495 kriminalisiert. Sobald bundesgesetzliche Änderungen dies zulassen, werden wir in
496 NRW die kontrollierte Abgabe an volljährige Konsument*innen zügig und aktiv
497 begleiten. Ein besonderes Augenmerk legen wir neben klassischer Spielsucht auch
498 auf neuere Erscheinungsformen der Sucht, von denen besonders jüngere Menschen
499 betroffen sind, wie zum Beispiel Onlinesucht. Dabei müssen Jugend-, Suchthilfe
500 und Gesundheitssystem zielgruppenspezifisch kooperieren sowie Betroffene und
501 Angehörige einbeziehen. Die Therapieübergänge wollen wir verbessern. Wir
502 begegnen den rechtlichen Entwicklungen im "Gaming"-Sektor (digitale Spiele) wenn
503 notwendig mit Aufklärungskampagnen. Wir unterstützen die Städte und Kommunen
504 dabei, dass Suchtberatungsstellen und besonders Drogencafés und Konsumräume
505 weiterhin gefördert und deren Standorte gesichert bleiben, . Die
506 zielgruppenspezifischen Hilfeangebote und zielgruppenspezifischen Hilfeangebote
507 und Beratungsstrukturen stärken wir.

508 **Wir haushalten verantwortungsbewusst und** 509 **investieren in unsere Zukunft**

510 **Verantwortungsbewusst haushalten**

511 Nachhaltig wirtschaften heißt für uns, verantwortungsbewusst mit den uns zur
512 Verfügung stehenden Steuermitteln der Bürger*innen umzugehen, eine moderne und
513 leistungsfähige Verwaltung zu garantieren, den öffentlichen Besitz und die
514 Infrastruktur unseres Landes zu erhalten und in eine lebenswerte Zukunft zu
515 investieren. Wir wollen, dass alle finanzpolitischen Entscheidungen am 1,5-Grad-
516 Ziel sowie an den sozialen Folgen gemessen werden.

517 Der Großteil der Landeseinnahmen kommt aus Steuern, für deren gesetzliche
518 Ausgestaltung der Bund zuständig ist. Das Land hat nur wenig Spielraum für eine
519 Steuerung der eigenen Einnahmen. Gleichzeitig ist ein großer Posten – ca. ein
520 Drittel der Ausgaben – für die Löhne, Gehälter und Pensionen der
521 Landesbediensteten gebunden – in erster Linie für Lehrkräfte in den Schulen, für
522 Polizei, Justiz und Finanzverwaltung. Neben der Stärkung der Qualität unseres
523 öffentlichen Dienstes wollen wir vor allem die öffentlichen Investitionen in
524 eine zukunftsfähige Infrastruktur stärken. Das bedeutet auch, die überschuldeten
525 Kommunen mit einem Altschuldenfonds wieder in die Lage zu versetzen, diese
526 Investitionen eigenständig tätigen zu können. Zum jahrzehntelang aufgebauten
527 Investitionsstau kommen mindestens noch bis zum Jahr 2022 die Bewältigung der
528 finanziellen Folgen der Pandemie hinzu. Land und Kommunen werden weniger Steuern
529 einnehmen sowie corona-bedingte Mehrausgaben haben und gleichzeitig müssen die
530 negativen Folgen in Wirtschaft und Gesellschaft weiter abgefedert werden. Die
531 für solche Notlagen in der Schuldenbremse verankerte Ausnahmemöglichkeit wollen
532 wir mit dem bestehenden Rettungsschirm weiter nutzen und wenn nötig ausbauen, um
533 zielgerichtete und wirksame Hilfen auf den Weg zu bringen. Auch im
534 Landeshaushalt achten wir auf den Schutz des Klimas. Deshalb werden wir einen
535 Klimacheck auch für die Ausgaben des Landes einführen. Die Anlagen des Landes,
536 wie den Pensionsfonds und die „NRW.Bank“, richten wir weiterhin konsequent auf
537 nachhaltiges Investment und das 1,5-Grad-Ziel aus.

538 **Nachhaltiger Investitionspakt für NRW**

539 Wir werden mit einem Grünen Zukunftspakt NRW nachhaltige Investitionen stärken,
540 die Konjunkturimpulse mit der ökologisch-sozialen Transformation unseres Landes

541 verbinden. Die öffentliche Infrastruktur in NRW leidet unter einem massiven
542 Investitionsstau, besonders in den Städten und Gemeinden, die das aus eigener
543 Kraft nicht bewältigen können. Wir brauchen deutlich mehr Investitionen in die
544 Infrastruktur von morgen: bei den Bildungseinrichtungen, der Digitalisierung,
545 der Mobilitätswende, beim Klimaschutz und bei der Anpassung an die Klimafolgen.
546 Diese Zukunftsinvestitionen werden sich für künftige Generationen rechnen und
547 ihnen Spielräume und ihre Freiheit sichern. Deshalb werden wir die
548 verfassungsrechtlichen Spielräume der Schuldenbremse nutzen und neue Wege der
549 Finanzierung ausschließlich für Zukunftsinvestitionen außerhalb des
550 Landeshaushalts schaffen.

551 **Solide Finanzen für lebenswerte Kommunen**

552 Wir werden dafür sorgen, dass unsere Städte und Gemeinden wieder über Mittel
553 verfügen, um eigenständig in Bildung und Betreuung, lokale Mobilität und – vom
554 Radweg bis hin zum kommunalen Solarkraftwerk – in die kommunale Infrastruktur,
555 investieren zu können. Dazu werden wir einen Altschuldenfonds einrichten, um die
556 Gemeinden beim Schuldenabbau zu unterstützen. Damit die Kommunen Förderprogramme
557 abrufen können werden wir sie mit einem angemessenen Anteil an den Kosten für das
558 Projektmanagement im Rahmen der förderfähigen Ausgaben unterstützen. Auch die
559 Steuerausfälle aus der Corona-Krise müssen solidarisch ausgeglichen werden.

560 Es hat sich leider eingespielt, dass aus Berlin und Düsseldorf immer neue
561 Aufgaben auf die Städte und Gemeinden übertragen werden. Gleichzeitig steigen
562 die gesellschaftlichen Herausforderungen und damit auch die Anforderungen an die
563 lokale Ebene. Allerdings bekommen die Kommunen nicht die Mittel zur Bewältigung
564 dieser Aufgaben. Wer bestellt, muss auch bezahlen oder wer eine Aufgabe
565 definiert, muss auch für die Finanzierung sorgen.

566 Gleichzeitig wollen wir ruinösem Steuerdumping entgegenwirken, bei dem Kommunen
567 sich gegenseitig Wirtschaftskraft streitig machen, ohne dass zusätzliche Impulse
568 für Innovationen oder neue Arbeitsplätze entstehen. Wir werden Anreize setzen,
569 damit Kommunen kooperieren und die Gewerbesteuer gemeinsam vereinnahmen können.
570 Die Gemeindefinanzierung regeln wir so, dass sie Steuer-Dumping unattraktiv
571 macht.

572 Wir wollen die kommunalen Förderprogramme bei der Antragstellung und Abrechnung
573 vereinfachen und sie stärker an Bedarf und Finanzkraft ausrichten.

574 Wir wollen bei der kommunalen Vergabepaxis den Aspekt der Nachhaltigkeit
575 stärken. Hierzu werden wir die rechtlichen Vorgaben anpassen. Zukünftig soll
576 neben der Wirtschaftlichkeit auch der Grad der ökologischen und sozialen
577 Nachhaltigkeit eines Angebots berücksichtigt werden.

578 **Steuerhinterziehung und Steuerbetrug wirksam bekämpfen**

579 Unserem Gemeinwesen gehen in ganz Deutschland jedes Jahr geschätzte 100
580 Milliarden Euro durch Steuerhinterziehung verloren. Geld, das wir dringend für
581 gute Schulen und Zukunftsinvestitionen brauchen. Wir werden diesen Betrug
582 entschieden bekämpfen, indem wir die Finanzverwaltung und die Steuerfahndung
583 ausbauen und sie technisch und digital fit machen. Dazu gehört beispielsweise,
584 dass Meldestellen nach Baden-Württemberger Vorbild umfassend digitalisiert
585 werden. Wir werden die Ausbildungskapazitäten erweitern und im Wettbewerb um die
586 besten Köpfe die Attraktivität unserer Finanzverwaltung steigern.

587 **Fördermittel effektiv für einen echten Wandel einsetzen**

588 Auch die EU stellt große Mengen an Fördermitteln bereit, um die europäische

589 Wirtschaft bei ihrem Beitrag zur Erfüllung der Klimaziele zu unterstützen und um
590 diejenigen Regionen zu fördern, die besonders vom Strukturwandel betroffen sind.
591 Das sind in NRW nicht nur die Kohlereviere, sondern sämtliche Regionen, in denen
592 CO₂-intensive Industrien beheimatet sind. Bei der Verteilung der europäischen
593 Fördermittel sind uns zwei Punkte besonders wichtig: Die Gelder der EU sind
594 nicht dazu gedacht, Löcher in den nationalen Haushalten zu stopfen. Sie sollen
595 stattdessen in neue Projekte und Unternehmungen fließen, Innovationen anstoßen
596 und damit einen zusätzlichen Nutzen zu den nationalen Programmen stiften.
597 Zweitens muss darauf geachtet werden, dass die geförderten Projekte auch
598 tatsächlich einen Beitrag zu wichtigen Zielen beim Klimaschutz, der Erhaltung
599 der Artenvielfalt und der Digitalisierung leisten.

Beschluss (vorläufig)

5- Demokratie in der offenen Gesellschaft

Gremium: LDK Siegen
Beschlussdatum: 10.12.2021
Tagesordnungspunkt: 3. Programm zur Landtagswahl 2022

Text

1 Für ein offenes und vielfältiges Nordrhein-Westfalen engagieren sich tagtäglich
2 Millionen Menschen in unserem Land. Ob in der Nachbarschaftshilfe, im
3 Frauenhaus, im Katastrophenschutz oder im Stadtrat. Sie stehen füreinander ein,
4 heißen Geflüchtete willkommen, demonstrieren für die Rechte queerer Menschen,
5 kämpfen für globale Gerechtigkeit, gestalten die europäische Einigung und sorgen
6 so dafür, das Versprechen unserer Demokratie einzulösen: Wir sind verschieden
7 und dabei gleich an Rechten und Würde.

8 Demokratie ist nie fertig, sie ist immer in Bewegung. Wir sind schon weit
9 gekommen und haben gleichzeitig noch viel zu tun. Kinder und Jugendliche sollen
10 über ihre Zukunft mitentscheiden, statt nur vom Spielfeldrand zuzuschauen –
11 deshalb senken wir das Wahlalter auf 16 Jahre ab. Frauen steht die Hälfte der
12 Macht in unserem Land zu, auch in unseren Parlamenten. Wir werden noch viel mehr
13 Menschen mit Einwanderungsgeschichte den Weg zur Wahlurne bereiten. Und unser
14 Wahlrecht modernisieren, damit möglichst alle Wählenden repräsentiert werden.
15 Wir sprechen die Einladung aus, Entscheidungen nicht über den Kopf der
16 Bürger*innen zu treffen, sondern mit einer neuen Politik der Beteiligung.

17 In Zeiten von Wandel und Umbruch erneuern wir das Versprechen, dass Politik
18 Verantwortung auch für schwierige Entscheidungen übernimmt, zu Fehlern steht und
19 transparent arbeitet. Nordrhein-Westfalen hat in den letzten Jahren schwere
20 Krisen erlebt – das Hochwasser, Corona und seine Folgen. In der Krise zeigt
21 sich, wer wir sind. Ob wir vorausschauend handeln oder Dienst nach Vorschrift
22 tun – das ist eine Frage von Führung und von funktionierenden Strukturen.
23 Deshalb ist Vorsorge unser politisches Leitprinzip. Gerade in diesen Zeiten ist
24 es wichtig zu wissen: Der Staat schützt mich, er handelt vorausschauend und ist
25 so ausgestattet, dass er auch auf Unvorhergesehenes reagieren kann. Unser
26 Leitbild ist ein Staat, der seinen Bürger*innen im besten Sinne des Wortes zu
27 Diensten ist, der es leicht macht, ihn zu verstehen und sich einzubringen. Der
28 digital, technisch und personell bestens ausgerüstet ist und der Datenschutz,
29 Privatsphäre sowie Souveränität jeder Person auch im digitalen Raum respektiert
30 und schützt..

31 Vielfalt und Nordrhein-Westfalen sind seit langem untrennbar miteinander
32 verknüpft. Vielfalt ist herausfordernd und gleichzeitig eine Chance. Sie zu
33 gestalten und Konflikte auszuhandeln, begreifen wir als unseren politischen
34 Auftrag. Schon viele Male ist unser Land über sich hinausgewachsen, um
35 Einwander*innen und Geflüchtete willkommen zu heißen. Es wird durch Einwanderung
36 reicher. Neue Perspektiven bringen neue Ideen, die uns weiterbringen und uns
37 helfen, mit Herausforderungen fertig zu werden. Wir können Menschen eine neue

38 Heimat bieten, die ihre alte verloren haben. Sie kommen mit großer Hoffnung auf
39 Frieden, Freiheit und Sicherheit. Gemeinsam mit ihnen machen wir uns
40 selbstbewusst die Errungenschaften unserer Gesellschaft neu bewusst. Wir kämpfen
41 gemeinsam mit ihnen für eine starke Demokratie, in der es gerechte Chancen für
42 alle gibt und in der Glaubensfreiheit, Geschlechtergerechtigkeit und queere
43 Rechte eine Selbstverständlichkeit sind.

44 Nordrhein-Westfalen liegt im Herzen Europas. Als bevölkerungsreichstes
45 Bundesland mit großer wirtschaftlicher Stärke hat es auch eine führende Rolle
46 innerhalb der Bundesrepublik. Daraus erwächst der Auftrag, dieses Gewicht auch
47 in der europäischen und internationalen Politik geltend zu machen. Mit einer
48 grünen Landesregierung wird Nordrhein-Westfalen dieser Verantwortung nachkommen.
49 Wir machen in Nordrhein-Westfalen, Berlin, in Europa und auch darüber hinaus
50 Demokratie, Freiheit, Gleichstellung und die Wahrung der Menschenrechte zur
51 Richtschnur unserer Politik. Das gilt für internationale Handelsverträge ebenso
52 wie für die europäische Gesetzgebung. Freihandelsabkommen zu Lasten von
53 Menschen, Umwelt und Klima in den Partnerländern lehnen wir ab. Und wir fordern
54 weiterhin eine europäische Flucht- und Migrationspolitik, die das Recht auf
55 Leben und Unversehrtheit zur obersten Maxime macht.

56 **Wir bauen Beteiligung und Mitbestimmung aus** 57 **Neue Politik der Beteiligung und des Dialogs**

58 Demokratie lebt vom Mitmachen! Beteiligung hilft uns, Lösungen zu finden, die
59 von allen mitgetragen werden. Sie kann politische Entscheidungen verbessern,
60 weil die Alltagserfahrung und das Wissen der Bürger*innen einfließen. Das ist
61 gerade jetzt besonders wichtig – denn wir stehen vor großen gesellschaftlichen
62 Umbrüchen, wollen unsere gesamte Infrastruktur klimafest machen. NRW wird
63 gleichzeitig immer vielfältiger. Diese Veränderung begleiten wir mit einer
64 Kultur der Beteiligung und des Dialogs. Wir setzen eine*n zentrale*n
65 Ansprechpartner*in der Landesregierung für Beteiligung und Dialog ein. Wir
66 stärken die direktdemokratischen Elemente unserer Landesverfassung deutlich. Wir
67 berufen Bürger*innenräte zu ausgewählten Zukunftsthemen ein. Denn Erfahrungen
68 aus Bund und anderen Ländern zeigen, dass Bürger*innenräte stark darin sind,
69 konstruktive Lösungen im Dialog zu finden. Zufällig und repräsentativ
70 ausgewählte Bürger*innen beraten über eine konkrete Fragestellung und erarbeiten
71 Handlungsempfehlungen. Diese muss das Parlament dann beraten. Zudem erleichtern
72 wir direkte Demokratie, indem wir die Mindestanzahl einzureichender
73 Unterschriften für Begehren und Initiativen reduzieren, die Bedingungen für die
74 Unterschriftensammlung vereinfachen und die direktdemokratische Mitbestimmung
75 bei deutlich mehr Themen ermöglichen.

76 **Versammlungsfreiheit schützen**

77 Unsere Demokratie lebt davon, dass wir frei und ohne Angst unsere Meinung
78 öffentlich sagen können. Für dieses Recht haben viele mutige Menschen lange
79 gekämpft. Sich mit Gleichgesinnten auf Demonstrationen oder Kundgebungen für
80 eine Sache einzusetzen zu können ist ein sehr wichtiger Bestandteil unserer
81 Demokratie.

82 Wir wollen ein Versammlungsrecht, das Versammlungen in NRW ermöglicht und
83 schützt. Es soll für jede*n unbürokratisch möglich sein, Versammlungen
84 anzumelden und rechtssicher durchzuführen. Auch das Recht auf hör- und sichtbare
85 Gegendemonstrationen schützen wir. Der Schutz der persönlichen Daten ist bei
86 Versammlungen von besonders großer Bedeutung. Eine Befugnis zur Anfertigung von
87 Videoaufnahmen, die über das Versammlungsgesetz des Bundes hinausgeht, lehnen

88 wir ab. Jegliche Form der Datenerhebung hat offen zu erfolgen. Wir orientieren
89 uns an vielen anderen Ländern und wandeln – wo angemessen – Straftatbestände des
90 Bundesgesetzes in Ordnungswidrigkeiten um, wie etwa beim Vermummungsverbot. Die
91 von der Landesregierung betriebene Kriminalisierung der
92 Klimagerechtigkeitsbewegung sowie antifaschistischer Demonstrationen lehnen wir
93 ab.

94 **Ernst nehmen, wem die Zukunft gehört: Kinder und Jugendliche**

95 Politik darf nicht auf Kosten der nächsten Generationen gehen. Kinder und
96 Jugendliche haben das Recht, über die Welt, in der sie leben und über ihre
97 Zukunft mitzuentcheiden. Wir werden das aktive Wahlalter für die Landtagswahlen
98 deshalb in einem ersten Schritt auf 16 Jahre senken. So erreichen wir auch, dass
99 alle politischen Akteure die Belange der Jugendlichen besser in den Blick
100 nehmen. Auf Basis einer Evaluation des Wahlalters 16 wollen wir das Wahlalter
101 ggf. weiter absenken. Kinderrechte sind in der Landesverfassung verankert und
102 müssen gelebt werden. Mit einem verbindlichen Jugendcheck werden wir die
103 Gesetzesentwürfe darauf prüfen, wie sie das Leben von jungen Menschen
104 beeinflussen. In den Kitas und Schulen sollen Beteiligungskonzepte verankert und
105 verlässlich gelebt werden, sodass Kinder Demokratie von Beginn an erfahren und
106 in ihrer Selbstwirksamkeit gestärkt werden. Auch auf kommunaler Ebene werden wir
107 der Jugend ein verbindliches Mitspracherecht garantieren. Dazu werden wir den
108 Gemeinden durch Gesetz verbindlich vorschreiben, für die Interessen von
109 Jugendlichen besondere Vertretungen oder Beauftragte zu bestellen. Durch die
110 bessere Einbindung in den demokratischen Prozess muss die Gemeinde die
111 Interessen der Jugendlichen stärker wahrnehmen.

112 **Ein Vielfalts-Update für unsere Demokratie**

113 Vielfalt ist in Nordrhein-Westfalen gelebte Normalität. Wer hier lebt, soll das
114 Recht haben, unsere Gesellschaft mitzugestalten und mitzuentcheiden. Wir wollen
115 die strukturellen und institutionellen Hürden abbauen, die bisher eine
116 gleichberechtigte Beteiligung verhindert haben. Wir richten das politische
117 Ehrenamt und die gesellschaftlichen Rahmenbedingunge so aus, dass jede*r
118 unabhängig von Schulabschluss, Einkommen oder individueller Lebenssituation sich
119 aktiv am politischen Prozess beteiligen kann. Auch Bürger*innen aus anderen EU-
120 Staaten sollen das Recht bekommen, an Landtagswahlen teilzunehmen.
121 Ausländer*innen aus Nicht-EU-Staaten, die seit langem in NRW ihren
122 Lebensmittelpunkt haben, erhalten das kommunale Wahlrecht. Mehrstaatlichkeit
123 wird hier gelebt und gehört zu einem modernen Staat. Die von der Bundesregierung
124 geplanten Erleichterungen im Staatsangehörigkeitsrecht, die
125 Mehrfachstaatsangehörigkeit und erleichterte Einbürgerungen vorsehen, werden wir
126 dafür nutzen, um offensiv für Einbürgerungen zu werben. Wer sich eine Meinung
127 bilden und aktiv mitgestalten will, muss verstehen können und verstanden werden.
128 Mehrsprachigkeit, Leichte Sprache, Gebärdensprache und Blindenschrift sind ein
129 ganz bedeutsamer Schlüssel für gleichberechtigte Teilhabe. Wir erweitern die
130 sprachliche Vielfalt, insbesondere in öffentlichen Institutionen. Wir schaffen
131 Zugänge, dort wo sie bisher fehlen, um das politische Engagement und die
132 Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderung in politischen Prozessen zu erhöhen.
133 Wir wollen die Rechte des Kreistages gegenüber Landrat und Verwaltung stärken
134 und vom Kreistag zu wählende Kreisbeigeordnete einführen.

135 **Zivilgesellschaft und ehrenamtliche Arbeit unterstützen**

136 Demokratie ist nur so stark wie die Gesellschaft, die sie unterstützt. Ob beim
137 Schwimmtraining, im Kita-Förderverein, bei der freiwilligen Feuerwehr oder in

138 der Kirchengemeinde: Ehrenamtlich engagierte Menschen in NRW sorgen buchstäblich
 139 dafür, dass der Laden läuft und tragen die Interessen und Anliegen der
 140 Bürger*innen in die Öffentlichkeit. Wir werden dem bürgerschaftlichen Engagement
 141 und der Bürgerbeteiligung einen deutlich höheren Stellenwert in der
 142 Regierungspolitik einräumen. Hierfür spielt die langfristige Absicherung von
 143 Verbänden, Vereinen und zivilgesellschaftlichen Organisationen eine
 144 entscheidende Rolle. Wir werden die Ehrenamtsstrategie des Landes NRW
 145 weiterentwickeln und so erreichen, dass sich alle Menschen ganz einfach
 146 engagieren können, unabhängig von Wohnort, Alter, Herkunft, Behinderung oder
 147 sexueller Identität. Besonders in ländlichen Gemeinden unterstützen wir
 148 ehrenamtlich Engagierte durch Förderscouts. Sie helfen, Fördergelder für
 149 gemeinwohlorientierte Projekte zu beantragen. Wir bauen den Freiwilligendienst
 150 aus, bei dem viele jungen Menschen sich engagieren und im Rahmen eines
 151 freiwilligen Jahres Erfahrungen sammeln. Wir sorgen dafür, dass Freiwillige
 152 zukünftig bei Kulturangeboten und beim ÖPNV ähnliche Vergünstigungen und
 153 Ermäßigungen bekommen wie beispielsweise Schüler*innen, Azubis und Studierende.

154 **Kommunalpolitisches Engagement erleichtern**

155 Tausende Menschen übernehmen in NRW ehrenamtlich Verantwortung in der
 156 Kommunalpolitik. Wir machen die kommunalen politischen Gremien fit für die
 157 Digitalisierung. Dafür erweitern wir die Gemeindeordnung so, dass sie
 158 demokratische Teilhabe digital möglich macht. Wir werden mit den Kommunen
 159 sicherstellen, dass alle gewählten Vertreter*innen die technischen Möglichkeiten
 160 haben, an digitalen Sitzungen teilzunehmen. Das umfasst Hardware, Software und
 161 Schulungen.

162 Viele Menschen, z.B. Berufstätige und Menschen mit Verantwortung für Kinder oder
 163 Angehörige, die gepflegt werden müssen, werden von dem derzeitigen hohen
 164 zeitlichen Mehraufwand abgeschreckt. Dabei ist es begrüßenswert, wenn mehr
 165 Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen und Erfahrungen in der
 166 Kommunalpolitik mitmischen. **Wir wollen auf kommunaler Ebene die Teilhabe
 167 stärken, sodass unter anderem Gremien wie Jugend-, Senioren-, Migrations- und
 168 Inklusionsbeiräte geschaffen werden.** Mehr Personalmittel für hauptamtliche
 169 Unterstützung für die Fraktionen in kommunalen Gremien entlasten die
 170 Mandatsträger*innen.

171 **Wir machen den Staat effektiv, transparent und 172 bürgernah**

173 **Für einen attraktiven öffentlichen Dienst der Zukunft**

174 Ob in Schulen, bei der Polizei, in Gerichten oder im Gesundheitsamt – gut
 175 ausgebildete und motivierte Mitarbeitende sind das Fundament eines Staates, der
 176 funktioniert und handlungsfähig bleibt. Doch dieses Fundament hält nicht von
 177 allein. Wir müssen handeln um es zu für die Zukunft stärken. Derzeit sind ca.
 178 20.000 Stellen in der Landesverwaltung unbesetzt. Unsere Behörden bestehen den
 179 harten Wettbewerb um die besten Köpfe nur, wenn die Arbeit im öffentlichen
 180 Dienst attraktiver wird. Gemeinsam mit den Interessensvertretungen für die
 181 Beschäftigten und den Gewerkschaften werden wir deshalb einen neuen Rahmen für
 182 einen modernen öffentlichen Dienst mit attraktiven Arbeitsbedingungen schaffen.
 183 Den Kern bildet ein Lebensarbeitszeitkonto, mit dessen Hilfe Beschäftigte eine
 184 flexible wöchentliche Arbeitszeit erhalten, um damit frühere Pensionierungen
 185 oder Auszeiten, zum Beispiel für Sorgearbeit, zu schaffen. Wir werden auch die
 186 Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für mobiles Arbeiten überprüfen und
 187 anpassen, damit der öffentliche Dienst auf der Höhe der Zeit bleibt. Nicht

188 zuletzt werden wir die Gleichstellung im öffentlichen Dienst vorantreiben. Denn
189 in unseren Behörden gibt es noch viel zu tun um die „gläserne Decke“ für Frauen
190 zu überwinden und ihnen gleichberechtigte Aufstiegschancen – auch in
191 Spitzenpositionen - zu garantieren. Dafür werden wir die Instrumente für eine
192 gleichberechtigte Personalentwicklung nutzen und ausbauen. Bausteine dazu sind:
193 Mentoringprogramme, bereichsübergreifende Vernetzung, Jobsharing sowie das
194 Führen in Teilzeit oder Teams.
195 Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst verurteilen wir. Mit den
196 Gewerkschaften und den Kommunen wollen wir mit geeigneten Mitteln – wie etwa
197 baulichen Maßnahmen in Räumen mit Publikumsverkehr sowie Deeskalationstrainings
198 - dafür sorgen, dass Angriffe und Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen
199 Dienst auf Landes- und kommunaler Ebene verhindert und besser verfolgt werden.

200 **Ein Staat, der funktioniert**

201 In unseren Behörden geben tagtäglich gut ausgebildete Fachleute ihr Bestes für
202 unser Gemeinwesen. Und trotzdem ist der Kontakt zur Verwaltung für viele
203 Bürger*innen und Unternehmen umständlich. Das liegt oft an veralteter Technik
204 und überholten Strukturen und Abläufen. Wir investieren in den
205 bürgerfreundlichen, effektiven Staat mit einfacheren, grundsätzlich digitalen
206 Verfahren. Aber auch der direkte Kontakt und Vor-Ort-Termine bei den Behörden
207 bleiben für viele Menschen wichtig und müssen deshalb weiterhin möglich sein.
208 Nur mit einer zukunftsfähig aufgestellten Verwaltung kann der Staat die vielen
209 an ihn gerichteten Ansprüche und Aufgaben erledigen. Damit überall digital
210 gearbeitet wird, weiten wir das E-Government-Gesetz vollständig auf die Kommunen
211 aus. Das Land unterstützt die Kommunen bei der Implementierung digitaler
212 Verfahren und der entsprechenden Software, damit kein Flickenteppich entsteht,
213 auf dem jede Kommune sich gezwungen sieht, ihre eigene Lösung entwickeln zu
214 müssen. Und wir nutzen die Digitalisierung der Verwaltungsabläufe, um
215 gleichzeitig moderne Arbeitsweisen einzuführen. Die Verwaltung der Zukunft
216 arbeitet vernetzt und in Teams, mit großer Transparenz, flexibel und mit flachen
217 Hierarchien. Diese Vision werden wir in ausgewählten Pilot-Behörden mit Ansätzen
218 von „New Work“ und agilen Methoden ausprobieren. Wir schaffen
219 Verwaltungsinkubatoren, in denen Behörden und ihre Mitarbeiter*innen
220 anspruchsvolle Projekte außerhalb der etablierten Strukturen zur Reife
221 entwickeln können. So ermöglichen wir einen sanften und erfolgsversprechenden
222 Übergang in den Betrieb und einen Kulturwandel in der Verwaltung..

223 **Der lernende Staat: gewappnet für die nächste Krise**

224 Unser Land befindet sich seit einigen Jahren im Krisenmodus: Zuerst die
225 anhaltende Hitzewelle, dann die Pandemie und schließlich im Sommer 2021 das
226 verheerende Hochwasser: das alles beeinträchtigte und beeinträchtigt noch immer
227 unser aller Leben. Die Krisen decken aber auch schonungslos auf, wo Politik und
228 Verwaltung Nachholbedarf haben. Wir wollen aus ihnen lernen, damit unsere
229 Gesellschaft krisenfester wird. Denn die Herausforderungen werden angesichts der
230 Klimakrise in Zukunft nicht kleiner, sondern größer. Wir versetzen Politik und
231 Verwaltung in die Lage, vorausschauend und planvoll zu handeln. Wir machen
232 Vorsorge zu unserem Leitprinzip. In Nordrhein-Westfalen kommt der
233 Landesregierung dabei eine Schlüsselrolle zu. Wir brauchen eine bessere Kultur
234 der Zusammenarbeit und des Informationsaustausches zwischen den einzelnen
235 Behörden und Ebenen. Zur vorausschauenden Politik gehören Katastrophenpläne für
236 den Ernstfall und mehr Investitionen in Forschung. Wer gut vorbereitet ist, kann
237 planvoll handeln und Schaden abwenden. Deshalb gilt für uns: Eine wichtige
238 Grundlage für unsere Politik legen Wissenschaft und Forschung, sei es beim Klima

239 oder in Pandemien.

240 **Transparenzoffensive starten, Korruption bekämpfen**

241 Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben ein Recht darauf zu wissen, wer sich
 242 in welcher Weise an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt. Dafür führen wir ein
 243 verbindliches und öffentliches Lobbyregister für die Landesregierung und den
 244 Landtag sowie einen umfassenden "legislativen Fußabdruck" ein. Dieser macht
 245 transparent, welche Organisationen und Lobbyinteressen Einfluss auf die
 246 Erarbeitung eines Gesetzes genommen haben. Das Abstimmungsverhalten der
 247 Landesregierung im Bundesrat machen wir transparenter und setzen uns dafür ein,
 248 dass dies für den ganzen Bundesrat leicht nachvollziehbar wird.

249 Nicht allein durch die Maskenskandale der Union ist offensichtlich geworden, wie
 250 schnell Glaubwürdigkeit verloren geht und wie stark dieser Vertrauensverlust dem
 251 Parlamentarismus zusetzt. Wir wollen daher das Abgeordnetengesetz überarbeiten,
 252 sodass Parlamentarier*innen ihre Nebeneinkünfte ab dem ersten Euro angeben
 253 müssen und ihnen bezahlte Arbeit für Lobbyorganisationen verboten ist. Die
 254 Abkühlzeit für Mitglieder der Landesregierung vor einem Wechsel in Lobbyismus
 255 verlängern wir auf die Dauer des Bezugs vom Übergangsgeld, längstens auf 24
 256 Monate.

257 Wir setzen uns für den wirksamen Schutz von Whistleblower*innen ein. Sie
 258 schützen die Beachtung der Rechtsordnung und damit das Funktionieren des
 259 demokratischen Systems. Whistleblower*innen brauchen Schutzklauseln im
 260 Dienstrecht, damit sie ohne Repressionen auf Missstände hinweisen können.
 261 Hierfür schaffen wir eine unabhängige Prüfstelle und setzen uns für einen Fonds
 262 zur finanziellen Unterstützung von Whistleblower*innen ein.

263 Korruption, Steuerhinterziehung und Geldwäsche sind Rechtsverstöße mit
 264 verheerenden Auswirkungen auf den Wettbewerb und den freien Markt, für Umwelt
 265 und Menschen. Wir gestalten die öffentliche Beschaffung transparenter und
 266 schaffen Vorkehrungen gegen Interessenskonflikte. Wir wollen die Angebote zur
 267 Korruptionsprävention der öffentlichen Verwaltung ausbauen und unterstützen die
 268 Einrichtung von Ombudsstellen.

269 **Sichere öffentliche IT - Offene und verfügbare Daten und
 270 Software**

271 Wir vertrauen der öffentlichen IT viel an. Ob Schüler*innendaten, Stromnetze
 272 oder Krankenversorgung – ohne IT läuft nichts in unserer Gesellschaft. Jede
 273 Sicherheitslücke kann fatale Folgen haben. Deshalb sichern wir höchste Standards
 274 für IT-Sicherheit und Datenschutz bei Behörden des Landes und den Kommunen
 275 gesetzlich ab. Deutlich mehr Behörden sollten außerdem den IT-Grundschutz des
 276 Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik umsetzen. Wir fördern die
 277 gemeinsame Forschung von Hochschulen, Unternehmen sowie Unternehmensgründungen
 278 im Bereich IT-Sicherheit.

279 Auf öffentlich zugängliche Informationen zugreifen zu können, ist Grundlage
 280 unseres demokratischen Staatsverständnisses. Land und Kommunen sammeln und
 281 erstellen mit großem Aufwand riesige Datenmengen. Und die können sehr nützlich
 282 sein, etwa für Medien, Bürger*inneninitiativen, die Wissenschaft oder auch
 283 innovative Unternehmen. Wir ermöglichen mehr Teilhabe am "Datenschatz" in Form
 284 von nicht personenbezogenen Daten. Was der Staat finanziert, muss auch allen
 285 zugänglich sein. Wir schreiben in einem Informationszugangsgesetz fest, dass
 286 staatliche Stellen ihre Informationen proaktiv maschinenlesbar und unter
 287 Berücksichtigung der Open Data-Kriterien veröffentlichen. Wir stärken hierbei

288 die Rechte der Bürgerinnen und Bürger für einen schnellen Informationszugang.
289 Mit uns werden Open Data, Open Source und Open Access zum Standard für alle
290 öffentlichen Stellen vom Ministerium bis in die letzte Amtsstube.

291 **Wir begreifen Vielfalt als Stärke**

292 **Zusammen unsere Einwanderungsgesellschaft gestalten**

293 NRW ist der Inbegriff von Vielfalt. In unserem Bundesland leben 18 Mio.
294 Menschen, mehr als fünf Millionen von ihnen haben eine Einwanderungsgeschichte.
295 Damit verfügt unser Bundesland über eine Einwanderungsgeschichte, die es über
296 Jahrhunderte hinweg zu dem gemacht hat, was es ist. Die verschiedenen Etappen,
297 in denen Menschen aus den unterschiedlichsten Ländern unser Bundesland mit
298 verschiedensten kulturellen Einflüssen geprägt und bereichert haben, sind Teil
299 unserer Identität und müssen lebendig gehalten werden. Das Dokumentationszentrum
300 und Museum über die Migration in Deutschland (DoMiD e.V.) leistet dafür einen
301 wichtigen Beitrag, was wir auch in Zukunft unterstützen werden. Wir wollen
302 darüber hinaus die Geschichte der Migration als gesamtgesellschaftliche
303 Geschichte von NRW stärken.

304 Wir setzen uns dafür ein, dass alle gleichermaßen sichtbar sind, dieselben
305 Chancen auf Teilhabe haben und ihre Stimmen Gehör finden. Wir wollen deshalb
306 Mehrsprachigkeit fördern und ihre Anerkennung in unserer Gesellschaft stärken,
307 internationale Menschenrechtsbildung ausbauen und Organisationen und
308 Vertretungen von Menschen mit Einwanderungsgeschichte stärker fördern und
309 einbeziehen. Ihre angemessene Repräsentation insbesondere in öffentlichen
310 Institutionen ist eine Aufgabe, die wir mit Nachdruck vorantreiben werden.

311 Wir sehen NRW auch in der Verantwortung, erinnerungskulturelle Angebote noch
312 breiter zu fassen und auch die deutsche sowie europäische Kolonialgeschichte und
313 ihre Folgen bis hin zu wirtschaftlichen Verflechtungen bis in die Gegenwart
314 systematisch aufzuarbeiten. Hierzu wollen wir ein Konzept entwickeln, das sowohl
315 die historische Aufarbeitung der Verantwortung in NRW als auch eine
316 Auseinandersetzung mit dem Thema in Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie in
317 Stadt-Quartieren umfasst.

318 **Gemeinsam gegen Diskriminierung: Antidiskriminierungsgesetz** 319 **einführen und Antidiskriminierungsarbeit ausweiten**

320 Jeder Mensch ist unterschiedlich, das macht unser Zusammenleben interessant und
321 dynamisch. Wir wollen eine Gesellschaft, in der sich alle Menschen mit
322 Selbstvertrauen und ohne Angst entfalten können. Die Chancen in unserem Land
323 sind aber immer noch nicht gleich verteilt. Immer noch erleben Menschen wegen
324 ihres Namens, aufgrund einer rassistischen Zuschreibung ihrer Religion, ihres
325 Geschlechts, ihrer sexuellen Identität, aufgrund einer Behinderung oder ihrer
326 sozialen Herkunft Diskriminierungen am Arbeitsplatz, bei der Wohnungssuche oder
327 in der Freizeit. Oft werden Menschen aufgrund mehrerer Merkmale diskriminiert
328 und manchmal führt eine Benachteiligung zu weiteren. Benachteiligungen gibt es
329 in vielen alltäglichen Lebensbereichen, wie in der Schule, Ausbildung oder bei
330 Behördengängen. Diskriminierung in Institutionen und Behörden findet dabei nicht
331 unbedingt als absichtsvolle Benachteiligung von Einzelpersonen statt, sondern
332 hier spiegeln sich noch immer Stereotype und Vorurteile – bewusst oder unbewusst
333 – wider. Diesen strukturellen Benachteiligungen werden wir mit mehreren
334 Maßnahmen entgegenwirken.

335 Wir wollen es allen Menschen ermöglichen, Diskriminierungen in den
336 Zuständigkeitsbereichen des Landes – wie etwa der Schule oder der Polizei – zu

337 melden und gegen diese auch rechtlich vorzugehen. Die Möglichkeit für
338 Betroffene, sich effektiv gegen erlebte Diskriminierung zu wehren, werden wir
339 mit einer Landesantidiskriminierungsstelle und einem
340 Landesantidiskriminierungsgesetz ausbauen. Indem wir ein Verbandsklagerecht
341 einführen, können sich Betroffene auf Wunsch auch von ihren Verbänden vertreten
342 lassen.

343 Gleichzeitig braucht es ein engmaschiges und niedrigschwelliges Unterstützungs-
344 und Beratungsnetz für alle Formen von Diskriminierung. Die bisherigen
345 Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit wollen wir deshalb flächendeckend
346 ausbauen. Eine Landesantidiskriminierungsstelle vertritt diese Servicestellen
347 auf Landesebene und schafft innovative Wege, um die Bevölkerung über
348 Diskriminierungsformen aufzuklären. Mit eigenen Studien soll die
349 Landesantidiskriminierungsstelle Diskriminierung und strukturelle
350 Benachteiligungen offenlegen und gleichzeitig Handlungsempfehlungen für die
351 Antidiskriminierungspolitik in NRW erarbeiten.

352 **Behörden der Zukunft: Partnerinnen der Vielfalt**

353 Unsere Behörden sollen ein Spiegelbild und Dienstleister unserer vielfältigen
354 Gesellschaft sein. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind wichtige
355 Ansprechpartner*innen für Anliegen und Probleme. Egal, ob es um einen neuen Pass
356 oder um Wohngeld geht, der Gang zum Amt sollte für Jede*n gleichermaßen
357 zugänglich, verbindlich und verständlich sein.

358 Unser Ziel ist es, die Verschiedenheit unserer Gesellschaft, die wir in NRW
359 bereits leben und die uns ausmacht, in unsere Verwaltung zu tragen und sie dort
360 zu verankern. Darin unterstützen wir unsere Landesbehörden und Kommunen. Daher
361 intensivieren wir für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf Landesebene
362 Weiterbildungsmaßnahmen, die internationale Menschenrechte, Interkulturalität
363 und Antidiskriminierung beinhalten und führen verpflichtende Fortbildungsmodule
364 ein. Mehrsprachigkeit in Behörden, bei der Polizei und in Notdiensten bauen wir
365 aus, egal, ob der Kontakt online, telefonisch oder persönlich erfolgt. Unser
366 Ziel ist, dass öffentliche Einrichtungen für die soziale, kulturelle und
367 geschlechtliche Vielfalt unserer Gesellschaft sensibilisiert sind und diese
368 selbst abbilden. Dafür entwickeln wir verbindliche und messbare Zielvorgaben in
369 den Behörden. Auch sollten sich Führungskräfte mit internationaler Biographie in
370 den Verwaltungen stärker miteinander vernetzen können. Wenn Beschäftigte des
371 Landes rechtsextremes und menschenverachtendes Handeln an den Tag legen, muss
372 konsequent mit den Mitteln des Straf- und Disziplinarrechts dagegen vorgegangen
373 werden.

374 **Barrierefrei leben – Teilhabe ohne Schranken**

375 Jeder Mensch hat eigene Wünsche und Träume. Sie können sich auf die Berufswahl
376 beziehen, auf Freizeitaktivitäten oder eine bestimmte Wohnform, in der man leben
377 möchte. Die Chancen, sich eigene Ziele zu stecken und diese zu erreichen, müssen
378 in einer diversen und inklusiven Gesellschaft gleich verteilt sein. Die UN-
379 Behindertenrechtskonvention basiert auf dem Menschenrecht auf eine
380 gleichberechtigte Teilhabe. Ihre Umsetzung werden wir auf Basis des
381 weiterzuentwickelnden Aktionsplans konsequent voranbringen und gleichzeitig das
382 Inklusionskataster und die Teilhabeberichterstattung ausbauen. Wir statten die
383 Monitoringsstelle für die Behindertenrechtskonvention bedarfsgerecht aus und
384 stärken die Unabhängigkeit der Landesbeauftragten für Inklusion und
385 Patient*innen. Mehr Teilhabe geht nur, wenn Menschen mit Assistenz- und
386 Hilfsmittelbedarf schnelle und unbürokratische Hilfe erhalten. Wer eingeschränkt

387 sehfähig oder im Rollstuhl unterwegs ist, sollte ohne große Umwege und ohne
388 fremde Hilfe das Ziel erreichen können. Menschen, egal ob mit oder ohne
389 Behinderung, sollen den Beruf erlernen oder in die Selbstständigkeit gehen
390 können, für die sie sich interessieren. Sich ehrenamtlich zu engagieren, zum
391 Beispiel ein politisches Mandat zu bekleiden oder in einem Sportverein
392 mitzuwirken, soll allen Menschen möglich sein. Auf dem Arbeitsmarkt erleichtern
393 wir Unternehmen und Ausbildungsbetrieben, ihre Pflicht tatsächlich zu erfüllen,
394 Menschen mit Behinderung einzustellen und überzeugen sie von den Vorteilen. Wir
395 planen Barrierefreiheit durch Änderungen im Bauwesen und der
396 Quartiersentwicklung von Beginn an ein, wenn öffentliche Gebäude oder Wohnungen
397 gebaut werden. Politische Abläufe und Verwaltungsprozesse kommunizieren wir in
398 leichter Sprache, in Gebärdensprache, mit Untertiteln oder in Blindenschrift
399 barrierefrei und für alle Menschen leicht verständlich. Dabei berücksichtigen
400 wir auch die besonderen Interessen von Menschen mit nicht-sichtbaren
401 Behinderungen oder psychischen Erkrankungen. Wir tauschen uns im
402 Inklusionsbeirat auf Augenhöhe mit Betroffenen aus und fördern die organisierten
403 Selbstvertretungen von Menschen mit Behinderung stärker. Gemeinsam finden wir
404 Lösungen für die Bereiche, die noch nicht für alle auffindbar, zugänglich und
405 nutzbar sind. Nur so garantieren wir echte Teilhabe.

406 **Lernen für religiöse Vielfalt und Toleranz**

407 Ob und was Schüler*innen in NRW glauben, wird immer vielfältiger. Deshalb ist es
408 wichtig, dass jede*r Schüler*in von der ersten Klasse an wirklich die freie Wahl
409 hat, am konfessionellen Religionsunterricht teilzunehmen oder nicht. Ab der
410 ersten Klasse soll flächendeckend Praktischer Philosophieunterricht angeboten
411 werden. Hemmnisse für den seit 2015 möglichen Umbau von Bekenntnisschulen in
412 bekenntnisfreie Grundschulen werden wir abbauen. Wir unterstützen den
413 islamischen Religionsunterricht auf Grundlage unserer Verfassung. Er leistet
414 einen wichtigen Beitrag für die Gleichberechtigung und Integration muslimischen
415 Lebens. Dafür wird eine entsprechende akademische Ausbildung des Lehrpersonals
416 in Deutschland, in unserem Fall in NRW, benötigt. Wir wollen die Stimmen
417 liberaler Muslime in der Kommission für islamischen Religionsunterricht stärken.
418 Aus anderen Staaten gesteuerte Verbände gehören nicht in die Kommission.
419 Mittelfristig wollen wir den Religionsunterricht im Diskurs mit den
420 Religionsgemeinschaften – auf Basis des Grundgesetzes, in dem dieses Fach
421 verankert ist – zu einem kooperativ-konfessionellen Unterricht weiterentwickeln,
422 der auch den islamischen Religionsunterricht mit einbezieht.

423 **Das Recht auf Religionsfreiheit schützen**

424 Religion ist für viele Menschen in NRW ein wichtiger Bestandteil ihres Alltags
425 und prägender Teil der eigenen Identität und der Deutung der Welt. Die Freiheit,
426 den eigenen Glauben zu leben, ist ein Menschenrecht ebenso wie das Recht, keine
427 Weltanschauung oder Religion auszuüben. Der Staat muss diese Rechte
428 gewährleisten und schützen. Religionsgemeinschaften sind wichtiger Teil unserer
429 Zivilgesellschaft. In ihnen engagieren sich viele Menschen für die Gemeinschaft,
430 sie sind Räume für Engagement und prägen und bieten Heimat. Voraussetzung für
431 einen positiven Beitrag zur demokratischen Gesellschaft ist, dass
432 Religionsgemeinschaften die Grundprinzipien der Verfassung achten, sich dem
433 öffentlichen Diskurs stellen und nicht fundamentalistisch agieren. Das gilt
434 insbesondere dann, wenn sie mit dem Staat kooperieren. Islamische Gemeinschaften
435 können und sollen als Religionsgemeinschaften anerkannt werden, wenn sie die
436 rechtlichen Voraussetzungen dafür erfüllen, denn muslimisches Leben gehört zu
437 NRW. Die vier großen muslimischen Verbände erfüllen diese Voraussetzungen aber

438 derzeit nicht. Wir unterstützen die Imam-Ausbildung in NRW und werden
439 muslimisches Engagement fördern. Jüdinnen und Juden sind ein Teil unserer
440 vielfältigen Gesellschaft. Gemeinsam mit den jüdischen Gemeinden und
441 Institutionen wollen wir die Vielfalt jüdischen Lebens noch sichtbarer machen
442 und Begegnung und Austausch ermöglichen. Antisemitismus in all seinen Facetten
443 werden wir uns konsequent entgegenstellen.

444 **Verhältnis von Staat und Kirche weiterentwickeln**

445 Die christlichen Kirchen sind für uns ein wichtiger Bündnispartner im Kampf für
446 Menschenrechte, die Seenotrettung, den Kampf gegen die Klimakrise oder für eine
447 gerechtere Welt. Das Land und die Kommunen pflegen viele Kooperationen mit ihnen
448 – etwa in den Bereichen Bildung, Kinder- und Jugendarbeit oder
449 Gesundheitsversorgung. Diese gewachsene Beziehung wollen wir erhalten und wo
450 nötig weiterentwickeln, denn der Staat muss selbst grundsätzlich weltanschaulich
451 neutral handeln. Daher verbietet sich die "Ehrfurcht vor Gott" als allgemeines
452 Bildungsziel. So plädieren wir für eine Novelle des Feiertagsgesetzes, die an
453 „stillen“ Feiertagen das bestehende, generelle Verbot von Kultur- und
454 Tanzveranstaltungen überwindet, sofern sie keinen störenden Charakter haben.
455 Außerdem wollen wir, dass Allen ein individueller Feiertag im Rahmen der
456 bestehenden Urlaubsregelungen ermöglicht wird – sowohl in der Schule wie auch im
457 Arbeitsleben. Wir unterstützen das Anliegen, die Kirchenaustrittsgebühr und mit
458 dem Austritt einhergehende bürokratische Hürden abzuschaffen und im öffentlichen
459 Dialog mit den Kirchen dem Auftrag des Grundgesetzes endlich nachzukommen und
460 die altrechtlichen Staatsleistungen abzulösen.

461 **Wir fördern Selbstbestimmung und Gleichstellung**

462 **Die Hälfte der Macht den Frauen**

463 Es ist Zeit für eine feministische Regierung und Politik in NRW, mit der wir uns
464 alle gemeinsam für Geschlechtergerechtigkeit einsetzen. Frauen verdienen die
465 Hälfte der Macht – im Landtag und in den Gemeinderäten genauso wie in
466 Schlüsselstellen der Verwaltung. Gremien besetzen wir deshalb grundsätzlich
467 mindestens zur Hälfte mit Frauen. Mit einem Paritätsgesetz sorgen wir dafür,
468 dass zur Wahl des Landtags 2027 auch in den anderen Parteien deutlich mehr
469 Frauen auf den Landeslisten und in den Direktwahlkreisen zur Wahl stehen.
470 Gleichstellung ist eine Querschnittsaufgabe, denn sie berührt alle politischen
471 und gesellschaftlichen Bereiche: die Stadtplanung genauso wie die Planung von
472 Kitas und Ganztagsbetreuung, die Wirtschaftsförderung oder die Unterstützung
473 lokaler Projekte und Initiativen. Wir sorgen dafür, dass die Interessen und
474 Bedarfe von allen Geschlechtern bei allen politischen Entscheidungen
475 berücksichtigt werden.

476 Das Land und die Kommunen bewegen Gelder in Milliardenhöhe, planen Straßen,
477 unterstützen Unternehmen und investieren viel Geld in die kommunale
478 Infrastruktur. Haushaltspolitik ist aber nicht geschlechterblind.
479 Finanzentscheidungen haben unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer.
480 Wir stärken eine geschlechtergerechte Haushaltspolitik durch die konsequente
481 Umsetzung eines Gender-Budgeting-Ansatzes und stellen sicher, dass öffentliche
482 Investitionen und Ausgaben den Geschlechtern gleichermaßen zugutekommen. Für die
483 echte Chancengleichheit von Frauen und Männern benötigen wir Forschung zum Thema
484 Geschlechtergerechtigkeit. Wir möchten daher den Wissenschaftsbereich der Gender
485 Studies fördern und ausbauen, um große Erkenntnislücken endlich zu schließen und
486 wissenschaftlich fundiert Politik zu machen.

487 **Frauen verdienen – Wirtschaftliche Unabhängigkeit stärken**

488 Unser Ziel: Frauen verdienen für gleichwertige Arbeit den gleichen Lohn, sind
489 wirtschaftlich unabhängig und im Alter gut abgesichert. Was selbstverständlich
490 klingt, muss endlich Realität werden! Wir setzen uns ein für eine gleiche
491 Bezahlung und faire Arbeitsbedingungen in allen Berufsfeldern. Die
492 systemrelevanten Care-Berufe wie Pflege und Erziehung, die zu über 70 Prozent
493 von Frauen ausgeübt werden, sollen finanziell und strukturell aufgewertet
494 werden. Und wir nutzen die Möglichkeiten der Landespolitik, um die
495 wirtschaftliche Situation von Frauen zu verbessern und Beruf und Familie besser
496 „unter einen Hut“ zu bekommen. Grundlage dafür ist die Qualität und Quantität
497 von Betreuungsplätzen in Kindertagespflege, Kita und Ganztagsbetreuung in den
498 Schulen zu erhöhen.

499 **Queeres Leben in NRW – selbstbestimmt und** 500 **diskriminierungsfrei**

501 Wir streiten seit unserer Gründung dafür, dass Lesben, Schwule, bisexuelle,
502 trans*, inter*, nicht binäre und queere Menschen (LSBTIQ*) mit und ohne
503 Fluchtgeschichte in NRW selbstbestimmt, ohne Ausgrenzung und Angst leben können.
504 Vielfalt ist gelebter Alltag in unserem Land und die vielen CSDs und Pride
505 Demonstrationen haben längst einen festen Platz in unserer Gesellschaft.
506 Trotzdem gehören Ausgrenzung und Diskriminierung für viele queere Menschen zu
507 ihren alltäglichen Erfahrungen. Deshalb werden wir Betroffenen und Verbänden das
508 Recht geben, rechtlich gegen Diskriminierung vorzugehen. Das schreiben wir in
509 einem Landesantidiskriminierungsgesetz fest. Wir stärken queeres Leben und die
510 Vielfalt unserer Zivilgesellschaft, indem wir den „Aktionsplan für queeres
511 Leben“ weiterentwickeln und konsequent umsetzen. Er sorgt für Gleichstellung
512 durch Aufklärung, Bildung und Schutz, soll in allen Ministerien umgesetzt und
513 als Querschnittaufgabe dauerhaft verankert werden. Wir bauen das Angebot von
514 niedrigschwelliger und intersektionaler Beratung, Koordination, Kinder- und
515 Jugendarbeit, Senior*innenarbeit, psychosozialer Beratung und Selbsthilfegruppen
516 aus und stärken es. Insbesondere auch jenseits der großen Städte wollen wir
517 Angebote schaffen und bestehende finanziell absichern. Wir unterstützen das
518 vielfältige zivilgesellschaftliche Engagement der queeren Community und werden
519 es auch langfristig finanziell besser unterstützen. Außerdem legen wir ein
520 wirksames Konzept für die Bekämpfung von Hasskriminalität vor. Dazu gehören
521 fachlich qualifizierte und lokal verankerte Kontaktstellen für LSBTIQ*, die
522 Opfer von Hasskriminalität und Gewalt geworden sind und verpflichtende
523 Fortbildungen in der Polizei zur Sensibilisierung zu LSBTIQ*-Themen und
524 Hassverbrechen. Die Geschichte der Diskriminierung und Verfolgung queerer
525 Menschen in unserem Land werden wir aufarbeiten, Opfer entschädigen und Orte der
526 Erinnerung schaffen.

527 **Sexarbeiter*innen verdienen unsere Unterstützung**

528 Wir trennen klar zwischen Sexarbeit und Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung.
529 Letzterer ist ein abscheuliches Verbrechen, das wir mit allen Mitteln bekämpfen.
530 Sexarbeiter*innen brauchen, wie andere Berufstätige auch, sichere
531 Arbeitsbedingungen sowie eine Kranken- und Sozialversicherung. Wir sichern
532 spezialisierte Beratungsstellen, insbesondere im ländlichen Raum, die
533 Sexarbeiter*innen beraten, unterstützen und bei Bedarf auch Hilfe beim Ausstieg
534 aus der Sexarbeit leisten. Wir stärken die rechtliche und soziale Lage von in
535 der Sexarbeit tätigen und wirken Diskriminierung und Stigmatisierung entgegen.
536 Das geht am besten, wenn wir mit den Betroffenen im Austausch stehen und ihre
537 Lebensrealität genau kennen. Wir werden den Runden Tisch Prostitution wieder ins
538 Leben rufen.

539 **Wir schützen Menschenrechte: Humanitär und fair**
540 **für Geflüchtete**

541 **NRW wird sicherer Hafen: Landesaufnahmeprogramm für**
542 **Geflüchtete**

543 Wir wollen jenen Menschen Schutz bieten, die vor Gewalt und Krieg fliehen
544 müssen. Aber noch immer verharren Geflüchtete dicht gedrängt in provisorischen
545 Lagern auf den griechischen Inseln oder an den europäischen Außengrenzen. Noch
546 immer ertrinken jedes Jahr Menschen auf der Flucht im Mittelmeer. Die
547 europäische Flucht- und Asylpolitik muss menschlicher werden. Statt die Festung
548 Europa weiter auszubauen und uns abzuschotten, müssen wir neue und verschiedene
549 Zugänge schaffen und Zuwanderung erleichtern. Wir unterstützen das Engagement
550 von zivilen Seenotretter*innen. Sie springen dort ein und retten Menschenleben,
551 wo die Institutionen der Mitgliedsstaaten und der Europäischen Union versagen.
552 Wir unterstützen die Pläne des Bundes, eine staatlich koordinierte und
553 europäisch getragene Seenotrettung im Mittelmeer einzurichten. Wir stehen an der
554 Seite der zahlreichen Kommunen in NRW, die Geflüchteten in Not einen Sicheren
555 Hafen bieten. Mit einem eigenen Landesaufnahmeprogramm wollen wir diese
556 Bereitschaft zur Aufnahme von Menschen in besonders prekären Notsituationen, wie
557 etwa für aus Seenot Gerettete, unterstützen. So soll das Land in Zusammenarbeit
558 mit den Kommunen die Möglichkeit erhalten, Menschen auf der Flucht bei uns
559 Schutz zu bieten. Zudem wollen wir erreichen, dass sich NRW mit einem
560 Sonderprogramm an der Aufnahme jesidischer Frauen aus dem Nordirak beteiligt.

561 **Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten: dezentral,**
562 **kommunal und humanitär**

563 Wir brauchen klare Maßstäbe für die Unterbringung und Versorgung von
564 Geflüchteten hier in NRW. Die individuellen Bedürfnisse, Wünsche und
565 Möglichkeiten von Kindern, Familien oder chronisch Kranken müssen wir dabei
566 stets im Blick behalten. Lange Aufenthaltszeiten in Landesunterkünften lehnen
567 wir ab. Das Konzept von Zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE) halten wir
568 für gescheitert. Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir weg von übergroßen und
569 isolierten Einrichtungen hin zu dezentralen und kleineren Wohneinheiten mit
570 genügend persönlichen Rückzugsorten. Denn gerade zu Beginn brauchen Menschen mit
571 einer Fluchtgeschichte Ruhe und Privatsphäre in geschützten Räumen, wo sie
572 ankommen und sich sicher fühlen können. Wir schaffen Schutzräume für Frauen,
573 Kinder und queere Geflüchtete. Ehrenamtliche, die freie Wohlfahrtspflege und
574 andere zivile Akteure leisten bei der Beratung und Betreuung der Geflüchteten
575 einen unerlässlichen Beitrag, den wir hoch schätzen und weiterhin stärken
576 wollen. Allerdings kann und darf die ehrenamtliche Unterstützungsarbeit die
577 staatliche Grundversorgung nicht ersetzen. Ebenso ist eine umfassende
578 Gesundheitsversorgung zentral. Auch hier wollen wir neue Standards setzen, die
579 helfen, Erkrankungen frühzeitig zu identifizieren und entsprechend zu behandeln.
580 Auch für psychische Beratungen, besonders für Mädchen und Frauen, wollen wir
581 einen niedrigschwelligen Zugang schaffen. Geflüchteten Kindern, die in den
582 Landesunterkünften untergebracht sind, werden wir den Zugang zum Unterricht in
583 Regelschulen ermöglichen.

584 Eine gute Flüchtlings- und Integrationspolitik gelingt nur im Schulterschluss
585 mit den Kommunen. Wir wollen daher den Austausch zwischen den Kommunen, etwa den
586 Kommunalen Integrationszentren und dem Land in diesem Bereich ausbauen und die
587 Kommunen dabei unterstützen, gemeinsam verbindliche Standards für
588 Flüchtlingsunterkünfte zu entwickeln, die die individuellen Schutzbedürfnisse
589 der Betroffenen beachten. Um die Kommunen hier zu unterstützen, erhöhen wir die

590 Pauschale im Flüchtlingsaufnahmegesetz, die keine Unterscheidung zwischen
591 Asylbewerber*innen und Geduldeten macht, sodass die Kosten für die Kommunen
592 angemessen sind.

593 **Integration von Anfang an ermöglichen und sichere** 594 **Bleibperspektiven schaffen**

595 Wir wollen Integrations-, Teilhabeangebote und Sprachkurse von Anfang an für
596 alle Geflüchteten ermöglichen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus und der
597 Bleibeperspektive. Sie schaffen für die Ankommenden die Basis für ein
598 eigenständiges Leben in unserer Gesellschaft. Der Verbleib in internationalen
599 Förderklassen soll sich nach den individuellen Bedarfen richten und kann
600 entsprechend verlängert werden. Damit auch Frauen mit Kindern die Kurse belegen
601 und erfolgreich abschließen können, bauen wir begleitende
602 Kinderbetreuungsangebote aus. Als wichtige Partner wollen wir die kommunalen und
603 zentralen Ausländerbehörden stärker in Integrationsprozesse einbinden. Diese
604 neuen „Willkommensbehörden“ sollen Migrant*innen, insbesondere Geflüchtete, bei
605 ihrem Weg zu mehr gesellschaftlicher Teilhabe und Arbeitsmarktintegration
606 begleiten und fördern und ebenso die Spielräume für Bleibeperspektiven für
607 Geduldete weitreichend nutzen. Dieses Modell setzt auf individuelle und aktive
608 Beratung sowie Zusammenarbeit mit den Klient*innen. Wir setzen uns beim Bund
609 dafür ein, dass Abschiebehindernisse gewahrt bleiben und besonders zu schützende
610 Personengruppen wie Sinti*zze und Rom*nja, LSBTIQ* und wegen Gewalt gefährdete
611 Frauen vor einer Abschiebung in Unrechtsregime und Kriegsregionen bewahrt
612 werden. Asylverfahren müssen zügiger bearbeitet werden, aber gleichzeitig immer
613 fair, individuelle Bedürfnisse berücksichtigen und transparent sein. Die
614 Anforderungen an Asylbewerber*innen müssen sich immer am praktisch Leistbaren
615 orientieren. Bei einer Aufenthaltsbeendigung müssen Abschiebungen immer das
616 letzte Mittel sein. Wir setzen uns dafür ein, mildere Mittel zur Abschiebehaft
617 als Alternative auszuschöpfen und wollen garantieren, dass die Rechte der
618 Betroffenen geachtet werden. Perspektivisch setzen wir uns für die Abschaffung
619 der Abschiebehaft ein. Denn die Inhaftierung von Menschen, die sich nichts haben
620 zuschulden kommen lassen, stellt eine massive Einschränkung ihrer Rechte dar.
621 Abschiebungen in Kriegs- und Krisenländer, wie aktuell Afghanistan und Syrien,
622 lehnen wir grundsätzlich ab.

623 **Wir stärken das Vertrauen in den Rechtsstaat** 624 **Justiz modernisieren und entlasten**

625 Unsere Gerichte und Staatsanwaltschaften kämpfen schon jetzt mit Personalmangel.
626 Unbesetzte Stellen in der IT gefährden die Digitalisierung der Justiz. In den
627 nächsten Jahren werden überdurchschnittlich viele Richter*innen und
628 Staatsanwält*innen in Pension gehen. Darauf müssen wir frühzeitig reagieren.
629 Deshalb benötigen wir moderne, flexiblere und familienfreundlichere Strukturen,
630 die insbesondere für Frauen die Tätigkeit in der Justiz attraktiver machen. Die
631 Justiz muss zudem ein besonderes Augenmerk darauf richten, die Vielfalt der
632 Bevölkerung in Ihren Reihen abzudecken - gerade auch in den Führungsebenen.
633 Migrationsgeschichte oder eine Vielfaltdimension darf kein Hindernis sein.
634 Momentan ist die Justiz mit zu vielen Aufgaben betraut. Dadurch dauern Verfahren
635 viel zu lang. Um die Strafverfolgung effektiver zu machen, werden wir die Justiz
636 neben einer Personalaufstockung von einigen Aufgaben entlasten. Wir werden die
637 gesetzlichen Bestimmungen dafür schaffen, dass in Nordrhein-Westfalen niemand
638 wegen Bagatelldelikten zu einer Haftstrafe verurteilt wird. Hierzu werden wir
639 Vereinbarungen mit den Verkehrsverbänden abschließen, um ticketloses Fahren als
640 nicht anzuzeigenden Vertragskonflikt einzustufen. Zudem wollen wir die NRW-

641 Richtlinien zum Besitz und Konsum von Cannabis anpassen und den Grenzwert auf 15
642 Gramm anheben. Ersatzfreiheitsstrafen wollen wir weitgehend abschaffen und durch
643 ein System der Abgeltung durch gemeinnützige Arbeit ersetzen. Auch den
644 Jugendarrest, insbesondere den Freizeitarrrest, wollen wir auf den Prüfstand
645 stellen. Sie sind als Mittel der Abschreckung wie auch der Erziehung ungeeignet.
646 Wir halten individuelle Angebote für sinnvoller. Besonders der so genannte
647 Warnschussarrest widerspricht dem wichtigen Strafrechtsgrundsatz der
648 Verhältnismäßigkeit. Wir unterstützen zudem die geplante Verstetigung des Paktes
649 für den Rechtsstaat zwischen Bund und Ländern und die Erweiterung um einen
650 Digitalpakt.

651 **Unfaire Geldstrafen durch gemeinnützige Arbeit ersetzen**

652 Wir wollen Ersatzfreiheitsstrafen weitgehend abschaffen und durch ein System der
653 Abgeltung durch gemeinnützige Arbeit ersetzen. Ein wichtiges Prinzip des
654 Rechtsstaates ist es, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind und Strafen
655 ohne Ansehen der Person von unabhängigen Gerichten verhängt werden. Das ist
656 derzeit nicht uneingeschränkt gewährleistet, da verhängte Geldstrafen von
657 Menschen mit entsprechendem wirtschaftlichem Hintergrund leicht aus der
658 Portokasse bezahlt werden können, arme Menschen hingegen in manchen Fällen
659 ersatzweise ins Gefängnis müssen. Das ist nicht nur ungerecht und bestraft
660 Vermögenslose doppelt, es erzielt auch nicht den erhofften abschreckenden Effekt
661 bei Vermögenden. Die Abgeltung von (Geld-)Strafen durch gemeinnützige Arbeit
662 gibt der Gesellschaft etwas zurück und dürfte einen stärkeren
663 selbstreflektierenden Effekt haben.

664 **Bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen in Haftanstalten**

665 Eine Gesellschaft muss sich auch daran messen lassen, wie sie mit
666 Straftäter*innen umgeht. Und auch diejenigen, die mit Inhaftierten arbeiten,
667 haben gute Arbeitsbedingungen verdient. Wir streben eine Verbesserung des
668 Personalschlüssels an und wollen den Berufsweg im Justizvollzugsdienst insgesamt
669 attraktiver gestalten. Denn die Beschäftigten in den Haftanstalten kämpfen mit
670 einer sehr hohen Arbeitsbelastung und Überstunden-Kontingenten. Das führt zu
671 einem erhöhten Krankenstand und Einschränkungen für die Gefangenen (weniger
672 Unterricht, Sportangebote, Therapieplätze, Arztbesuche usw.). Einen Schwerpunkt
673 bei zusätzlich geschaffenen Stellen sollten die Fachdienste im psychologischen,
674 pädagogischen, seelsorgerischen und medizinischen Bereich bilden. Die Freien
675 Träger der Straffälligenhilfe sind wichtig für erfolgreiche Resozialisierung.
676 Inhaftierte haben einen Anspruch auf eine humane Unterbringung. Der jetzige, oft
677 baufällige Zustand einiger Haftanstalten darf deshalb kein Dauerzustand bleiben.
678 Zudem birgt er Sicherheitsrisiken, wie zum Beispiel mangelnden Brandschutz. Eine
679 Modernisierungsoffensive bietet dabei auch Chancen für eine menschenwürdige
680 Neukonzeption von Haftanstalten in baulicher und architektonischer Hinsicht.
681 Damit werden Möglichkeiten geschaffen, Vollzugspläne bzw. -ziele
682 erfolgsversprechender umzusetzen und auch den Bediensteten den Arbeitsalltag zu
683 erleichtern. Damit Menschen seltener erneut straffällig werden, muss auch der
684 persönliche Umgang mit Inhaftierten respektvoller werden. Zusätzlich braucht es
685 Modellprojekte nach norwegischem Vorbild mit Vorbereitung und Unterstützung bei
686 der privaten und beruflichen Wiedereingliederung.

687 **Einfach an dein Recht kommen**

688 Jeder Mensch in NRW muss einfach an sein Recht kommen. Wir wollen, dass
689 Menschen, die aufgrund ihrer persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnisse
690 nicht aus eigenen Mitteln den Rechtsweg beschreiten können, noch besser proaktiv

691 über ihre Rechte und Möglichkeiten zu Beratungs-, Verfahrens- und
692 Prozesskostenhilfe in einfacher und verständlicher Sprache aufgeklärt werden.

693 Wir werden mit konkreten Projekten das Vertrauen in unseren Rechtsstaat stärken.
694 So wird unter anderem nach dem Berliner Vorbild das Projekt „Wir im Rechtsstaat“
695 auch in Nordrhein-Westfalen eingeführt. Hier geben Richter*innen und
696 Staatsanwält*innen halbtägige Kurse, in denen Bürger*innen über ihre Rechte und
697 Pflichten im deutschen Rechtsstaat aufgeklärt werden. Die Kurse werden z.B. in
698 Vereinen, Flüchtlingsunterkünften oder Schulen stattfinden.

699 Jede*r Bürger*in hat in Nordrhein-Westfalen das Recht auf ein faires Verfahren.
700 Das ist in unserem Rechtsstaat eine zentrale Botschaft, auf die Verlass sein
701 muss. Vorurteile und Pauschalisierungen sind bestehende Hindernisse, die diesem
702 Recht entgegensteht. Mit Aktionstagen und Fortbildungen sensibilisieren wir alle
703 Mitarbeitenden in der Justiz für Vielfaltsthemen wie Migration, Religion,
704 Behinderung, Gender und LSBTQI*, um individuelle und strukturelle Barrieren
705 abzubauen und um zukünftig untereinander und im Umgang mit Bürger*innen
706 möglichst diskriminierungsfrei zu agieren.

707 **Starkes Recht gegen Hass und Hetze**

708 Das Internet und Soziale Medien nehmen immer mehr Platz im gesellschaftlichen
709 Leben ein. Neben vielen Erleichterungen und neuen Möglichkeiten sich zu
710 vernetzen sind dort auch Räume für verachtende, beleidigende, rassistische und
711 diskriminierende Kommentare und Handlungen entstanden. Diese „Hate Speech“ kann
712 für die direkt Betroffenen auch in der analogen Welt zur echten Gefahr werden.
713 Zudem ist „Hate Speech“ schädlich für die demokratische Debattenkultur, da
714 rechtsextreme Akteure immer wieder versuchen, demokratische Positionen, die für
715 Vielfalt und Minderheitenrechte einstehen, zum Verstummen zu bringen. Zur
716 Bekämpfung von Hassrede und Gewalt im Netz sind eine effektive Strafverfolgung,
717 eine zwischen Bund und Land gut verzahnte Meldestruktur, eine personell gut
718 ausgestattete Beratungsstruktur sowie Öffentlichkeitskampagnen notwendig, die
719 sich Hass und Hetze entgegenstellen. Wir werden außerdem die Zentral- und
720 Ansprechstelle „Cybercrime“ in der Justiz sowie das Cybercrime Kompetenzzentrum
721 bei Landeskriminalamt NRW im Bereich „Hate-Speech“ ausbauen und speziell
722 geschulte Ansprechpersonen für Betroffene bei der Staatsanwaltschaft und in der
723 Polizei einsetzen.

724 **Wir sichern den Schutz vor Gewalt**

725 **Kinder besser schützen**

726 Nicht erst seit den furchtbaren Fällen von Kindesmissbräuchen in Lügde, Münster
727 und Bergisch-Gladbach wissen wir: Beim Schutz von Kindern vor sexualisierter
728 Gewalt – im persönlichen Umfeld und im Internet – sowie anderen Formen der
729 Kindeswohlgefährdung, bleibt weiter viel zu tun. Der Untersuchungsausschuss zu
730 den Fällen sexualisierter Gewalt in Lügde hat gravierende Mängel in der
731 staatlichen Struktur zum Schutz von Kindern aufgedeckt. Diese vielschichtigen
732 Mängel wollen wir mit großem Nachdruck beseitigen. Gemeinsam mit den Kommunen
733 und den Landesjugendämtern werden wir dafür sorgen, dass überall in NRW die
734 gleichen fachlichen und personellen Standards in der Jugendhilfe gelten. Wir
735 stärken die bestehenden Netzwerke des Kinderschutzes vor Ort. So werden wir die
736 alltagsstabilisierende Soforthilfen nach der Aufdeckung sexualisierter
737 Gewalterfahrung und anderer Formen der Kindeswohlgefährdung ausbauen. Alle am
738 Kinderschutz Beteiligten aus Jugendhilfe, Justiz, Polizei, Bildungs- und
739 Gesundheitswesen arbeiten in Zukunft in verlässlichen und dauerhaften Netzwerken
740 zusammen. Die Koordination dieses Netzwerkes in der Kommune finanziert das Land.

741 Wir richten die Stelle eines*einer unabhängigen Landesbeauftragten für die
742 Belange des Kinderschutzes und der Kinderrechte ein. Bei der Stelle der*des
743 Beauftragten soll ein Betroffenenrat angesiedelt sein, um Betroffene besser
744 einzubeziehen. Zu den Aufgaben der*des Beauftragten gehört auch die Aufarbeitung
745 von sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in der Vergangenheit, u.a. in
746 der Kirche und in anderen gesellschaftlichen Institutionen. Wir stärken
747 kindgerechte Verfahren in Justiz und Polizei sowie die Fortbildung von
748 Richter*innen und Staatsanwält*innen und in der Polizei. Dort sollen auch
749 Kompetenzen bei kindgerechten Vernehmungen gestärkt werden. Wir wollen dafür
750 sorgen, dass den Betroffenen bei der Polizei kompetente Partner*innen zur Seite
751 stehen.

752 **Gewalt gegen Frauen und genderqueere Personen entschieden** 753 **bekämpfen**

754 Jede Frau, die von Gewalt betroffen oder bedroht ist, muss in NRW Unterstützung
755 und Schutz finden. Das ist unser Anspruch. Dafür stärken wir das bestehende
756 System der Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen, Notrufe und
757 Interventionsstellen. Die Frauenhilfestruktur werden wir durch langfristige
758 Finanzierungszusagen unterstützen. Gleichzeitig entwickeln wir das Schutz- und
759 Unterstützungssystem mit allen Beteiligten weiter. So wird das Angebot
760 barrierefreier und richtet sich künftig stärker auch an Kinder, die Opfer von
761 häuslicher Gewalt sind und gezielte Hilfs- und Unterstützungsangebote brauchen.
762 Auch für genderqueere Personen wollen wir eine passgenaue Unterstützung
763 schaffen, die unter anderem durch separate Rückzugsräume und speziell geschultes
764 Personal gewährleistet wird. Präventive Täterarbeit bauen wir aus. Wir wollen
765 ein starkes Bündnis gegen Sexismus. Die gerichtsverwertbare vertrauliche
766 Beweissicherung setzen wir flächendeckend, wohnortnah um. Für trans* Frauen muss
767 der Zugang zu Frauenhilfestrukturen sowie ihr Schutz in diesen gewährleistet
768 werden.

769 Wir entwickeln das Hilfesystem so weiter, dass Opfer von geschlechtsspezifischer
770 Gewalt die Unterstützung erfahren, die sie brauchen. Dazu werden wir modellhaft
771 Clearingstellen erproben, die allen Frauen rund um die Uhr offenstehen und sie
772 dabei unterstützen, die passgenaue Hilfe zu finden. Außerdem setzen wir bei
773 Polizei und Justiz Schwerpunkte bei der effektiven Bekämpfung von Gewalttaten
774 gegen Frauen und queere Personen. Das beinhaltet schnelle Ermittlungen, schnelle
775 Strafverfahren und eine bessere Bewertung von Risikofällen.

776 **Häusliche Gewalt koordiniert bekämpfen**

777 Wir werden die Koordinierungsstelle zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und
778 Männer weiterentwickeln und durch ein Monitoring zum Stand der Umsetzung von
779 Gewaltschutzmaßnahmen in NRW ergänzen. . Damit setzen wir die Istanbul-
780 Konvention weiter um, zu der NRW sich bekannt hat. Die Stelle bringt
781 verschiedenen Hilfsangebote zusammen und unterstützt die Weiterentwicklung der
782 Gewaltschutz-Einrichtungen und ihrer Zusammenarbeit. Darüber hinaus werden wir
783 ein Monitoring zum Umsetzungsstand der Istanbul-Konvention in NRW entwickeln. Um
784 innerfamiliäre Konflikte gar nicht erst eskalieren zu lassen braucht es
785 präventive Täterarbeit. Diese wollen wir ausbauen.

786 Auch Männer werden Opfer häuslicher Gewalt. Wir werden die Schutz- und
787 Unterstützungsstrukturen, die sich an männliche Opfer von Gewalt richten,
788 ausbauen. Das erfordert zusätzliche Ressourcen und darf nicht zulasten der
789 bestehenden Frauenhilfeinfrastruktur gehen. Die Interventionsstellen bei

790 häuslicher Gewalt wollen wir finanziell stärken und als Anlaufstellen für alle
791 Opfer häuslicher Gewalt, unabhängig vom Geschlecht, weiterentwickeln.

792 **Betroffene unterstützen, die den Gerichtsprozess wagen**

793 Opfer von Sexualdelikten, Stalking und Bedrohungen erstatten in viel zu vielen
794 Fällen keine Anzeige. Ein Grund dafür ist die hohe Belastung der Opfer im
795 anschließenden Gerichtsprozess. Das werden wir ändern und uns für eine den
796 Vorwürfen angepasste Zeugenvernehmung einsetzen. Kein Opfer solcher Straftaten
797 darf mehr Angst davor haben, die Täter anzuzeigen. Zudem werden wir die
798 „Childhood“-Häuser in NRW stärken, in denen die notwendige Begleitung von
799 Kindern und Jugendlichen bei Missbrauchserfahrung in kinderfreundlicher Umgebung
800 unter einem Dach koordiniert und strukturiert wird.

801 **Neue Wege beim Opferschutz und bei der Resozialisierung**

802 Wir werden neue Wege beim Opferschutz und bei der Resozialisierung straffällig
803 gewordener Menschen gehen, um für mehr Sicherheit für die Bevölkerung zu sorgen.
804 In einem neuen Opferschutzgesetz werden wir den Opferschutz stärken und dort,
805 oder in einem eigenen Landesresozialisierungsgesetz, die Resozialisierung
806 berücksichtigen. Außerdem werden wir den Übergang vom Strafvollzug in die
807 Freiheit besser organisieren, so dass ehemalige Straftäter*innen nicht arbeits-
808 oder obdachlos werden und die nötige Unterstützung erhalten, um gesellschaftlich
809 Fuß zu fassen..

810 Oft ist die Haft nicht die gesellschaftlich sinnvollste Strafe, da sie den
811 Bestraften auch nach der Verbüßung ausgrenzt. Deshalb werden wir alternative
812 Sanktionsformen im Sinne von Haftvermeidung stärker in den Vordergrund rücken.
813 Insgesamt werden wir mit der Vereinheitlichung von Gesetzes- und
814 Verwaltungsvorschriften für mehr Klarheit bei Struktur und Zuständigkeiten
815 sorgen, so dass mehr Personal und Geld für den effektiven Opferschutz und die
816 Resozialisierung zur Verfügung steht. Sowohl der Opferschutz als auch die
817 Verbesserung der Lebenslage straffällig Gewordener stehen dabei für uns im
818 Mittelpunkt.

819 **Wir stärken die Sicherheit und schützen 820 Bürger*innenrechte**

821 **Mehr Sicherheit mit unserer Polizei: bürger*innenorientiert, 822 professionell und gut ausgestattet**

823 Dass Nordrhein-Westfalen ein grundsätzlich sicheres Land ist, liegt auch an der
824 guten Arbeit der Polizei. Als Trägerin des staatlichen Gewaltmonopols muss sie
825 gut aus- und fortgebildet, personell gut aufgestellt und angemessen ausgestattet
826 sein. Wir nehmen das Leitbild der Polizei-NRW ernst und wollen eine
827 bürgerorientierte, professionelle und rechtsstaatliche Polizei. Die hohen
828 Einstellungszahlen in der Polizei werden wir aufrechterhalten und dabei die
829 Vielfalt der Gesellschaft auch in der Polizei abbilden. Trotz der hohen
830 Einstellungszahlen wollen wir eine hohe Qualifikation der
831 Kommissaranwärter*innen garantieren. Dazu müssen die Ausbildungsstätten
832 (LAFP/HSPV) personell und sachlich weiter ausgebaut, die persönliche Betreuung
833 während der Praktika gewährleistet und gleichzeitig die Qualitätsansprüche an
834 die Kommissaranwärter*innen gewahrt werden. Wir wollen für mehr Beamt*innen im
835 Bezirks- und Schwerpunktdienst sorgen, um die wichtige sozialraumorientierte
836 Polizeiarbeit im „Veedel“ oder Stadtteil zu stärken. Sie sollen auf die
837 Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren wie z.B. kommunalen Diensten,
838 Beratungsstellen und Streetworker*innen setzen. Damit leisten wir einen Beitrag
839 zur Kriminalitätsbekämpfung und erhöhen das Sicherheitsgefühl der Bürger*innen.

840 Flächendeckende und anlasslose Videoüberwachung, Software zur Erkennung
841 biometrischer Merkmale und eine weitere Nutzung der Palantir-Software, ohne die
842 Zustimmung der Landesdatenschutzbeauftragten und eine gesetzliche Grundlage,
843 lehnen wir ab. Wir stehen für eine rationale, verhältnismäßige Innenpolitik
844 anstatt Bürgerinnen und Bürger unter einen Generalverdacht zu stellen. Die
845 Befugnisse von Polizei und Verfassungsschutz wollen wir im Rahmen einer
846 Überwachungsgesamtrechnung fortlaufend überprüfen. Eine Ausstattung mit Tasern,
847 außerhalb der Spezialkräfte, lehnen wir aufgrund der gesundheitlichen Gefahren,
848 des hohen Fortbildungsbedarfes für die Beamt*innen und der beschränkten
849 Einsatzsituationen ab. Die begonnene Ausstattung des Wachdienstes mit Tasern
850 werden wir rückgängig machen.

851 Angesichts der immer größeren Anforderungen beispielsweise in den Bereichen
852 Kindesmissbrauch, Umweltkriminalität, Geldwäsche, organisierte Kriminalität
853 (Mafia) werden wir die Kriminalpolizei personell und in der Aus- und Fortbildung
854 stärken. Dabei ermöglichen wir Spezialisierungen und fördern Fachkarrieren. Die
855 gesundheitlichen Belastungen im Polizeidienst sollen durch eine Überprüfung der
856 Schichtdienstmodelle und den Ausbau von Krisenintervention und Supervision
857 verringert werden. Die Fortbildung, insbesondere der Führungskräfte,
858 beispielsweise bei der Deeskalationskompetenz, der Sensibilisierung gegen
859 Rechtsextremismus und Rassismus, bei Hasskriminalität sowie der
860 Menschenrechtsbildung stärken wir weiter und führen verpflichtende Module hierzu
861 ein. Wir streben die rechtssichere Einführung einer individualisierten und
862 anonymisierten Kennzeichnung unter Wahrung der Persönlichkeitsrechte der
863 Beamt*innen an.

864 **Polizeirecht verfassungsfest ausgestalten**

865 Polizei und Bürger*innen brauchen einfach verständliche und verfassungsfeste
866 Rechtsgrundlagen. Grundrechtseingriffe müssen auf das unbedingt Erforderliche
867 beschränkt werden. Weitreichende, aber begrifflich unscharfe Eingriffsbefugnisse
868 helfen auch den in schwierigen Situationen handelnden Polizeibeamt*innen nicht.
869 Deshalb wollen wir die Polizeirechtsverschärfungen aus dem Jahr 2018 korrigieren
870 und die Polizeiarbeit damit auf eine effektive, aber grundrechtssensible Basis
871 stellen. Präventive Freiheitseingriffe ohne eine konkrete Gefahrenlage lehnen
872 wir ab. Vorbeugende Ingewahrsamnahmen wollen wir auf eine Dauer von 48 Stunden
873 begrenzen und den Betroffenen einen Rechtsbeistand beordnen. Anlassunabhängige
874 Kontrollen werden wir abschaffen; kontrollierte Personen sollen zukünftig eine
875 schriftliche Bestätigung (sog. Kontrollquittung) erhalten, mit der sie die
876 Begründung der Maßnahme später überprüfen lassen können.

877 **Gemeinsam gegen Rassismus in der Polizei**

878 Alle Menschen – unabhängig von Hautfarbe, Religion, Migrationsgeschichte,
879 Geschlecht oder sexueller Identität – müssen darauf vertrauen können, dass die
880 Polizei sie schützt und nicht diskriminiert. Daher wiegen die Fälle von
881 Rassismus und anderen menschenverachtenden Äußerungen in der Polizei schwer.
882 Alle Rechtsextremismus-Verdachtsfälle müssen lückenlos aufgeklärt werden und der
883 Entstehung menschenverachtender Einstellungen entgegengewirkt werden. Die
884 Handlungsempfehlungen der Stabsstelle „Rechtsextremistische Tendenzen in der
885 Polizei NRW“ werden wir umsetzen und die Maßnahmen fortlaufend weiterentwickeln.
886 Dazu gehören Präventions- und Reflexionsmöglichkeiten in der Polizei sowie
887 Regelungen zur Rotation. Zudem wollen wir verpflichtende Fortbildungen zum
888 Themenfeld Rechtsextremismus und Rassismus und anderer menschenverachtende
889 Einstellungen einführen und die Meldung von Hinweisen erleichtern.

890 Führungskräfte müssen besser qualifiziert und sensibilisiert werden, damit sie
891 Verdachtsfälle besser einschätzen und intervenieren können. Zusätzlich werden
892 wir eine wissenschaftliche Studie zu rassistischen und anderen
893 menschenverachtenden Einstellungen bei der Polizei NRW in Auftrag geben.

894 **Ein*e unabhängige*n Polizeibeauftragte*n für NRW**

895 Die Polizei greift durch ihre Maßnahmen zum Teil empfindlich in die
896 Freiheitsrechte der betroffenen Personen ein. Wie jedes Verwaltungshandeln ist
897 auch polizeiliches Handeln überprüfbar. Einzelverfahren vor Gerichten oder im
898 qualifizierten Beschwerdemanagement können aber nicht mögliche strukturelle
899 Fehlentwicklungen innerhalb der Polizei aufdecken. Whistleblower*innen in der
900 Polizei müssen deshalb besonders geschützt werden und ihre Anliegen vorbringen
901 können, ohne irgendwelche Nachteile fürchten zu müssen. Wir wollen daher die
902 Stelle einer*eines unabhängigen Polizeibeauftragten beim Landtag NRW ansiedeln.
903 Die Stelle soll sowohl für Bürger*innen als auch für Polizeibeamt*innen
904 ansprechbar sein, den Landtag bei der Beratung von Themen zur Polizei
905 unterstützen und einen regelmäßigen Tätigkeitsbericht vorlegen. Die*der
906 Polizeibeauftragte soll in einem multiprofessionellem Team arbeiten und
907 Auskunfts-, Akteneinsichts-, Befragungs- und Betretungsrechte erhalten. Wir
908 wollen überprüfen, wie straf- und disziplinarrechtliche Ermittlungsverfahren,
909 z.B. bei Vorwürfen unverhältnismäßiger Gewaltanwendung oder menschenverachtenden
910 Äußerungen, verbessert werden können - im Interesse der Betroffenen und im Sinne
911 der Polizei.

912 **Effektive Zusammenarbeit bei der Polizei**

913 In keinem anderen Bundesland ist die Polizeistruktur so kleinteilig wie in
914 Nordrhein-Westfalen. Die Vielzahl der Behörden, ihre unterschiedlichen Größen
915 und Zuständigkeiten führen zu gravierenden Nachteilen bei der Aufgabenerfüllung.
916 Gerade der schreckliche Fall sexualisierter Gewalt in Lügde zeigt, dass eine
917 Polizeistrukturreform dringend erforderlich ist, weil die örtlichen
918 Polizeibehörden große beziehungsweise komplexe Verfahren strukturell nicht
919 leisten können. Daher müssen die Aufgaben und Zuständigkeiten der
920 Kreispolizeibehörden vereinheitlicht und regional gebündelt werden. So wird die
921 Polizeiarbeit überall in NRW effektiver und komplexe Fälle können besser
922 bearbeitet werden. Wir werden dafür sorgen, dass die Polizei weiterhin überall
923 in Nordrhein-Westfalen ansprechbar ist.

924 **Kriminalpolitik auf solider Faktenbasis**

925 Um die kriminalitätsbezogene Sicherheitslage richtig einschätzen zu können,
926 reichen die Ergebnisse der Polizeilichen Kriminalstatistik nicht aus. Diese
927 betrachtet nur die der Polizei bekannt gewordenen Fälle, bis diese an die
928 Staatsanwaltschaft abgegeben werden. Das Dunkelfeld, also Taten, die der Polizei
929 nicht angezeigt wurden, bleibt hingegen unberücksichtigt. Mögliche Veränderungen
930 von Kriminalitätstrends bleiben so unerkannt. Es wird auch nicht erfasst, ob die
931 gemeldeten Verdachtsfälle überhaupt angeklagt wurden und ein Urteil erging. Wir
932 wollen, dass die Sicherheits- und Kriminalpolitik in NRW auf einer rationalen
933 und evidenzbasierten Grundlage beruht. Wir setzen uns daher für einen
934 periodischen Sicherheitsbericht unter Einbindung externer Wissenschaftler*innen
935 ein. So soll eine regelmäßig aktualisierte Bestandsaufnahme der
936 kriminalitätsbezogene Sicherheitslage erfolgen, die über die bloße Analyse der
937 Kriminalstatistik und der Strafverfolgungsstatistiken hinausgeht und
938 Dunkelfeldstudien, Ursachenforschung und die Sicherheitswahrnehmungen der
939 Bürger*innen einbezieht.

940 **Vertrag für Demokratie: Entschieden gegen Rechtsextremismus**

941 Wir schließen einen Vertrag für die Demokratie: Die Arbeit gegen
942 Rechtsextremismus, Rassismus, insbesondere gegen Rom*nja und Sinti*zze,
943 Musli*innen, Schwarze Menschen und asiatisch gelesene Personen, und
944 Antisemitismus kann nur gemeinsam mit der demokratischen Zivilgesellschaft
945 gelingen. Wir wollen die Zivilgesellschaft durch einen Fördertopf unterstützen,
946 aus dem kleinere Initiativen und Bündnisse unbürokratisch Kleinstfördersummen
947 beantragen können. Die Beratungsstruktur gegen Rechtsextremismus angefangen bei
948 der Opferberatung, über die mobile Beratung gegen Rechtsextremismus bis hin zur
949 Aussteigerberatung werden wir finanziell deutlich stärken und dauerhaft
950 absichern. Wir werden das kommunale Förderprogramm „NRWeltoffen“ auf weitere
951 Kommunen ausweiten und das integrierte Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus
952 und Rassismus weiterentwickeln. Das Landesnetzwerk gegen Rechtsextremismus
953 wollen wir mit einer eigenen Geschäftsstelle stärken. Auch die Arbeit der
954 Gedenkstätten und anderer Träger der (historisch-)politischen Bildung ist ein
955 wichtiger Beitrag für die Stärkung der demokratischen Kultur und die
956 Sensibilisierung für die Gefahren des Rechtsextremismus. Um die politische
957 Bildung in Nordrhein-Westfalen als wichtigen Bestandteil der Demokratiebildung
958 zu stärken, wollen wir die Landeszentrale für politische Bildung beim Parlament
959 ansiedeln und sie durch einen externen wissenschaftlichen sowie
960 zivilgesellschaftlichen Beirat stärken.

961 **Konsequentes Handeln gegen rechte Gewalt**

962 Die größte Gefahr für unsere Gesellschaft geht vom Rechtsextremismus aus. Die
963 Sicherheitsbehörden brauchen dringend bessere Analyseinstrumente, um die Gefahr
964 durch neue Tätertypen erkennen zu können. Offene Haftbefehle gegen
965 Rechtsextremisten müssen schnell vollzogen werden. Wir werden die
966 Handlungsempfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses NRW vollständig umsetzen.

967 Das Wissen über rechtsextreme und rassistische Strukturen und Entwicklungen ist
968 unabdingbar für den Kampf gegen Rechts. Deshalb werden wir die
969 Rechtsextremismus-Forschung in NRW stärken und ein Monitoring im Bereich
970 Rechtsextremismus sowie zu menschenfeindlichen Einstellungen in der Gesellschaft
971 einführen. Außerdem setzen wir auf Dunkelfeldstudien und ein Lagebild
972 Rechtsextremismus, um das Verständnis über die Dimensionen von Hasskriminalität
973 und die Entwicklung im rechtsextremen Spektrum zu verbessern. Zudem werden wir
974 ein öffentlich zugängliches Archiv zu Rechtsextremismus in NRW fördern.

975 Neue bzw. verstärkt auftretende Phänomene machen neue Beratungsangebote
976 notwendig. Wir werden ein Angebot schaffen, dass das Umfeld von
977 Verschwörungsgläubigen unterstützt. Außerdem werden wir eine personell gut
978 ausgestattete Melde- und Beratungsstruktur für die Betroffenen von „Hate-Speech“
979 schaffen. Zur Unterstützung der Kommunen im Umgang mit Rechtsextremismus wollen
980 wir eine juristische Beratungsstelle auf Landesebene einrichten.

981 Auch in NRW kommt es immer wieder zu rassistisch und antisemitisch motivierten
982 Angriffen auf Synagogen, Moscheen oder Kultureinrichtungen. Wir setzen auf
983 deutlich bessere Schutzkonzepte für diese Einrichtungen und in migrantisch
984 geprägten Stadtteilen. Wichtig ist dabei die Einbindung der Communities in die
985 Entwicklung von Maßnahmen des Landes.

986 **Ganzheitliches Handlungskonzept gegen gewaltbereiten
987 Islamismus weiterentwickeln**

988 Von salafistischen und jihadistischen Netzwerken geht weiterhin eine

989 ernstzunehmende Gefahr für unsere Gesellschaft aus. Die Sicherheitsbehörden
990 müssen gewaltbereitem Islamismus konsequent entgegentreten, um mögliche weitere
991 Anschläge zu verhindern. Aber auch die Präventionsarbeit gegen den
992 gewaltbereiten Salafismus und Jihadismus als gesamtgesellschaftliche Aufgabe
993 haben wir im Blick und möchten diese gemeinsam mit allen gesellschaftlich
994 relevanten Akteur*innen stärken und ausbauen. Das von uns angestoßene
995 ganzheitliche Handlungskonzept gegen den gewaltbereiten verfassungsfeindlichen
996 Salafismus werden wir weiterentwickeln.

997 **Den Verfassungsschutz neu ordnen**

998 Der Verfassungsschutz soll die Feinde unserer freiheitlichen Demokratie und
999 Gegner unserer vielfältigen Gesellschaft beobachten und dabei einen klaren Fokus
1000 auf verfassungsfeindliche, gewaltbereite Bestrebungen legen. Auf diesen Kern
1001 seiner Tätigkeit werden wir ihn beschränken. Den Einsatz von besonders
1002 grundrechtsproblematischen Befugnissen, wie Staatstrojanern zur Überwachung
1003 elektronischer Geräte, die die IT-Sicherheit aller Bürger*innen gefährden,
1004 lehnen wir ab. Die Befugnisse des Verfassungsschutzes fließen in die
1005 Überwachungsgesamtrechnung ein. Nachrichtendienstliche Befugnisse, darunter
1006 insbesondere den Einsatz von V-Leuten, werden wir auf ihre Verhältnismäßigkeit
1007 überprüfen und auf das Nötigste begrenzen. Zur umfassenden Kontrolle des
1008 Verfassungsschutzes richten wir die Stelle einer/eines ständigen
1009 Sachverständigen beim Parlamentarischen Kontrollgremium ein, um das Gremium bei
1010 der Kontrolle des Verfassungsschutzes, insbesondere bezüglich des Einsatzes von
1011 V-Leuten, zu unterstützen. Zudem schaffen wir mehr Transparenz über die Arbeit
1012 des Verfassungsschutzes, durch öffentliche Sitzungen des parlamentarischen
1013 Kontrollgremiums des Landtags. Wir fördern die Gründung eines unabhängigen
1014 Forschungsnetzwerks, zur Erforschung und Dokumentation von Strukturen und
1015 Zusammenhängen von demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen. Dazu gehört
1016 auch die Evaluation von Maßnahmen zur Prävention, Intervention und von
1017 Aussteigerprogrammen, die vom Land angeboten oder gefördert werden. Sowohl der
1018 Verfassungsschutz als auch das Forschungsnetzwerk informieren die Öffentlichkeit
1019 und das Parlament über ihre Erkenntnisse und über aktuelle Entwicklungen
1020 verfassungsfeindlicher und gewaltbereiter Gruppierungen und Phänomene, wie die
1021 Verbreitung von Verschwörungsmäthen.

1022 **Katastrophenschutz: Aus der Pandemie und der** 1023 **Hochwasserkatastrophe lernen**

1024 Aus der Corona-Pandemie und der Hochwasserkatastrophe vom Juli 2021 werden wir
1025 Lehren ziehen und den Katastrophenschutz in NRW so verändern, dass er deutlich
1026 gestärkt wird. Das Engagement der Einsatzkräfte von Feuerwehren, anerkannten
1027 Hilfsorganisationen, Technischem Hilfswerk sowie den Spontanhelfer*innen ist
1028 unverzichtbar. Die Strukturen des Katastrophenschutzes müssen so angepasst
1029 werden, dass Gefahren besser erkannt werden und die Einsatzkräfte schneller das
1030 tun können, wofür sie für den Ernstfall ausgebildet werden: anderen zu helfen.

1031 Zur Katastrophenvorsorge führen wir verbindliche Katastrophenschutzbedarfspläne
1032 auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte ein. Im Katastrophenfall soll die
1033 Landesebene Verantwortung übernehmen und die Kreise und kreisfreien Städte
1034 unterstützen. Um die Vorsorge zu unterstützen und im Krisenmanagement
1035 Verantwortung zu übernehmen, benötigen wir ein eigenes Katastrophenschutzamt auf
1036 Landesebene. Die Aktivierung des Krisenstabes der Landesregierung werden wir
1037 verbindlich regeln, damit die Kommunikation mit den unterschiedlichen Behörden
1038 effektiv, schnell und einheitlich gelingt. Wir stärken die Koordination zwischen

1039 Bund, Ländern und Hilfsorganisationen, um auf europäischer Ebene einen
1040 effektiven grenzübergreifenden Katastrophenschutz zu erreichen. Im
1041 Katastrophenfall müssen Warnsysteme so gestaltet sein, dass sie möglichst alle
1042 Menschen erreichen und für diese auch einfach verständlich und nachvollziehbar
1043 sind. Gemeinsam mit den Kommunen und den Akteuren im Katastrophenschutz werden
1044 wir die Selbsthilfefähigkeit der Bürger*innen stärken.

1045 Wir werden auch die Forschung für den Katastrophenschutz und das
1046 Krisenmanagement in NRW stärken. Alle bisherigen Berichte und Evaluationen zu
1047 Katastrophenszenarien werden wir auf den Prüfstand stellen, um den
1048 Verbesserungsbedarf für NRW zu ermitteln. Außerdem braucht das Land eine eigene
1049 Katastrophenschutzplanung, um sich auf die Möglichkeit weiterer Katastrophen,
1050 beispielsweise einen großflächigen langanhaltenden Stromausfall oder einen
1051 Angriff auf die digitale Infrastruktur, vorzubereiten. Auch die Prävention und
1052 Bekämpfung von Wald- und Naturflächenbränden müssen deutlich verbessert werden,
1053 wie die Brandereignisse der letzten Jahre eindrücklich zeigen.

1054 **Ehrenamt im Brand- und Katastrophenschutz in seiner Vielfalt** 1055 **stärken**

1056 Die Arbeit von Ehrenamtlichen im Brand- und Katastrophenschutz ist
1057 unverzichtbar. Das verdient Anerkennung, Unterstützung der Feuerwehren und der
1058 anerkannten Hilfsorganisationen sowie gute Bedingungen zur Vereinbarkeit von
1059 Beruf, Familie und Ehrenamt. Der enge Austausch mit den Akteuren im Brand- und
1060 Katastrophenschutz ist uns wichtig. Wir wollen die Ehrenamtskarte weiter
1061 ausbauen, beispielsweise auch durch kostenlose Fahrten mit Bus und Bahn. Wer
1062 einen Führerschein für Rettungsfahrzeuge erwirbt, macht das im Dienst der
1063 Gesellschaft und bekommt deshalb in Zukunft mehr finanzielle Unterstützung. Wir
1064 werden außerdem eine Feuerwehrente nach dem Thüringer Modell prüfen.

1065 Unsere Gesellschaft ist vielfältig – wir wollen, dass sich das auch bei
1066 Feuerwehren und im Katastrophenschutz widerspiegelt. Projekte zur Stärkung der
1067 Sichtbarkeit von Vielfalt und für Antidiskriminierungsarbeit unterstützen wir.
1068 Gemeinsam mit den Organisationen wollen wir den Anteil von Frauen sowohl im
1069 Haupt- wie auch im Ehrenamt deutlich erhöhen. Die Kinder- und Jugendarbeit bei
1070 den Feuerwehren und Hilfsorganisationen unterstützen wir. Die
1071 Brandschutzerziehung und die Verankerung von Schulsanitätsdiensten unter
1072 Beteiligung der Kinder und Jugendlichen sowie Erste-Hilfe-Kurse an Schulen
1073 werden wir ausweiten.

1074 **Wir fördern Kultur, Medien und Sport** 1075 **Verlässliche Förderung für einen neuen Kultur-Aufschwung**

1076 Die Kunst- und Kulturszene in NRW bietet uns allen eine große Dichte
1077 verschiedenster Museen, Clubs, Konzertsäle, Bühnen und freier Angebote. Kultur
1078 und die Künste unterhalten nicht einfach nur. Sie sind das Lebenselixier unserer
1079 Demokratie, sie geben Impulse und halten der Gesellschaft kritisch den Spiegel
1080 vor. Wir Grüne stehen daher für eine transparente, beteiligende und vielfältige
1081 Kulturpolitik. Wir geben Nordrhein-Westfalens einmaliger Kulturlandschaft
1082 Sicherheit und stehen für ihren Erhalt und Ausbau. Wir Grüne setzen uns auch
1083 künftig für eine deutliche Erhöhung der Kulturförderung im Land ein. Dabei
1084 werden wir neben den „etablierten“ Kunstformen auch weiterhin die freie
1085 Kunstszene und Soziokultur fest im Blick haben. Unser Ziel ist, dass die NRW-
1086 Kulturszene nach der Corona-Krise wieder als Nährboden unserer offenen und
1087 vielfältigen Gesellschaft auflebt. Künstler*innen, Bühnentechniker*innen, Bühnen
1088 und Kulturvereine brauchen dafür finanzielle Sicherheit. Bis die Auswirkungen

1089 der Pandemie abklingen, setzen wir weiterhin auf spezielle Förderungen. Für eine
 1090 bessere und verlässliche Kulturförderung stärken wir außerdem die Finanzen der
 1091 Städte, Gemeinden und Kreise. Denn sie sind wichtige Geldgeber für die Kultur
 1092 vor Ort. Mittelfristig entwickeln wir die Förderlandschaft des Landes weiter und
 1093 machen sie krisenfest. Dafür untersuchen wir die Förderstrukturen und beziehen
 1094 vor allem die Erfahrungen der Corona-Krise mit ein. Wir achten besonders darauf,
 1095 dass die Verwaltungen von Bund, Land und Kommunen in der Kulturförderung besser
 1096 zusammenarbeiten und Kreativität nicht im Bestimmungs- und
 1097 Zuständigkeitswirrwarr verpufft.

1098 **Kulturschaffende und Künstler*innen besser absichern**

1099 Wenn wir eine freie und vielfältige Kultur wollen, müssen wir auch die
 1100 Bedingungen dafür schaffen, dass Menschen kreativ werden können. Viele Kultur-
 1101 und Medienschaffende arbeiten mit großem Engagement unter prekären Bedingungen,
 1102 verdienen wenig oder unregelmäßig und sind nicht ausreichend für das Alter
 1103 abgesichert. Die Kunstförderung darf deshalb nicht allein am Output orientiert
 1104 sein, sondern muss auch die soziale Sicherung der Künstler*innen zum Ziel haben.
 1105 Von Seiten des Landes NRW werden wir bis zum Ende der Pandemie die
 1106 Stipendienprogramme fortsetzen und dann evaluieren, welche Elemente zu einer
 1107 dauerhaften Kulturförderung gehören können. Über eine Gagenuntergrenze für
 1108 öffentliche Theater für Solo-Beschäftigte auf und hinter der Bühne verbessern
 1109 wir außerdem die Arbeitsbedingungen von Künstler*innen.

1110 **Mehr Raum für Kultur**

1111 Kultur braucht Platz! Sie gedeiht in Erfahrungs- und Freiräumen – und zwar am
 1112 besten mitten unter uns, dort wo die Menschen leben und arbeiten. Wir schützen
 1113 und schaffen Kulturräume in ganz NRW und machen unsere Städte und Dörfer damit
 1114 lebenswerter. Wir unterstützen Kommunen, die eine kulturelle Zwischennutzung
 1115 leerstehender Gebäude ermöglichen wollen, etwa durch die Übernahme von
 1116 Versicherungen. Wir unterstützen die Kommunen finanziell in der Organisation von
 1117 Reallaboren, in denen Visionen für die Entwicklung konkreter Maßnahmen
 1118 entwickelt werden. Um NRW als Standort der Kunst und Kulturproduktion zu stärken
 1119 fördern wir Produktionsräume für die Kunst, die gemeinsam und kostengünstig
 1120 genutzt werden können. Nach dem Konzept des „Werkkunsthaus NRW“ und dem Vorbild
 1121 der Werkstätten des Kulturwerks des Berufsverband Bildender Künstler*innen
 1122 Berlin werden wir flexibel nutzbare Werkstätten schaffen, um Künstler*innen eine
 1123 bessere Infrastruktur für ihre Produktion zur Verfügung zu stellen. Auch
 1124 Landesgebäude und freistehende Flächen des Landes eignen sich für solche
 1125 kulturellen Projekte oder Zwischennutzungen. Dafür machen wir den Weg frei. Wir
 1126 werden NRW Urban und den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW dafür in die Pflicht
 1127 nehmen, mit den Kommunen zu kooperieren. Wir passen die Anforderungen zum
 1128 Lärmschutz so an, dass zwischen dem berechtigten Ruheinteresse von
 1129 Anwohner*innen und den Anforderungen an lebendige Kulturräume ein fairer
 1130 Ausgleich stattfindet. Dass Clubs erstmals auch rechtlich als kulturelle Orte
 1131 anerkannt sind, begrüßen wir sehr und werden in NRW dafür sorgen, dass dies
 1132 rechtlich entsprechend umgesetzt wird und Clubs vor Verdrängung geschützt
 1133 werden.

1134 **Kultur ist für alle da – Zugang zu Kultur erleichtern**

1135 Kunst und Kultur unterstützen Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung. Wer
 1136 früh und möglichst intensiv die eigene Kreativität entwickeln kann, wird sich
 1137 sozial, kulturell und menschlich auch später im Leben deutlich besser
 1138 zurechtfinden. Kunst und Kultur sensibilisieren auch für die Umwelt und das

1139 menschliche Miteinander über alle Grenzen hinweg. Deshalb wollen wir Grüne in
1140 NRW gut begonnene Projekte wie „Kultur und Schule“, „Kulturrucksack NRW“ oder
1141 auch „JeKits – Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen“ klug und modern
1142 weiterentwickeln. Wir werden die Förderangebote bedarfsgerecht, bürokratie- und
1143 barriereärmer gestalten. Wir wollen die musischen Fächer in den Schulen wieder
1144 stärken, Theater-, Museums- und Konzertbesuch sollten künftig auch zum
1145 schulischen Kanon kultureller Bildung gehören. Dabei sollen auch grundsätzliche
1146 Überlegungen wie ein „KulturTicket-NRW“ oder vor Ort der „freie Eintritt für
1147 Schulklassen“ sowie insgesamt eine weitreichende sozialverträgliche Teilhabe an
1148 Kultur und Kunst in NRW künftig eine noch wesentlich größere Rolle spielen. Hier
1149 wollen wir entsprechende Modellprojekte vorantreiben. Auch Kooperationsmodelle
1150 zwischen Freier Szene und öffentlichen Kultureinrichtungen sollen verstärkt
1151 gefördert werden. Wir werden einen Kulturpass für Jugendliche und junge
1152 Erwachsene erproben, wie es beispielsweise in Frankreich bereits praktiziert
1153 wird.

1154 **Erinnerungen bewahren und aus ihnen lernen**

1155 Die Verbrechen des Nationalsozialismus prägen uns und unser Land weiter. Wir
1156 alle tragen Verantwortung dafür, die Erinnerung an die Opfer der NS-Zeit wach zu
1157 halten und aus dieser Erinnerung heraus für unsere Demokratie und unsere
1158 gesellschaftlichen Freiheiten einzutreten. Es gibt nur noch sehr wenige
1159 Zeitzeugen, die von ihren Erlebnissen berichten können und längst nicht jede
1160 Familie im Einwanderungsland NRW hat einen biografischen Bezug zur NS-
1161 Geschichte. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Erinnerung für alle
1162 Menschen lebendig und erfahrbar gemacht wird und sichern daher die Arbeit der
1163 Gedenkstätten finanziell weiter ab. Wir sind außerdem offen dafür, neue
1164 Erinnerungsorte zugänglich zu machen und mit entsprechenden Angeboten
1165 auszustatten – auch um an die Opfer des Rechtsextremismus in der
1166 Nachkriegsgeschichte zu erinnern. Wir setzen uns weiterhin für den Ausbau und
1167 die Weiterentwicklung der Gedenkstätte STALAG 326 in Schloss Holte-Stukenbrock
1168 ein. Rechtspopulistischen und anderen Kräften, die einen Schlussstrich unter das
1169 Gedenken setzen wollen, stellen wir uns entschieden entgegen.

1170 **Denkmalschutz in Nordrhein-Westfalen stärken - 1171 baukulturelles Erbe erhalten**

1172 Denkmäler zu schützen heißt, unsere kulturelle Identität zu schützen und zu
1173 bewahren. Es bedeutet gleichermaßen Geschichte und Zeitgeist an authentischen
1174 Orten der Erinnerung lebendig zu halten. Der Schutz und die Pflege des
1175 kulturellen Erbes in der Bundesrepublik Deutschland ist ein länderübergreifender
1176 gesellschaftlicher Auftrag, den wir Grüne in NRW stärken wollen. Mit dem
1177 geplanten Denkmalschutzgesetz der schwarz-gelben Landesregierung droht dieser
1178 Schutz zu bröckeln und macht insbesondere die Baudenkmäler zum Spielball
1179 politischer und wirtschaftlicher Interessen. Wir Grüne wollen deshalb die
1180 Stellung der bei den Landschaftsverbänden angesiedelten Denkmalfachämter für
1181 Baudenkmalpflege mit ihrer fachlichen Expertise erhalten und die bewährte
1182 Zusammenarbeit zwischen den unteren Denkmalbehörden und den Fachämtern belassen.
1183 Gleichzeitig gilt es in intelligenter Weise, ökologisches und klimagerechtes
1184 Bauen mit dem Denkmalschutz zu vereinbaren. Hierzu wollen wir in einen Dialog
1185 mit den Fachverbänden und Denkmalschutzbehörden eintreten.

1186 **Den Kunstbetrieb vielfältiger und ökologischer machen**

1187 Gesellschaftliche Vielfalt ist ein kultureller Schatz. Das sollte sich auch in
1188 den Kultureinrichtungen Nordrhein-Westfalens widerspiegeln. Vielfalt wird mit

1189 uns Programm – und zwar besonders dort, wo das Land und die Kommunen die Kultur
 1190 finanziell fördern. Öffentlich geförderte Einrichtungen werden wir unterstützen,
 1191 die gesellschaftliche Vielfalt und Barrierefreiheit stärker zu berücksichtigen –
 1192 etwa im Programm, bei der Besetzung von Künstler*innen oder Leitungspositionen
 1193 oder Jurys. Bei der Besetzung von Intendanten müssen endlich Frauen stärker zum
 1194 Zuge kommen. Neue Leitungs- und Organisationsformen als Alternative zum
 1195 überkommenen, stark hierarchischen Intendant-Modell, sollen nicht die Ausnahme,
 1196 sondern die Regel werden. Machtmissbrauch und Diskriminierung in kulturellen
 1197 Institutionen muss entgegenwirkt und die Mitwirkung und künstlerische Freiheit
 1198 der Künstler*innen gestärkt werden. Durch die Förderung von Modellprojekten
 1199 regen wir die Entwicklung neuer kollektiver und partizipativer Strukturen an.

1200 Kunst und Kultur spielen eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der Klimakrise.
 1201 Zum einen können sie selbst ihren ökologischen Fußabdruck verkleinern, zum
 1202 anderen wichtige Impulse für eine nachhaltige Transformation unserer
 1203 Gesellschaft geben. Immer mehr Initiativen, Festivals, Filmproduzierende und
 1204 Spielstätten versuchen mit großem Einsatz, ressourcenschonender zu arbeiten. Wir
 1205 unterstützen diese Bemühungen ebenso wie die Einrichtung einer „Green Culture
 1206 Desk“-Beratungsstelle und eines „Green-Culture-Fonds“ des Bundes.

1207 **Ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk für alle**

1208 Unsere Demokratie lebt davon, dass wir uns eine Meinung bilden und demokratisch
 1209 um den besten Weg streiten können. Dafür brauchen wir Journalist*innen, die
 1210 unabhängig und kritisch arbeiten können. Und wir benötigen ein vielfältiges
 1211 Angebot an Zeitungen, Online-, Radio- und Fernsehsendungen. Wir stehen zu einem
 1212 pluralistischen, von staatlichen Institutionen unabhängigen und kritischen
 1213 öffentlich-rechtlichen Rundfunk, denn er sichert unabhängigen, allen
 1214 zugänglichen Journalismus. Wir verteidigen den WDR entschieden gegen
 1215 populistische Attacken von rechts und sichern weiterhin seine Finanzierung ab.
 1216 Gleichzeitig wirken wir darauf hin, dass der WDR sich mit der Gesellschaft
 1217 weiterentwickelt und relevant bleibt. Wir unterstützen ihn, auch jene
 1218 Zielgruppen zu erreichen, bei denen er sich bisher schwertut, also etwa bei
 1219 Jugendlichen oder Menschen mit Migrationserfahrung. Ebenso wie die Formate und
 1220 Inhalte müssen auch die Gremien des WDR in Zukunft die gesellschaftliche
 1221 Vielfalt unseres Landes besser abbilden. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass
 1222 die Mediatheken aller öffentlich-rechtlichen Sender zu gemeinsamen Plattformen
 1223 weiterentwickelt werden.

1224 **Demokratie braucht Medienvielfalt und Lokaljournalismus**

1225 Eine offene Gesellschaft braucht vielfältige Informationsquellen und Medien, in
 1226 denen Meinungen ausgetauscht und Entscheidungen kritisch hinterfragt werden.
 1227 Doch gerade vor Ort schrumpft die Vielfalt an lokalen Zeitungen und
 1228 Radiostationen. Damit sich keine „Informationswüsten“ ohne unabhängige
 1229 Berichterstattung zu Politik, Kultur und Gesellschaft bilden, unterstützen wir
 1230 die lokale Medienvielfalt und werden dies über eine neue, gemeinsame
 1231 Medienanstalt der Länder absichern. Wir geben der Idee des gemeinnützigen
 1232 Journalismus Rückenwind, so dass Bürger*innenmedienvereine und
 1233 Redaktionsnetzwerke ihre wichtige Arbeit leichter über Spenden finanzieren
 1234 können. Gerade dort, wo sich der herkömmliche Lokaljournalismus zurückzieht,
 1235 sind diese Initiativen wichtig, um vor Ort kritischen Journalismus aufrecht zu
 1236 erhalten. Wir Grüne stehen zum „NRW-Zwei-Säulen-Modell“ und für eine starke
 1237 Lokalradioszene. Die NRW-Landesmedienanstalt leistet hier bereits gute
 1238 Unterstützungsarbeit, die wir fortsetzen werden. Wir unterstützen die Forderung

1239 der Landesmedienanstalten nach einem Update des Medienkonzentrationsrechts, das
1240 zukünftig alle relevanten Mediengattungen und -märkte - insbesondere auch auf
1241 dem Feld der digitalen Medien - in den Blick nehmen muss.

1242 **Medienkompetenz für alle – gegen Fake News**

1243 Frei zugängliche Informationen sind der Rohstoff für unsere Meinungsvielfalt und
1244 Demokratie. Wenn sie gefälscht und manipuliert werden, ist das ein Angriff auf
1245 unsere freie Gesellschaft und kann Menschenleben kosten, wie wir in dieser
1246 Pandemie erleben. Gerade das Internet und die sozialen Medien beinhalten beides
1247 und bedürfen stärkerer Selbstkontrolle und Regulierung. Deshalb ist es so
1248 wichtig, dass alle Bürger*innen in NRW lernen, kompetent mit Informationen und
1249 Medien umzugehen – von klein auf, bis ins hohe Alter. Wir unterstützen
1250 Bürger*innenmedien-Kompetenzprojekte, die Bürger*innen und insbesondere auch
1251 Schüler*innen in NRW befähigen, Falschmeldungen und Fake News zu erkennen, zu
1252 kontern und selbst als Faktenchecker*innen zu arbeiten. Die wichtige Arbeit des
1253 2020 neu gegründeten „Landesverbandes Bürger*innenmedien NRW“ unterstützen wir.
1254 Dabei richten wir unseren Blick nicht nur auf deutschsprachige Medien, sondern
1255 auch auf internationale. Denn es ist bekannt, dass zunehmend auch ausländische,
1256 autokratische Strukturen versuchen, mit Desinformationskampagnen die politische
1257 oder gesellschaftliche Willensbildung hier zu beeinflussen.
1258 Demokratiefeindlichen, desinformierenden und hetzerischen Inhalten schieben wir
1259 einen Riegel vor. Wir fördern Medienkompetenz und Faktenchecks. Das Recht auf
1260 Gegendarstellung wollen wir ausweiten, eine konsequente Strafverfolgung
1261 sicherstellen und unsere Sicherheitsbehörden entsprechend sensibilisieren und
1262 ausstatten. Gleichzeitig setzen wir uns für eine deutliche Wiederausweitung des
1263 mehrsprachigen Angebots des WDR ein, so dass unabhängige Medienangebote auch
1264 alle Menschen in NRW erreichen.

1265 **Medien-, Film- und Kreativwirtschaft fördern**

1266 NRW ist ein Film- und Medienland. Die Branche ist ein eigenständiger, wichtiger
1267 Wirtschaftsfaktor, dessen Innovationskraft auch für andere Branchen immer
1268 bedeutsamer wird. Wir stärken ihn weiter durch Förderung und kluge Vernetzung
1269 mit anderen, auch internationalen Förderzusammenhängen. Auch das „Medienetzwerk
1270 NRW“ soll weiter gestärkt werden. Dabei spielen Ausbildungs- und Förderangebote
1271 wie die „internationale Filmschule Köln“, das „Mediengründerzentrum NRW“ und das
1272 „GamesLab Cologne“ eine zentrale Rolle. Ebenfalls unterstützen wir nach wie vor
1273 ganz besonders die erfolgreiche Arbeit der Film- und Medienstiftung NRW. Die
1274 Gründerförderung in Kreativwirtschaft und Kultur wollen wir in Kooperation mit
1275 den Fach- und Kunsthochschulen in NRW weiter ausbauen und zusätzlich auch eine
1276 effektive Popkulturförderung in NRW etablieren. Wir wollen das fotografische
1277 Erbe in größtmöglicher Vielfalt erfassen, erforschen und bewahren. Wir
1278 unterstützen daher die Initiative des Bundes ein Deutsches Fotoinstitut in NRW
1279 anzusiedeln.

1280 **Sport für alle in nächster Umgebung**

1281 Mit seinen vielen ehrenamtlich Engagierten ist der organisierte Sport
1282 wortwörtlich die größte Bürger*innenbewegung in NRW, die Werte einer offenen und
1283 solidarischen Gesellschaft vermittelt und jüngeren Menschen vorlebt. Fairness,
1284 Respekt, Teamgeist und Vielfalt stehen dabei im Vordergrund. Auch jenseits von
1285 Vereinen und Verbänden finden sich Menschen zusammen, um gemeinsam Sport zu
1286 treiben und in Bewegung zu bleiben. Deshalb werden wir Bewegungsmöglichkeiten
1287 für alle Generationen in die Wohnumgebung integrieren. Frei zugängliche
1288 Sportmöglichkeiten erfreuen sich großer Beliebtheit, fördern das Zusammenleben

1289 in den Quartieren und stärken die Gesundheit. Deshalb werden wir das Thema
1290 „Bewegungs- und Sportflächen in Quartieren“ in zukünftigen Städtebauprogrammen
1291 des Landes als Förderkriterium mit aufnehmen. Das Miteinander im Sport, das
1292 gemeinsame Bewegen, die vielfältige Bildungsfunktion gerade des organisierten
1293 Sports und die aktivierende Förderung von Bewegung braucht aber neben der
1294 nahegelegenen Infrastruktur Menschen, die - vielfach ehrenamtlich - anderen und
1295 der Gesellschaft den Sport erst ermöglichen. Wir schätzen und wissen um die
1296 existenzielle Bedeutung von Trainer*innen, Übungsleiter*innen,
1297 Vereinsverantwortlichen oder Stadtteilakteuren. Gerade in der Post-Corona-Zeit
1298 wollen wir mit Kampagnen und Maßnahmen auch in Abstimmung mit dem organisierten
1299 Sport und seinen Bildungswerken dieses Engagement neu beleben, denn auch die
1300 beste Sportstätte braucht Übungsleiter*innen für Bewegungsangebote.

1301 **Sport braucht eine intakte und nachhaltige Infrastruktur**

1302 Sport ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wichtig. In den Vereinen, auf
1303 Sportplätzen, in Hallen und Schwimmbädern kommen Menschen verschiedener
1304 Herkunft, unterschiedlichsten Alters und unterschiedlichster Lebenserfahrungen
1305 zusammen. Sport hält uns fit und fördert unsere Gesundheit. Wir Grüne
1306 unterstützen deshalb den Sport im Land aus voller Überzeugung. Viele
1307 vereinseigene Sportstätten werden zurzeit durch das Programm „Gute Sportstätten
1308 2022“ instandgesetzt. Den Erfolg des Programms werden wir evaluieren und das
1309 Programm weiterentwickeln. Auch die finanzielle Unterstützung der Kommunen für
1310 den nachhaltigen und klimagerechten Umbau der Sportstätten jeglicher Art (auch
1311 jenseits der Norm) muss gewährleistet werden. So bedarf es im Bereich der
1312 Kunstrasenplätze plastikfreier Alternativen, im Bereich der Quartiersentwicklung
1313 auch der Umnutzung von früher anderweitig genutzten Flächen. Wir setzen uns
1314 insbesondere für eine gute Bäderinfrastruktur ein und stärken den
1315 Schwimmunterricht an Schulen und in Vereinen. Unser Ziel ist es, dass jedes Kind
1316 bis zum Ende der Grundschulzeit die Möglichkeit hat, schwimmen zu lernen.

1317 **Sportförderung und Sportgroßveranstaltungen, von denen alle 1318 profitieren**

1319 Wir Grüne sehen Sportgroßveranstaltungen als integratives und einendes Element
1320 an. Außerdem profitieren sowohl der Leistungs- als auch der Breitensport von
1321 solchen Events. Um ihre Akzeptanz zu fördern sollen sie in Nordrhein-Westfalen
1322 unter der Maßgabe von Nachhaltigkeit und Kostentransparenz und unter Beteiligung
1323 der Bürger*innen in Zukunft begleitet und vorangetrieben werden.

1324 Sport und Bewegung leisten wichtige Beiträge zur gesundheitlichen Prävention.
1325 Wir werden den Präventionsgedanken noch stärker in die Sportförderung
1326 integrieren. Prävention und Gesundheitsförderung sind ein Mehrwert für alle,
1327 aber insbesondere auch für ältere Menschen. Unser Ziel ist es, die Förderung der
1328 guten, eigenverantwortlichen Arbeit des LSB NRW nach „Good-Governance“-Kriterien
1329 transparent und rechtssicher zu gestalten und gleichzeitig die Wünsche von
1330 Sportler*innen ohne Zugehörigkeit zu einem Verein ausgewogen zu berücksichtigen.
1331 Hierfür ist es richtig, sich in einer neu zu schaffenden Landessportkonferenz
1332 mit allen wichtigen Sportakteur*innen an einen Tisch zu setzen. Wir legen mit
1333 einem Sportfördergesetz die Grundlage, dass alle Menschen in NRW die Möglichkeit
1334 haben, entsprechend ihren Wünschen und Fähigkeiten Sport zu treiben.

1335

1336 Wir stärken den Kampf gegen physische, psychische und sexualisierte Gewalt und
1337 entwickeln das Programm ‚Schweigen schützt die Falschen‘ gemeinsam mit dem

1338 Landessportbund weiter. Wir bauen darüber hinaus eine unabhängige Anlaufstelle
1339 auf.

1340 **Dialog im Sport fördern, eSport unterstützen**

1341 Wir Grüne werden dem Sport ein verlässlicher Partner darin sein,
1342 Sportveranstaltungen zu dem zu machen, was sie sein sollten: ein Ereignis, an
1343 dem die ganze Gesellschaft teilnehmen kann. Dafür sollen regelmäßige
1344 Dialogformate und Fan-Hearings die Kommunikation und Kooperation zwischen allen
1345 Beteiligten verbessern und das Engagement gegen Gewalt, Diskriminierung,
1346 Ausgrenzung und Hass im Sport stärken. Wir setzen dabei ausdrücklich darauf, die
1347 organisierte Fanszene als aktiven Teil der Zivilgesellschaft einzubeziehen.
1348 Ebenso gehören die Polizei, die „Zentrale Informationsstelle Sporteinsätze“, die
1349 Ordnungsbehörden, Vereine und Verbände sowie Fanprojekte und Fanbeauftragte zu
1350 den Gesprächspartner*innen.

1351 Wir unterstützen Gaming-Kultur und eSport. Wir setzen uns dafür ein, dass
1352 eSport-Vereine als gemeinnützig anerkannt werden. Um Austausch und Verständigung
1353 zwischen beiden Welten zu fördern, unterstützen wir gemeinsame Projekte von
1354 eSport und klassischem Sport. Ähnlich wie beispielsweise beim klassischen
1355 Fußball die Themen Rassismus und Vielfalt, machen wir auch beim eSport
1356 gesellschaftliche Themen zum Gegenstand von Förderung und Austausch.

1357 **Wir gestalten gemeinsam Europa und die Eine Welt**

1358 **NRW vernetzt Europa – global denken, lokal handeln**

1359 NRW liegt als bevölkerungsreichstes Bundesland im Herzen Europas und profitiert
1360 als starke Wirtschaftsregion von der europäischen Integration. Wir sind
1361 überzeugt, dass wir die sozialen und ökologischen Herausforderungen des
1362 Klimawandels nur auf internationaler Ebene bewältigen können. Ganz besonders
1363 zählen wir dabei auf unsere europäischen Partner*innen. Wir streben die
1364 Schaffung einer europäischen föderalen Republik an. Mit diesem Ziel unterstützen
1365 wir aktiv die Konferenz zur Zukunft Europas.

1366 Wir gründen eine Europa-Stiftung, die die europäischen Werte und die
1367 unterschiedlichen Facetten einer lebendigen Demokratie in der schulischen und
1368 außerschulischen Bildung fördert. Damit schaffen wir eine Koordinierungs- und
1369 Ansprechstelle für die zahlreichen dezentralen Angebote in NRW. Indem die
1370 Stiftung ebenfalls den europaweiten Austausch zwischen Kommunen und Regionen
1371 stärkt, erneuert sie den europäischen Zusammenhalt und macht die
1372 Errungenschaften der Europäischen Union für die Bürger*innen vor Ort erlebbar.
1373 Auch die EU-Programme Erasmus+ und Horizon Europe wollen wir so umsetzen, dass
1374 sie möglichst viele erreichen. Wir setzen uns von NRW aus für die Einhaltung der
1375 Menschenrechte und Rechtsstaatsprinzipien innerhalb der EU ein, wollen weitere
1376 Austritte nach dem Brexit verhindern und halten entschieden gegen
1377 antidemokratische Angriffe.

1378 **Wir kämpfen weiter für ein echtes Lieferkettengesetz**

1379 Viele Jahre haben Grüne im Bundestag und im Europäischen Parlament für ein
1380 Lieferkettengesetz gekämpft, welches Arbeitnehmer*innenrechte und
1381 Umweltstandards auch in Drittländern schützt und deutsche und europäische
1382 Unternehmen für Verstöße ihrer Lieferanten in die Verantwortung nimmt. Das 2021
1383 beschlossene Gesetz ist für uns Grüne eine herbe Enttäuschung. CDU, CSU und SPD
1384 haben ein Gesetz beschlossen, dass zwar eine Lieferantenhaftung vorsieht, die
1385 Ausnahmen aber zur Regel macht. Maßgebliche Teile der deutschen Unternehmen
1386 werden vom Gesetz nicht erfasst. Bis es ein echtes Lieferkettengesetz gibt,

1387 werden wir vorangehen und die öffentliche Beschaffung in NRW durch ein neues
1388 Tariftreue- und Vergabegesetz nach nachhaltigen und sozialen Kriterien
1389 ausrichten. Darüber hinaus werden wir die Kommunen im Land bei der Umsetzung
1390 einer nachhaltigen Beschaffung unterstützen. Städte und Gemeinden unterstützen
1391 wir auf Wunsch bei Ausschreibungen in Bezug auf Nachhaltigkeit, Tariftreue und
1392 sozialen Kriterien. Pilotkommunen sollen ihr Wissen an andere weitergeben
1393 können.

1394 **NRW arbeitet für eine nachhaltige Entwicklung in der EU und** 1395 **global**

1396 Die Umsetzung der Agenda 2030 und der Klimaziele gehen zu langsam voran. Wir
1397 setzen die Ziele im Sinne der Nachhaltigkeitsstrategie NRW um, indem wir die UN-
1398 Nachhaltigkeitsziele als festen Bestandteil in allen Landesressorts etablieren
1399 und auch die Kommunen dahingehend unterstützen. Außerdem führen wir einen
1400 verpflichtenden Nachhaltigkeitscheck ein, um bei Gesetzentwürfen und bei der
1401 Vergabe öffentlicher Aufträge zu prüfen, ob soziale und ökologische Standards
1402 eingehalten werden, Der Europäische Grüne Deal stellt für uns einen klaren
1403 Handlungsauftrag dar, bis 2040 klimaneutral zu sein. Wir wollen in NRW
1404 vorangehen und uns dieser Verantwortung stellen und möglichst vor 2040
1405 klimaneutral werden. Grundlage dafür ist auch ein fairer und nachhaltiger
1406 Handel. Die Handelsabkommen CETA und Mercosur lehnen wir deshalb in ihrer
1407 jetzigen Form ab. Unser Ziel muss sein, unseren Kindern einen Planeten zu
1408 hinterlassen, der lebenswert ist.

1409 Neben fairer Entlohnung und Arbeitssicherheit ist die Kreislaufwirtschaft ein
1410 wichtiger Baustein. Um die begrenzten Ressourcen der Erde zu schonen und Energie
1411 einzusparen, müssen so viele Produktionsverfahren wie möglich im Kreislauf
1412 geführt werden. Hierfür brauchen wir beispielsweise nachhaltiges Produktdesign
1413 und mehr recyclingfähige Rohstoffe. Die dafür nötigen Maßnahmen möchten wir
1414 gemeinsam mit Branchenvertreter*innen, Verbänden, Gewerkschaften und der
1415 Zivilgesellschaft umsetzen. Das Land muss hier als Partner auftreten und die
1416 Industrie bei dieser Aufgabe finanziell unterstützen. Branchenverträge können
1417 dafür den geeigneten Rahmen bilden.

1418 **Zivilgesellschaft für die Eine Welt stärken**

1419 Viele Menschen engagieren sich in unserem Bundesland ehrenamtlich für den
1420 globalen Süden. Sie bauen gemeinsam mit ihren Partner*innen dort Projekte auf.
1421 Immer mehr Verbraucher*innen kaufen fair gehandelte Produkte und sie alle
1422 leisten damit einen ganz persönlichen Beitrag. Diese zivilgesellschaftlichen
1423 Aktivitäten wollen wir unterstützen durch den Ausbau des „Eine Welt Netzes“ als
1424 Dachverband developmentspolitischer Vereine und engagierter Personen in NRW
1425 sowie durch verstärkte Kampagnen für „Fairen Handel“. In unserem Land existiert
1426 eine gute Struktur von Angeboten zur Nachhaltigkeitsbildung. Diese bestehenden
1427 Strukturen wie die Stiftung „Umwelt und Entwicklung NRW“ und das Programm
1428 „Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit“ wollen wir ausbauen,
1429 um mehr Menschen damit zu erreichen. Auch die internationale Zusammenarbeit mit
1430 den beiden NRW-Partnerländern Südafrika und Ghana wollen wir intensivieren. Wir
1431 fördern globale Partnerschaften von Vereinen, Verbänden, Kommunen, Wissenschaft
1432 und Betrieben aus NRW. Einen wichtigen Aspekt bilden hierbei der beiderseitige
1433 Austausch und Kooperationsprojekte von Studierenden, Schüler*innen und
1434 Auszubildenden.

1435 **Städtepartnerschaften für Nachhaltigkeit**

1436 Viele unserer Städte und Gemeinden haben enge Beziehungen mit ihren

1437 Partnerregionen überall auf der Welt und führen gemeinsam Projekte aus, auch in
1438 der kommunalen Entwicklungspolitik. Wir wollen deshalb gemeinsam mit unseren
1439 Kommunen ein Konzept entwickeln, um die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele,
1440 Menschenrechte und Fairen Handel zu zentralen Aspekten bestehender und
1441 zukünftiger Städtepartnerschaften macht.

1442 Auch ist Nordrhein-Westfalen Mitglied der internationalen „Under-2-Coalition“,
1443 die mit regionalen Maßnahmen die Erderwärmung auf unter zwei Grad Celsius
1444 begrenzen will. Kommunale Klimapartnerschaften sollen dabei eine tragende Rolle
1445 spielen, um auf kommunaler Ebene einen Beitrag zu den globalen Herausforderungen
1446 zu leisten. Denn es sind maßgeblich unsere Städte und Gemeinden, die europäische
1447 und internationale Vereinbarungen umsetzen und mit Leben füllen.
1448 Klimapartnerschaften helfen ihnen dabei, sich untereinander zu vernetzen,
1449 Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Projekte umzusetzen. Damit die Kommunen
1450 Ansprechpartner*innen haben, wenn sie eine Klimapartnerschaft aufbauen wollen,
1451 schaffen wir eine Koordinierungs- und Beratungsstelle auf Landesebene, die sie
1452 bei ihrem Vorhaben unterstützt und begleitet. Außerdem stellen wir Finanzmittel
1453 für kommunale Entwicklungszusammenarbeit im Gemeindefinanzierungsgesetz zur
1454 Verfügung.

1455 **NRW als Standort für Internationales verankern**

1456 NRW ist mit seiner Bundesstadt Bonn ein wichtiges Zentrum für internationale und
1457 Eine-Welt-Politik. Wir stehen zum Bonn-Berlin-Gesetz und werden diesen
1458 besonderen Standort mit einer vertraglichen Zusatzvereinbarung weiter
1459 unterstützen. Allein die UN sind hier mit 20 Einrichtungen vertreten, hinzu
1460 kommen noch über 150 weitere internationale Institutionen, Vereine und
1461 Hilfswerke der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit. Bonn ist
1462 ebenfalls Standort des „Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit
1463 und Entwicklung“, des „Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik“, der
1464 „Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit“ oder dem „Bonn International
1465 Center for Conversion“. Mit dieser breiten Struktur aus Wissenschaft,
1466 internationalen Organisationen und NGOs soll das Land NRW Vorreiter in der
1467 Entwicklungszusammenarbeit sein. Wir wollen NRW als wichtigen Stand- und
1468 Konferenzort für Menschenrechte und Friedensbildung, Nachhaltigkeitsstrategien,
1469 und Demokratisierungsprozesse etablieren.

1470 **NRW: Hafen für Menschenrechte und Teil der Einen Welt**

1471 Wir leben in einem funktionierenden Rechtsstaat, dessen Aufgabe es ist, die
1472 Rechte seiner Bürger*innen zu schützen. Was für uns so selbstverständlich
1473 klingt, ist es für viele Journalistinnen, Abgeordnete, Wissenschaftlerinnen und
1474 Menschenrechtsverteidiger*innen, Frauen, LGBTTIQ, Menschen mit Behinderung,
1475 Angehörige von Minderheiten in vielen Ländern dieser Erde nicht. Sie werden von
1476 Unrechtsregimen als Regimegegnerinnen und -gegner angesehen und wegen ihrer
1477 Arbeit oder lediglich aufgrund ihres Glaubens, ihres Aussehens oder ihrer
1478 Orientierung im eigenen Staat unterdrückt, bekämpft, verfolgt.

1479 Wir wollen diesen Menschen in NRW einen sicheren Hafen bieten, in dem sie ihre
1480 Arbeit fortsetzen können und vor Repressalien geschützt sind. Im Bundestag
1481 verabschiedeten Abgeordnete bereits 2003 das Programm „Parlamentarier schützen
1482 Parlamentarier“; aus dem schon 100 Patenschaften hervorgegangen sind. Die
1483 Abgeordneten nutzen dabei ihr Netzwerk, um bedrohte Parlamentarierinnen und
1484 andere Menschenrechtsaktivisten aufzunehmen. Ein solches Programm wollen wir
1485 auch für NRW schaffen und die bisherigen Erfolge in der Verteidigung von
1486 Menschenrechten weiter nach vorne zu bringen.

Beschluss (vorläufig)

6 - Prolog: Anders regieren, ehrlich führen

Gremium: LDK Siegen
Beschlussdatum: 10.12.2021
Tagesordnungspunkt: 3. Programm zur Landtagswahl 2022

Text

- 1 Liebe Wählerinnen, liebe Wähler
- 2 wir haben für Sie in diesem Programm aufgezeigt, mit welchen Projekten wir den
- 3 Aufbruch in Nordrhein-Westfalen zum Gelingen bringen wollen.
- 4 Wir trauen Ihnen und uns sehr viel zu mit diesem Programm, ohne Frage. Ein
- 5 Programm, das verspricht, alles bliebe beim Alten, wäre nicht ehrlich. Denn der
- 6 Wandel um uns herum ist längst da, er verschwindet nicht, wenn wir die Augen vor
- 7 ihm verschließen. Zur Ehrlichkeit gehört auch, einzuräumen, dass diese
- 8 Veränderung manche mehr, manche weniger fordern wird. Der Wandel, in dem wir uns
- 9 befinden, wird bestehende soziale und gesellschaftliche Schiefen verschärfen,
- 10 wenn wir ihn einfach so auf uns zukommen lassen. Wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
- 11 wollen den Wandel so gestalten, dass er eine lebenswerte Richtung nimmt. Das
- 12 geschieht nicht von allein, wir müssen uns aktiv einsetzen.
- 13 Eine solche offene Debatte wünschen wir uns für den anstehenden Wahlkampf und
- 14 die nächste Regierung von Nordrhein-Westfalen. Eine Debatte, in der ein neuer
- 15 Vorschlag nicht nur deshalb beiseite gewischt wird, weil er von einer anderen
- 16 Partei kommt. Wir stehen für ein neues demokratisches Miteinander und einen
- 17 neuen Regierungsstil. Denn wir wissen, dass ein Land mit über 17 Millionen
- 18 Menschen nur im Team regiert werden kann. Wir versprechen, Sie als Bürgerinnen
- 19 und Bürgern auch nach dem Wahltag stärker mit einzubeziehen. Denn auf die großen
- 20 Zukunftsfragen findet niemand die Antwort allein. Wir machen als Partei
- 21 Vorschläge, aber Ihr Wissen und Ihre Perspektiven machen politische
- 22 Entscheidungen erst richtig gut. Das zeichnet modernes Regieren im 21.
- 23 Jahrhundert aus.
- 24 Sie kennen nun unsere inhaltlichen Vorschläge. Zu Recht fragen Wählerinnen und
- 25 Wähler nach der Umsetzbarkeit von Wahlversprechen. Ein Wahlprogramm kann man aus
- 26 zwei verschiedenen Perspektiven schreiben: Mit einem Auge bereits auf mögliche
- 27 Koalitionspartner und ihre Interessen schielend, begrenzt auf das sicher
- 28 Umsetzbare, um ja niemanden zu enttäuschen. Oder man schreibt es mit einem
- 29 offenen Blick auf einen Horizont, der weiter geht als bis zum Ende der nächsten
- 30 Legislaturperiode. Wie Sie sehen konnten, haben wir uns für diesen Weg
- 31 entschieden. Und zwar, weil wir überzeugt sind, dass sich Wandel und Aufbruch
- 32 nur mit einer positiven Vision von einem besseren Morgen gestalten lässt.
- 33 Wir haben Ihnen dargelegt, wie wir Nordrhein-Westfalen zur klimaneutralen
- 34 Industrieregion entwickeln wollen, in der sozialer Zusammenhalt und echte
- 35 Chancengleichheit in einer vielfältigen Gesellschaft Realität werden.

36 Viele unserer Projekte sind sehr ehrgeizig. Sie setzen voraus, dass auch
37 bundespolitisch die Zeit der Mutlosigkeit endet. Und sie sind abhängig von den
38 finanziellen Spielräumen, die das Land NRW und seine Kommunen in Zukunft haben
39 und sich erstreiten können. Wir können deshalb nicht versprechen, dass jedes der
40 Projekte Eins-zu-Eins-Realität wird. Selbst dann nicht, wenn wir – und dafür
41 kämpfen wir – die nächste Landesregierung entscheidend mitgestalten. Was wir
42 versprechen können: Wir werden mit allem, was uns zur Verfügung steht, daran
43 arbeiten, NRW besser, gerechter und nachhaltiger zu machen als es heute ist.
44 Aber das können und wollen wir nicht allein. Mit uns gibt es Rückenwind für
45 alle, die sich in unserer Gesellschaft auf den Weg in eine bessere,
46 klimaneutrale und gerechte Zukunft machen wollen. Wir laden Sie ein, Teil dieser
47 Bewegung zu werden.